

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat
 eingetragen in die Post-Zeilungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Ersteht täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69,
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 14. März 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69,
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Ergebnis der zweiten Unfallstatistik für Land- und Forstwirtschaft.

Die Unfallstatistik für die Land- und Forstwirtschaft vom Jahre 1901 liegt jetzt, nachdem soeben der zweite Teil erschienen ist, abgeschlossen vor. Der erste Teil gab bereits Aufschluss über die versicherten Betriebe, Personen und Verletzten, Alter und Geschlecht der Verletzten, Art und Folgen der Verletzungen, die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle, die Unfallhäufigkeit nach der Art der Bodenbewirtschaftung und die durch die Viehhaltung und durch Tiere herbeigeführten Unfälle. Dieser Teil der Unfallstatistik entrollt ein Bild von den furchtbaren Folgen, welche die vielen Betriebsunfälle in der Land- und Forstwirtschaft haben. (Vergl. „Vorwärts“ vom 11. und 13. November 1904.)

Der zweite Teil der Statistik bringt jetzt die von technischen Gesichtspunkten ausgehende technische Bearbeitung der Vorgänge der Unfälle nebst den tabellarischen Nachweisungen über die Betriebsrichtungen und Vorgänge, bei denen sich die Unfälle ereigneten, ferner die Ursachen der Unfälle (Schuldfrage) und die Verletzten nach der Stellung in dem Betrieb. Bei der Darstellung des Hergangs und der Veranlassung der Unfälle ist hauptsächlich davon ausgegangen worden, daß aus diesen Angaben diejenigen Gesichtspunkte gewonnen werden sollen, die für die weitere Ausgestaltung der Unfallverhütung in der Land- und Forstwirtschaft wichtig sind.

Kam ist bisher die Forderung nach ernsthaften Unfallverhütungsmassnahmen auch in der Land- und Forstwirtschaft mit der Behauptung als unberechtigt hingestellt worden, daß Maschinen, an denen Schutzvorrichtungen leicht angebracht werden können, in der Land- und Forstwirtschaft nur verhältnismäßig selten im Gebrauch sind, und daß im übrigen bei den besonderen Betriebsverhältnissen der Land- und Forstwirtschaft wirklich praktische Massnahmen zur Verhütung von Unfällen nicht möglich seien. Diese Behauptung hat sich in ihren beiden Teilen als völlig unbegründet erwiesen.

Zunächst die Verletzungen durch Maschinen. Im Jahre 1901 wurden nicht weniger als 5600 entschädigungspflichtige Unfälle festgestellt, die durch Maschinen herbeigeführt waren. Demnach ist die Zahl der Maschinenunfälle in der Landwirtschaft auch schon zu einer Höhe gestiegen, die dringend auf die Notwendigkeit einer wirksamen Unfallverhütung hinweist. Und das um so mehr, als von den durch Maschinen veranlasseten Unfällen 2169 = 38,67 Proz. durch das Fehlen von Sicherheitsvorrichtungen, ferner 296 = 5,28 Proz. durch ungenügende Schutzvorrichtungen, 204 = 3,64 Proz. durch mangelhafte Betriebsrichtungen verursacht worden sind und bei weiteren 208 = 3,71 Proz. Unfällen zwar angeblich das ungeeignete Verhalten der Verletzten einen wesentlichen Anteil an dem Entstehen des Unfalls gehabt haben soll, hierzu aber auch das Fehlen von Schutzvorrichtungen oder andere, eine Schuld des Betriebsunternehmers darstellende Momente Veranlassung gaben. Selbst ein großer Teil der 800 Unfälle = 14,26 Proz. der Maschinenunfälle, für welche als Ursache „unvermeidliche Betriebsgefahr“ anzunehmen war, ließe sich, so wird ausdrücklich hervorgehoben, durch technische Mittel verhüten. Denn die Beurteilung der Ursachen gilt nur für die Zeit, in der die Unfälle eingetreten waren. Durch Verbessern der Unfallverhütungs-Massnahmen werden sich aber künftig auch solche Unfälle, die zurzeit als unvermeidlich anzusehen sind, verhüten lassen. Schutzvorrichtungen sind zurzeit in den verschiedensten Bauarten bekannt und werden von den Fabriken, welche landwirtschaftliche Maschinen als Spezialität herstellen, ausgeführt. Sie werden jedoch von den Landwirten häufig nicht mitgeliefert oder nachträglich nicht angebracht. Daher verlangt der Bearbeiter der Statistik im Reichs-Versicherungsamt, daß die Land- und forstwirtschaftlichen Berufsvereinigungen durch den Erlass und die tatkräftige Durchführung von Unfallverhütungs-Vorschriften mehr als bisher auf die Verwendung von Sicherheitsvorrichtungen hinwirken und sie nötigenfalls durch Strafen erzwingen sollen.

Ferner wird eine genügende Anleitung und Unterweisung derjenigen Personen gefordert, welche an Maschinen beschäftigt werden. Bisher haben diese Personen vielfach nur die aller-nöthigste Kenntnis davon, wie die Maschinen zweckmäßig zu bedienen und in gutem Zustande zu erhalten sind. Diese Unwissenheit läßt die Leute auch die Gefährlichkeit der landwirtschaftlichen Maschinen nicht erkennen. Daher kann eine oft verhängnisvolle Heringschätzung dieser Gefahren.

Von großer Bedeutung ist überdies, daß in der Landwirtschaft auf die Instandhaltung der Maschinen gewöhnlich nur sehr geringe Sorgfalt verwendet wird. Die Maschinen befinden sich häufig in einem solchen Zustande der Verwahrlosung, daß dadurch auch die an den Maschinen etwa angebrachten Schutzvorrichtungen nicht selten zwecklos werden.

Schließlich kommt die Beschäftigung von Kindern an den Maschinen in Betracht. Unter den Personen, welche durch Maschinen verletzt worden sind, befanden sich

65 Kinder	unter 10 Jahren,
90	von 10-12
184	12-14
406	14-16

Zusammen 745 Kinder unter 16 Jahren.

Wenn auch, bemerkt hierzu der Bearbeiter der Statistik im Reichs-Versicherungsamt, in Hinsicht auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse die Beschäftigung von Kindern bei Maschinen nicht verboten werden kann, so wird doch gefordert und durchgeführt werden können, daß zu den besonders gefährlichen Arbeiten, zum Beispiel Bedienung von Transmissionen, Schmierern, Reinen und Transport der Maschinen, Einlegen bei Dresch-, Futterschneide- und Rübenschneidemaschinen Kinder nicht herangezogen werden. Diese Forderung ist aber durchaus ungenügend. Kinder sollen unter keinen Umständen bei gefährlichen Arbeiten verwendet werden. Das muß auch für die „landwirtschaftlichen Verhältnisse“ gelten. Deshalb ist in dieser Beziehung jede Halbheit unverantwortlich. Unsere Forderung muß vielmehr lauten: unbedingt Verbot der Beschäftigung von Kindern an Maschinen.

Durch Dampfessel wurden drei nichttödliche, durch Dampfleitungen keine Unfälle veranlaßt. Durch Sprengstoffe wurden 195 Unfälle herbeigeführt, die sich teils beim Sprengen von Steinen und Hölzern, teils bei der Handhabung von Schießwaffen ereigneten. Die meisten Unfälle beim Sprengen von Steinen und Holz sind dadurch entstanden, daß bei der Behandlung der Sprengstoffe oder bei der Ausführung von Sprengarbeiten die notwendigen Sicherheitsmassnahmen — namentlich die, welche in den Unfallverhütungs-Vorschriften der Steinbruchs-Berufsvereinigungen behandelt sind — nicht beachtet wurden. Diese Unterlassung ist vielfach auf die Unkenntnis solcher Massnahmen zurückzuführen. Deshalb wird verlangt, daß die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen in ihre Unfallverhütungsvorschriften wenigstens die wichtigsten Sicherheitsforderungen aufnehmen.

Die Flucht Kuropatkins.

Die letzten Nachrichten bestätigen, daß Kuropatkin bei Mukden eine geradezu vernichtende Niederlage erlitten hat. Wenn man seine Truppen auf 300 000 Mann beziffert, so hat er mindestens die Hälfte seiner Mannschaften in dem Kampfe verloren. Kuropatkin selbst meldet allerdings in Telegrammen vom 11. März, daß die Kämpfe der russischen Armee 50 000 Verwundete gefordert hätten. Die Zahl der Toten wird nicht mitgeteilt, ebensowenig die Zahl der Gefangenen. Dyama dagegen meldet, daß die Russen bis jetzt 27 000 Tote auf dem Kriegsschauplatz zurückgelassen hätten. Diese Meldung ist natürlich noch keine abschließende. Rechnet man auf jeden Toten drei Verwundete, so müssen die Russen bereits weit über 100 000 Tote und Verwundete verloren haben. Hinzu kommen 40 000 Gefangene. Der Gesamtverlust der Russen überschreitet also die Zahl von 150 000 Mann. Dadurch also ist die russische Armee um mindestens die Hälfte reduziert worden.

Englische Meldungen geben noch andere Verlustziffern an. Sie behaupten, daß die Russen 300 000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen verloren hätten, dazu 500 Geschütze. Diese Zahlen sind jedenfalls übertrieben. Ebenso wie die Angabe, daß bei den Kämpfen sich auf beiden Seiten insgesamt 850 000 Mann gegenübergestanden hätten. In Wirklichkeit werden es nicht über 600 000 Mann gewesen sein. Die japanischen Verluste werden von Dyama auf circa 42 000 Mann angegeben. Auch berichtet Dyama nur über die Erbeutung von 60 russischen Geschützen. Aber selbst wenn man die russischen Verlustziffern so niedrig annimmt wie wir, gelangt man zu dem Resultat, daß die russische Armee vollständig zertrümmert ist. Die 150 000 Mann, die übrig geblieben sind, werden nicht in der Lage sein, einem erneuten Angriff der Japaner stand zu halten. Und sicher werden die Japaner, sobald sie sich von den Strapazen der mehr als 12tägigen Schlacht einigermaßen erholt haben, ihren Angriff erneuern. Aller Voraussicht nach mit dem Erfolge, daß sich der Rest der Kuropatkinschen Armee ergeben muß. Auch die Verstärkungen, die Kuropatkin aus Chardin und den Stappenstationen noch heranzuziehen vermag, werden seine Armee bei weitem nicht auf die Höhe der japanischen Armee zu bringen vermögen. Ein erneuter japanischer Angriff mit überlegener Zahl wird aber das Ende der Wandschurei-Armee überhaupt bedeuten, falls es Kuropatkin nicht vorziehen sollte, mit den Trümmern seines Heeres sich schleunigst weiter gegen Chardin hin zurückzuziehen. Allerdings ist es noch fraglich, ob die Japaner Kuropatkin einen derartigen Rückzug gestatten würden. Sollen sich doch bereits auch bei Zielung japanische Truppen befinden, denen es unter Umständen gelingen könnte, die Bahnverbindungen zwischen Zielung und Chardin zu zerstören.

Die Russen haben, daran ist kein Zweifel mehr, den Krieg endgültig verloren! Je länger sie zögern, Japan den Frieden anzubieten, desto schlimmer für sie!

Die Verluste der Riesenschlacht.

Tokio, 12. März. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Marschall Dyama meldet unter dem heutigen Tage: Die Russen ließen 26 500 Gefallene auf dem Schlachtfelde. Von uns sind erobert worden: 2 Fahnen, etwa 60 Geschütze, 60 000 Gewehre, 150 Munitionswagen, 1000 Waggons, 200 000 Artilleriegeschosse, 25 Millionen Gewehrpatronen, 15 000 Koku Getreide, 55 000 Koku Futter, 45 Meilen Feldisenbahn-

schienen, 2000 Pferde, 23 Wagen, in denen sich Karten befinden, 1000 Wagen mit Kleidungsstücken, eine Million Portionen Brot, 70 000 Tonnen Brennmaterialien, 60 Tonnen Sen, eine Anzahl Viehzeile, Werkzeuge, Draht, Telegraphenpfeile, Betten usw. Aus der Richtung von Hingcheng ist kein Bericht eingegangen.

Tokio, 12. März. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Nach einer amtlichen Mitteilung beträgt die Zahl der von den Japanern gefangen genommenen Russen 40 000; die Verluste der Russen im Schahobezirk belaufen sich auf 90 000 Mann.

Tokio, 13. März. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Eine Depesche aus dem japanischen Hauptquartier meldet: Alle unsere Streitkräfte sind nach dem Norden vorgerückt und verfolgen den geschlagenen Feind in allen Richtungen, wobei sie ihm an verschiedenen Orten, wo er Widerstand zu leisten versucht, schwere Verluste zufügen. Unsere Truppen säuberten bis Sonntag die ganze Gegend bis 25 Meilen nördlich von Mukden vom Feinde und setzen die Verfolgung noch fort. Die Russen liegen in dem Gebiete, beginnend 13 Meilen von Kaolium entfernt bis südlich von Klimokuh und westlich der Eisenbahn bis auf eine Entfernung von 16 Meilen nördlich von Mukden, zahllose Wagen mit Mundvorräten und Munition im Stich. Wir hatten keine Zeit, die Mengen festzustellen. Die Fahne des Wilna-Regiments wurde erbeutet, ebenso in Simming viele weitere Vorräte, welche für die Russen bestimmt waren.

Französische Friedenswünsche.

Paris, 12. März. (Eig. Ber.) Die französischen Urteile über die Schlacht bei Mukden lassen sich kurz und eindeutig zusammenfassen in die Worte: Rußland muß Frieden schließen.

Nach Liaojang, nach Schaho, nach Port Arthur blieb die offizielle, die zarenfreundliche Zeitungsmeinung unentwegt kriegerisch. Dagegen „maggebenden“ Teil der französischen Öffentlichkeit war bis dahin keine russische Niederlage schwer genug, um die Fortsetzung des Krieges als zwecklos und hoffnungslos erscheinen zu lassen. Diese mehr oder minder aufrichtige Selbsttäuschung war ja eine dem Verbündeten schuldbigige Rücksicht — in manchen Fällen eine mit kühnerem russischen Gelde bezahlte Stimmungsmache, in allen Fällen eine „patriotische“ Eingebung seitens der franko-russischen Liai v'Dray. ... Nach Mukden ist es nun mit alledem aus. Der interessierte Optimismus des Verbündeten, des franko-russischen Patrioten und des Zeitungsverlegers mußte endlich vor der zerschmetternden Niederlage Kuropatkins kapitulieren. Die zarengläubigste Presse mit dem „Temps“ an der Spitze rät nun der Zarenregierung offen und eindringlich zum Frieden.

Nach vorgelesen, am 10. März, als der russische Zusammenbruch noch nicht in seinem ganzen Umfange bekannt war, appellierte der „Temps“ an die „Loyalität“ und die „Würde“, um vor Aufschlagen im Sinne des Friedens zu warnen. Einen Tag darauf veröffentlichte dieselbe Zeitung, deren intime Beziehungen zum Ministerium des Auswärtigen bekannt sind, einen verediten Leitartikel für den Frieden. Nachdem er eine zarte Andeutung auf die „Inferiorität“ der russischen Militärorganisation gemacht, weist der Artikelshreiber die Hoffnungs- und Zwecklosigkeit neuer kriegerischer Anstrengungen nach. Er betont — freilich etwas spät —, daß Rußland ja auf fremdem Boden kämpfe, daß die Wandschurei eine chinesische Provinz sei, deren Rückgabe an China Rußland ja stets feierlich versprochen habe. Trotz der militärischen Besiegung der Wandschurei seien „die Dinge unter dem Gesichtspunkte des Rechts unverändert geblieben“. (Rebenbei: Dyama ist ein vorzüglicher Rechtslehrer. Bisher hieß es im „Temps“ über den Rechtspunkt etwas anders.) Also keine falschen Erbegriffe! Die letzte Niederlage, meint der „Temps“ mit unbewußt grausamer Höflichkeit, degagiere (entbinde) die Ehre Rußlands in den Augen der Welt, andererseits aber würde sie ihm in Folge der Fortsetzung des Kampfes eine „wahrhaft erschöpfende Anspannung“ auferlegen. Das Zarenreich aber dürfe nicht in seinen ostasiatischen Interessen aufgehen.

Die patriotische Sorge um das Schicksal des Zweibundes spricht verstoßen in jeder Zeile des offiziellen Artikels. So erinnert denn der „Temps“ an die russischen Interessen in Europa, im Orient, in Zentralasien und sagt geradeaus, daß die „nationale Pflicht Rußland nicht gestattet, künftighin unbegrenzte Opfer zu bringen“ im Interesse der ferneren und schlecht eingeleiteten ostasiatischen Sache. Auch die Möglichkeit „peinlicher“ Friedensbedingungen nimmt der „Temps“ in den Kauf unter einer platonischen Verströpfung Rußlands auf eine „wohl-vorbereitete künstliche Revanche“.

Der bedeutsame Artikel schließt mit der berechtigten Verurteilung auf die „ungeheure Weisheit der französischen öffentlichen Meinung“, die eben aus ganzem Herzen den Frieden wünscht — im Interesse der Festigkeit des Zweibundes, im Namen der „Interessengemeinschaft“ zwischen Frankreich und Rußland.

Wie sehr Dyama die französische Zarenpresse zur Einkehr gezwungen hat, zeigt sich aufs deutlichste am nationalistischen Hauptorgan, dem „Echo de Paris“, das die ganze Zeit ein Echo des Petersburger Generalstabes war, heute aber durch die Feder seines militärischen Mitarbeiters den Friedensartikel des „Temps“ ziemlich getreu abschreibt, während sein Petersburger Korrespondent die kriegerischen Rodomontaden der dortigen Militärkreise respektvoll verpöppelt.

Was die radikale und die sozialistische Presse betrifft, so hat sie nicht erst Mukden abgewartet, um den Frieden zu verlangen. Jetzt aber dringt sie darauf, daß die französische Diplomatie im Sinne des Friedens interveniere. So namentlich die „Presse“ in der „Humanität“ und „Clemenceau in der „Aurore“. Letztere stellt zugleich die — unter seiner Feder zuerst so deutlich aufstrebende — Frage nach dem wirklichen Wert des Zweibundes für Frankreich angesichts der Verblutung des Zarenreiches in Ostasien: Rußland müsse nach Clemenceau auch einen Wendepunkt in der französischen auswärtigen Politik herbeiführen, wenn auch nicht gleich im Sinne der Abündigung des Zweibundes.

An das Proletariat Russlands!

Der in der Sonntagsnummer erwähnte Aufruf der vereinigten sozialdemokratischen Organisationen Russlands „An das Proletariat Russlands“ hat den folgenden Wortlaut:

Die Entwicklung der sozialen Verhältnisse in Russland hat immer schärfer hervortreten lassen, daß die Selbstherrlichkeit den Interessen aller Klassen der kapitalistischen Gesellschaft widerspricht, und immer klarer die Notwendigkeit der Vernichtung des Absolutismus bemittelt. Diese Notwendigkeit hat sich mit besonderer Schärfe in den letzten Jahren für alle fortschrittlichen Elemente des Landes herausgestellt, als eine schwere wirtschaftliche Krise den ganzen gesellschaftlichen Organismus erschütterte, als das Elend der Arbeiterklasse ein ungeheures Maß erreichte, als die Bedürfnisse der Dorfbevölkerung zu einer ersten Drohung für die Weiterentwicklung der Produktivkräfte Russlands wurden, als es jedermann klar wurde, daß das ungenierte Wirtschaften der autokratischen Regierung, ihre Willkür und Allmacht das Unheil, das die Krisis gewöhnlich mit sich bringt, nicht nur verzögert, sondern das Land dem völligen unausbleiblichen Untergang entgegenzuführen im Begriff stand.

Die Arbeiterklasse war die einzige Macht, welche fähig und offen die Selbstherrlichkeit zum Todeskampfe herausforderte — dieses ungeheuerliche Erbschaft des Mittelalters, das unter dem Schutze der Dajonette unzerstörlich schien.

Die Forderung der Freiheit beantwortete die Autokratie mit Blutbädern, mit Kerker und Verbannung. Die wachsende Solidarität der Arbeiterklasse verdrängte sie durch nationale Verheugung, durch das Entkommen tierischer Instinkte der unwissenden Masse zu paralytisieren. Die Judenwecheln sollten der Bekämpfung der aufstrebenden und immer stärker werdenden Arbeiterbewegung dienen.

Noch glaubte die russische Regierung, daß eine konsequente Politik der Repressionen ihre Macht stützen könne.

Doch lange war dieser Weg nicht gangbar. Der Krieg brach aus — ein Krieg, für niemand notwendig, allen verhaßt, mit sinnlosen furchtbaren Opfern. Er weckte sogar den schlichtesten Kleinbürger aus seinem politischen Schlummerzustand, er lehrte ihn Politik durch die feurige Sprache der Kanonen, durch Ströme vergossenen Blutes, durch ein ganzes Meer von Elend und Nummer. Der Glanz der Autokratie erlosch auf immer.

Und als unter dem Druck des kriegerischen Unglücks die Regierung sich angesichts des drohenden Bankrotts an die Gesellschaft wandte und den „Frühling“ verkündete — da begegnete ihr diese Gesellschaft mit dem einmütigen Ruf: „Nieder mit der Selbstherrlichkeit!“

Der „Frühling“ offenbarte sich in der Mobilisation der oppositionellen Kräfte der russischen Bourgeoisie. Die nahe Liquidation der Selbstherrlichkeit, der Wunsch, einen möglichst großen Teil ihrer Erbschaft an sich zu reißen — drängten die bisher alleinstehenden Revolutionäre und oppositionellen bürgerlichen Elemente zur Einigung. Es entstehen bürgerlich-demokratische Koalitionen.

Die gesellschaftliche „Frühling“-Bewegung ging unter der Fahne des Liberalismus vor sich. Die Oberfläche des politischen Lebens Russlands zeigte die verschiedenartigsten Färbungen bürgerlichen Protestes, vom rein-demokratischen Programm bis zum alleruntertänigsten Gesuch an den Zarismus um seine freiwillige Selbstvernichtung.

Das Proletariat zeigte noch wenig Aktivität. Es schien, als ob es warte, bis all der Dunst liberalen Schwärmes verlogen sein würde. Die Anzuehler aus dem Lager der Liberalen waren überzeugt, daß das Proletariat noch im tiefen Schlafe stehe, und gedachten, blind gegenüber der Vergangenheit, die politische Befreiung Russlands selbst in die Hände zu nehmen. Aus dem liberalen Lager erschollen Aufrufe an das gesamte Volk, wurde in verstärkter Weise die Notwendigkeit gepredigt, die Klassengegensätze zu vergessen.

Die nebelhafte liberale Phrasologie wurde zur ersten Drohung für die Klarheit des Klassenbewußtseins des Proletariats.

Und die Organisationen des Proletariats funktionierten gesondert eine von der anderen. Das Hervortreten der Sozialdemokratie trug den Charakter der Uneinigkeit. Der gemeinschaftlichen Konzentration der bürgerlich-liberalen Kräfte, dem Ansturm bürgerlicher Ideologie konnte die Sozialdemokratie Russlands nur eine Reihe einzelner Organisationen entgegenstellen, die selbständig ohne einen gemeinsamen Feldzugsplan, ohne ein einziges führendes Zentrum funktionierten.

Um so stärker trat daher die Notwendigkeit einer Einigung zwischen den Organisationen hervor, die Notwendigkeit, sei es auch eine nur zeitweilige Vereinbarung zu treffen zum gemeinsamen Ansturm auf die dem Untergang nahe Autokratie, zur Verteidigung der Interessen des Proletariats gegenüber den Gelüsten der Bourgeoisie.

Und im Innern der Arbeiterklasse vollzog sich währenddessen eine große Arbeit. Es bereitete sich ein mächtiger Protest vor, ein Protest, voll von den schwerwiegendsten Folgen.

Die Wellen der durch gemeinsame Not und gemeinsame Hoffnung zusammengeschweißten Proletarier überschwebten die Vororte und Straßen Petersburgs.

„Achtstündiger Arbeitstag“, „Mehr Spielraum für die Kräfte des Volkes“, „Nieder mit den Christen, mit den Beamten und Verdriemern“ — dieser Schrei entziff sich dem Herzen des bedrückten Petersburger Proletariats, das zu neuem Leben erwacht, sich noch nicht zu seiner ganzen Höhe aufgerichtet hatte, noch nicht durchdrungen war von dem klaren und stolzen Selbstvertrauen seiner großen Macht und seiner hohen Bestimmung.

Mit Hunderten von Salben antwortete die russische Regierung dem Volke. Hunderte von Menschenleben mußten die Volksmassen für ihren naiven Glauben, für ihre historischen Vorurteile hingeben.

Der Witz des Gedankens und die Flamme des Hornes erhellte endlich Verstand und Herzen der Proletariermassen. Mit elementarer Kraft wälzten sich die Wellen proletarischer Empörung dahin. Sie drohten den Zarenthron zu zerstören und die verhassten Tyrannen vom Erdboden zu vertilgen, sie lösten der „freiheitsliebenden“ Bourgeoisie einen abergläubischen Schrecken ein.

Ein Sturmwind zog über unser ganzes heimatisches Land dahin, anzündete die Flamme des Aufstiehs und rief unter der Fahne der Sozialdemokratie Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße, bereit die Freiheit zu erkämpfen oder zu sterben.

Und diese großen Ereignisse fordern mit mächtiger Stimme die Vereinigung aller Kräfte der Sozialdemokratie, um die Arbeiterbewegung unter der Fahne des Sozialismus wahrhaft proletarischen Tunes anzuführen.

Während der blutigen Morgengröße der Januartage ist endlich der erste Schritt zur Vereinigung der Sozialdemokraten Russlands getan worden. Die sieben ständige Konferenzen der Vertreter des Zentralkomitees der „Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, des „Bunds“, der „Lettischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ und der „Revolutionären Ukrainischen Partei“ ist der erste Stein zum großen herrlichen Gebäude der Zukunft — einer einzigen, festen und starken Partei des ganzen russischen Proletariats.

Wenn hellglühendes Licht der Arbeiterrevolution reichen wir einander die Hände. Vor uns liegt eine große Aufgabe — die ungeheuren Kräfte Russlands in eine weite Bahn zu lenken, seiner politischen und sozialen Befreiung entgegen, zu lenken nach einem einzigen Plan bei festem gemeinschaftlichen Zusammenarbeiten, in vollem und klarem Bewußtsein unserer nächsten und entferntesten Aufgaben.

Wir wenden uns mit unserem Aufruf an alle Arbeiter Russlands. Die Zeit entscheidender Aktionen gegenüber dem autokratischen Regime ist gekommen. Wir müssen uns die politische Freiheit erobern, damit wir auf dem Boden dieser Freiheit den weiteren Kampf gegen die kapitalistische Exploitation im Namen des hohen sozialistischen Ideals führen können.

Tage unermeßlicher historischer Wichtigkeit haben wir durchlebt und werden wir durchleben. Sie werden auf lange hinaus unsere Rolle im politischen Leben Russlands bestimmen.

Mögen alle Arbeiter Russlands ohne Unterschied der Nationalität von dem Bewußtsein ihrer Klasseninteressen durchdrungen werden, mögen unsere proletarischen Forderungen überall laut erschallen.

Wir fordern:

1. Die Einberufung einer konstituierenden Versammlung von Volksvertretern, die von allen Bürgern ohne Unterschied des Geschlechts, der Religion und der Nationalität auf Grundlage des direkten, gleichen und allgemeinen Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe erwählt werden.
 2. Die sofortige Einstellung des Kriegs mit Japan.
 3. Die sofortige Befreiung aller wegen politischer und religiöser Angelegenheiten Verhafteten und Verbannten und Einstellung aller ähnlichen Prozesse.
 4. Die sofortige Einführung des achtstündigen Arbeitstags für alle Lohnarbeiter in allen industriellen, landwirtschaftlichen und Handelsbetrieben.
- Wir werden die Waffen nicht niederlegen, bis alle unsere Forderungen erfüllt sein werden, doch werden wir auch in der konstituierenden Versammlung — welche Russland freie staatliche Institutionen gewähren soll — nicht aufhören, für die Schaffung solcher politischer Formen zu kämpfen, die die Freiheit und ungehinderte Entwicklung unseres Klassenkampfes um die ganze Fülle der nächstliegenden proletarischen Forderungen, um unser Endziel, den Sozialismus, sichern sollen.

In der konstituierenden Versammlung werden wir fordern:

1. Abschaffung des autokratischen Regimes und Ersetzung desselben durch eine demokratische Republik auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe.
2. Weite lokale Selbstverwaltung auf Grundlage desselben Wahlrechts und territoriale Selbstverwaltung für diejenigen Gebiete, welche sich durch besondere kulturell-geschichtliche Bedingungen im Zustande der Bevölkerung fernzeichnen.
3. Unverletzlichkeit der Person und der Wohnung, unbefristete Freiheit des Gewissens, des Wortes, der Presse, der Versammlungen, der Streiks und der Vereinigungen.
4. Aufhebung der Standesunterschiede; Gleichberechtigung aller Bürger, ohne Rücksicht auf Geschlecht, Religion, Rasse und Nationalität.
5. Abschaffung aller Ausnahmegeetze gegen einzelne Nationalitäten; vom Gesetz garantierte Freiheit der kulturellen Entwicklung für jede Nationalität; das Recht, in der Muttersprache Bildung zu erhalten und überall, in allen örtlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen und Versammlungen in der Muttersprache reden zu dürfen.
6. Wahl der Richter durch das Volk; das Recht jeder Person, im gewöhnlichen Verfahren jeden Beamten vor das Geschworenengericht zu ziehen.
7. Ersetzung des stehenden Heeres durch eine allgemeine Volksbewaffnung.
8. Scheidung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche.

Von den auf der Konferenz nicht vertretenen Organisationen teilte die polnische sozialistische Partei „Proletariat“ mit, daß sie den Resolutionen der Konferenz vollständig zustimme.

Die „Sozialdemokratie Polens und Litauens“ hat sich bereit erklärt, ihre Unterschrift den Unterschriften der Konferenzteilnehmer beizugeben, jedoch nur für die Proklamation „An das Proletariat Russlands“.

Die Bauernunruhen.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur erklärt die im Auslande verbreiteten Gerüchte über Bauernunruhen im Gouvernement Saratow für übertrieben. Die Bauern in Balachow haben, gestützt auf Urkunden, deren Echtheit nicht erweislich war, in dem Walde eines Grundbesitzers namens Lwowf Bäume gefällt und sich geweigert, der Aufforderung der Behörden, dies zu unterlassen, Folge zu geben. Hierauf wurde Militär entsandt. Mehrere Kosaken und Soldaten wurden durch Steinwürfe verletzt. Die Menge wurde durch den Gouverneur beruhigt. Später gaben die Bauern die Namen der Aufwiegler an. Die Aufwiegler wurden verhaftet. Die Soldaten machten nicht von der Waffe Gebrauch. Von den Bauern wurde keiner verwundet. Jetzt herrscht Ruhe.

Zur Streibewegung.

Bjelsk, 13. März. Die Angestellten der Straßenbahn und die Droschkenfahrer haben die Arbeit wieder aufgenommen. Die Stadt ist ruhig, Patrouillen durchqueren und durchziehen die Stadt.

Leonid Andrejew aus der Haft entlassen.

Die Schriftsteller Andrejew und Skitales, die zu dem zweites Kreise Gorkis gehörten, sind nunmehr auch aus der Haft entlassen worden.

Politische Übersicht.

Berlin, den 13. März.

Reichstag.

In der Spezialberatung des Etats für das Reichsamt des Innern erledigte heute der Reichstag die Kapitel: Bundesamt für das Heimatwesen, Statistisches Amt und Reichsgesundheitsamt. Beim ersten Punkt der Debatte brachte der konservative Abg. Schieler die agrarischen Wünsche auf die Abänderung des Gesetzes über den Unterhaltungswohnort vor. Es ist den Herren Großgrundbesitzern unangenehm, daß sie sich durch das Abziehen unterstützungsbedürftiger Leute ihrer Leistungspflicht nicht entziehen können. Graf Posadowsky hatte natürlich für diese Wünsche eine wohlwollende Antwort: er versprach schon für das nächste Jahr eine Novelle zu dem Gesetz.

Als aber beim Kapitel „Statistisches Amt“ der Zentrumsabgeordnete Erberger den Polizeicharakter der Statistik riigte und die ganze Art und Weise der Erhebungen treffend dahin charakterisierte, daß sie den Eindruck einer Materialsammlung für ein neues Justizhausgesetz machten, da fand Graf Posadowsky weder ein Versprechen der Besserung, noch ein Wort der Widerrede. Die freimütigen Abg. Gothein und Potkoff brachten den Erlaß des Präsidenten des Statistischen Amtes zur Sprache, durch den die Beamten gezwungen werden, ihre wissenschaftlichen Arbeiten vor der Publikation diesem vorzulegen. Graf Posadowsky konnte den Verdacht nicht entkräften, daß man hier aus politischen Absichten die freie wissenschaftliche Forscherätigkeit der Statistiker anzutasten versucht hat.

Beim Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ wurden, wie alljährlich, zunächst die „Angehörungen der Weinbauern“ über die Nahrungsmittelkontrolle von einer ganzen Reihe pfälzischer und badischer Abgeordneten vorgelesen. Bemerkenswert war, daß Graf Posadowsky die Notwendigkeit einer Verbesserung der Nahrungsmittelkontrolle und ihrer Regelung durch Reichsgesetz anerkannte und selbst der konservative Abg. Kettich dagegen keinen Widerspruch erhob. Freilich stellte Genosse Scheidemann sofort den Widerspruch fest, in dem diese Haltung des konservativen Redners zu der Verschlechterung des Fleischschau-Gesetzes durch die Junkermehrheit im preussischen Landtage steht. Genosse Scheidemann erörterte im übrigen zwei Fragen von höchster sanitärer Bedeutung für das gesamte Volk. Er wies nach, daß die Verunreinigung der Flüsse durch die Abwässer der Städte und der Industrie eine schwere Gefahr für die Volksgesundheit und einen riesenhaften Schaden für die Volkswirtschaft darstellten und mahnte die Regierung, endlich Maßregeln zur Reinhaltung der Flüsse

zu ergreifen. Im Zusammenhang damit erörterte er dann die Trinkwasserfrage und den Gelsenkirchener Typhusepidemie-Prozess. Er geißelte mit kräftigen Worten die unglückliche Gewissenlosigkeit des kapitalistischen Unternehmers, der das ganze Ruhrrevier mit Trinkwasser zu versorgen hätte, aber durch seine rücksichtslose Ausbeutungswut hunderte von Menschen aufs schwerste in ihrer Gesundheit geschädigt hat. Graf Posadowsky konnte sich in diesem Punkte wenigstens halbwegs rechtfertigen. Nach dem Prozesse hat er alles getan, um in Zukunft eine bessere Kontrolle der Wasserversorgung durchzuführen. Am wirksamsten wäre freilich allen Gefahren vorgebeugt, wenn die Gesellschaft einen so wichtigen Zweig der Volksgesundheitspflege nicht weiter dem Kapitalismus als freien Spielraum ließe. Auf dem anderen Gebiet, das Gen. Scheidemann betreten hatte, mußte Graf Posadowsky wieder einmal bekennen, daß jede Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Volksgesamtheit im Deutschen Reich hinter dem Profitinteresse einiger weniger Kapitalisten zurückstehen muß. Er erklärte, gegenüber dem materiellen Interesse, das viele Fabriken daran haben, ihre Abwässer den Flüssen zuzuführen, eine Reinhaltung der Flüsse nicht durchsetzen zu können. Dabei sind ihm gesundheitliche Gefahren, die durch die jetzt geduldeten Flußverpestung heraufbeschworen werden, durchaus bekannt. Sagte er doch selbst, daß die Kinder des deutschen Volkes drei bis vier Generationen lang daran zu tun haben würden, um die Sünden ihrer Väter auf diesem Gebiet wieder gut zu machen. Nach seiner Erklärung scheint es aber sicher, daß erst die Erbünde des Kapitalismus ausgetilgt werden muß, ehe das Volk sich von der Heimsuchung durch diese Volksvergiftung befreien kann.

In anderen Fragen, die zum Reichs-Gesundheitsamt gehören, machte Graf Posadowsky dem Fortschritt freundlichere Ausichten. Er versprach für das nächste Jahr ein Gesetz zum Schutz der Arbeiter in den Bleibütten und eins über die Verwendung von Bleifarbe, dann eine einheilige Regelung der Ausbildung der Krankenpfleger usw.

Morgen 1 Uhr wird die Staatsberatung fortgesetzt.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Genossenschaftswesen war der erste Gegenstand, mit dem sich das preussische Abgeordnetenhaus heute beschäftigte. Es geschah dies beim Etat der Zentralgenossenschaftskasse. Natürlich handelte es sich nicht etwa um die Organisationen der Arbeiterklasse, die Konsumvereine, — die in den Augen des preussischen Abgeordnetenhauses noch gar nicht existenzberechtigt sind — sondern um die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Gegen diese kann man nicht gut aufreten, wenngleich manchem Großagrarien das Erstarren der kleinen weitdeutschen Landwirte durch diese Genossenschaften sehr unangenehm sein mag. Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen hat vor kurzem einen großen Schritt vorwärts getan: die beiden großen Organisationen, der „Reichsverband der deutschen Landwirtschaftsgenossenschaften“ in Darmstadt und der „Zentralverband der Raiffeisengenossenschaften“ in Neuwied haben beschlossen, sich miteinander zu verbinden, wenn beide Vereine freilich auch einseitig noch ihre selbständige Verwaltung behalten sollen. Durch diese Verbindung werden ungefähr 16 000 Genossenschaften mit insgesamt 1 1/2 Millionen Mitglieder zu einer gewaltigen Organisation zusammengeschlossen. Um welche bedeutenden Werte es sich hier handelt, geht allein aus der Tatsache hervor, daß der Geldverkehr dieser Vereine im letzten Jahre rund 2300 Millionen Mark und der Warenumsatz rund 125 Millionen Mark betrug. In der Debatte im Abgeordnetenhaus war es interessant, daß der Abg. Stull vom Zentrum alle konfessionellen und Partei-Interessen aus dem Genossenschaftswesen ausgeschieden wissen wollte. Auch hier dachte er wohl nicht an die Konsumgenossenschaften. Bekanntlich wird ja einer Konsumgenossenschaft immer gern ihr angeblich sozialdemokratischer Charakter angehängt und im speziellen das Zentrum hat ja auch eigene christliche Gewerkschaftskonsumvereine gegründet. Der freimütige Abg. Bleil reklamierte die Genossenschaftsidee für seine Partei. Aber seiner Partei gehörte nicht nur Schulze-Dehlich, sondern gehört auch Herr Dr. Crüger an, der die moderne Genossenschaftsbewegung in Kreuznach zu erdrosseln versucht hat. Davon erwähnte Herr Bleil vorsichtigerweise nichts. Etwas Humoristisches hatte es, als der konservative Abg. v. Brodhagen gerade dem Crügerschen Genossenschaftsblatt maßlose Agitation vorwarf — wie Crüger gegen die Konsumvereine, so Brodhagen gegen Crüger...

Das Haus erledigte dann auch noch die Etats der direkten und indirekten Steuern. Von Bedeutung war die Auskunst, die Herr v. Rheinbaben über eine eventuelle Reichs-Erbchaftsteuer und Reichs-Einkommensteuer gab. Daß man zu einer Reichs-Erbchaftsteuer sich nicht entschließen will, scheint danach zwar sehr wahrscheinlich, aber noch nicht fest zu sein. Von einer Reichs-Einkommensteuer will aber Preußen natürlich nach wie vor nichts wissen. Die Konservativen warten auch den Finanzminister recht eindringlich vor der Reichs-Erbchaftsteuer; dies sei schon der erste Schritt auf der bekannten Ebene, die schließlich zum Kollektivismus führe. Es ist immer das alte Lied in ermüdender Einförmigkeit ohne jede Variation.

Zum Schluß gab es denn noch ein wenig Polenfrage; der stets originelle Landwirtschaftsminister von Podbielski hatte wiederum neue Ideen und Eingebungen. Er entdeckte die Institution der „geunden Genossenschaften“, eine Spezies, die den Genossenschaftstheoretikern zum Studium empfohlen sei. Die „geunden Genossenschaften“ sind Ansiedlergenossenschaften, die ihre Spitze gegen das Polentum richten. Sollte es sich hier nicht um eine Genossenschaftsart mit politischer Tendenz handeln?

Die Verhandlungen über die direkten Reichssteuern nahmen den folgenden Verlauf:

Abg. Dr. v. Heydebrand und der Lohs (L.) erklärt namens seiner Partei, daß sie die schwersten Bedenken gegen die Einführung einer Reichs-Erbchaftsteuer und einer Reichs-Einkommensteuer hätten. Redner bittet die Regierung im Bundesrat gegen den etwaigen Plan der Einführung solcher Steuern zu stimmen. (Beifall rechts.)

Minister Herr v. Rheinbaben: Welcher Weg im Interesse der Reichs-Finanzreform eingeschlagen wird, darüber sind noch keine Verhandlungen eingeleitet und noch keine Vorlagen an die Staatsregierung herangetreten. Meines Erachtens würde, wenn eine entsprechende Vorlage kommen sollte, Preußen nicht für eine Reichs-Erbchaftsteuer eintreten können, da es einen Ausfall an seiner Erbschaftsteuer erleiden würde. Ebenso wäre meines Erachtens der Weg eines Reichs-Einkommensteuergesetzes für alle Bundesstaaten so wie auch für Preußen vollkommen unbeschreibbar.

Abg. v. Ennen (natl.) erklärt, daß die Nachrichten in der Presse über die beabsichtigte Einführung eines Reichs-Erbchafts- und Einkommensteuergesetzes große Verunsicherung hervorgerufen hätten.

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.) : Wir sind weder grundtätig gegen eine Reichs-Erbchaftsteuer noch gegen eine direkte Reichs-Einkommen-

Neuer, wenn der Plan der Regierung greifbare Gestalt angenommen hat. Eine Auseinandersetzung über das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten wird allerdings einmal erfolgen müssen. Wir halten es für richtiger, im Reiche auf die direkte Steuer zurückzugreifen, als immer die indirekten Steuern zu vermehren, die nur auf den Schultern der unermittelten Klassen lasten.

Hg. Herold (3.) hält es für das richtige, eine gerechte Verteilung der Matrikularbeiträge nach der Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten einzuführen. Da die Einzelstaaten nicht geneigt sein werden, das direkte Steuersystem an das Reich abzutreten, so muß das Defizit im Reiche durch die Matrikularbeiträge gedeckt werden und den Einzelstaaten vorbehalten bleiben, weitere direkte Steuern zu erheben. Preußen ist in der Lage, ohne jede weitere direkte Steuer ganz erheblich höhere Matrikularbeiträge zu zahlen als jetzt. Den besten Beweis dafür liefert der gegenwärtige Etat.

Hg. Gamp (H.) erklärt sich gegen eine Reichs-Erbsteuern- und Reichs-Einkommensteuer. Das Reich habe noch andere Steuerquellen, z. B. die Wehrsteuer.

Ueber den Plan der Reichsteuern äußert sich die „Deutsche Tageszeitung“, daß zwar einige maßgebende Stellen im Reiche neuerdings dem Gedanken einer solchen Steuer sympathischer gegenüberstehen, daß aber die grundsätzlichen und schwerwiegenden Bedenken der meisten Einzelstaaten noch nicht im geringsten beseitigt sind und nach menschlicher Voraussicht auch nicht beseitigt werden können.

Das ist der Patriotismus der Besitzenden.

Deutsches Reich.

Die Reichstags-Arbeit. Der Seniorenkonvent des Reichstags legte am Montag die Beratung über die Geschäftslage und die Möglichkeit, den Etat rechtzeitig fertigzustellen, fort. Die Vertreter der Parteien erklärten sich einverstanden, daß der Versuch gemacht werden soll, die Fertigstellung des Etats bis zum 1. April zu ermöglichen. Es wurde folgender Arbeitsplan in Aussicht genommen: Am 14. letzter Tag für den Etat des Reichs samt des Innern und Invalidenfonds, am 15. bis 18. die Etats für den Reichskanzler, auswärtiges Amt, Schutzgebiete, am 20. und 21. die beiden Militärsetze, vom 22. bis 24. Militäretat, ostasiatische Expedition, Militärgericht, (am 25. katholischer Feiertag), am 27. (Montag) Rest des Etats (Zölle, Verbrauchssteuern), also Schluß der zweiten Lesung. Am 28. sollen Wahlberichte verhandelt werden, am 29. bis 31. dritte Lesung des Etats.

Vorbereitungen für einen neuen Streit.

Eine etwas unklare Mitteilung läßt sich das „Berliner Tageblatt“ aus Dortmund schreiben. Danach hätte der Minister des Innern eine gewisse Verfügung erlassen, die sich mit Sicherheitsmaßnahmen für einen neuen Streit beschäftige. Der Gewährsmann des „Berliner Tageblatt“ will ermittelt haben, daß im Streitfalle die Hälfte nicht nach und nach, wie bisher, sondern mit einem Mal und in gesamt notwendiger Stärke geschickt werden soll.

Das würde, vorausgesetzt, daß an der Meldung überhaupt etwas Wahres ist, unterstellen, daß die sogenannte Hälfte, soll heißen, das Polizeiaufgebot, nicht ausreichend gewesen wäre. Das stände aber im Widerspruch mit den offiziellen Erklärungen der Minister in den Parlamenten, daß die Bergarbeiter in ihrem Streik eine musterhafte Ruhe und Ordnung bewahrt haben. Die Minister werden sich doch nicht selbst Lügen strafen wollen.

In einer Zentrumsversammlung in Offen eroberte sich lebhafter Widerspruch, als Herr Trimborn die Jollpolitik des Zentrums verteidigen wollte. Es wurden Schreie laut, und als der Vorsitzende das Ausrufen mit Hinauswerfen drohte, da entfiel minutenlanges Lärm. Es ist auch eine starke Zumutung an die Bevölkerung der Bergbaubezirke, an den Segen des Drohwahrs glauben zu lassen. Der Streik hat auch den Zentrumsanhängern unter den Bergleuten den Blick für ihre wahren Interessen geschärft.

Zugung der Grubenkapitalisten. Auf Einladung des Zentralverbandes deutscher Industrieller treten am 16. März Delegierte fast sämtlicher Bergbauvereine Deutschlands zusammen, um sich über die Stellung des deutschen Privatbergbaues zu den beiden Novellen zum preussischen Berggesetz zu verständigen.

Mit der Sozialdemokratie paktieren wollen die Kohlenbarone. Eine solche Paktierung wurde jüngst in einem hiesigen Blatte gemacht. Daraufhin hat die „Westfälische Allg. Ztg.“ einen der Herren interviewen lassen und dieser Herr soll folgendes gesagt haben:

„Wir jetzt haben wir einen Arbeitgeberverband vermeiden. Der Bergbauverein ist nur eine Art Handelskammer, und das Kohlenhandels hat mit derartigen Fragen absolut nichts zu tun. In der Zukunft aber werden sich Bergbau und Arbeiter in festgeschlossener Phalanx gegenüberstehen. Die Gesetzgeber und die öffentliche Meinung, namentlich die hyperweisen Sozialprofessoren, wollen uns zwingen, mit der Sozialdemokratie zu verhandeln. Die meisten von uns werden das ablehnen, wenn auch einige allerdings durch das Mißtrauen gegen die Regierung bereits so weit gekommen sind, daß sie ein Verhandeln und eventuelles Paktieren mit der Sozialdemokratie für unvermeidlich halten. Ich selbst bin überzeugt, daß unsere Großindustrie und insbesondere der Bergbauverein auf seinem alten politischen Standpunkt fest bleiben wird, daß er nach wie vor in einem mächtigen, einigen Vaterland die gesündeste und kräftigste Basis für die Entwicklung unserer Industrie sehen und jedes Paktieren, nicht nur mit dem Ultramontanismus, sondern auch mit der Sozialdemokratie von der Hand weisen wird. Aber die Zukunft sieht sehr schwarz aus, wenn die Staatsregierung nicht endlich die Gefahr erkennt und gegen Ultramontanismus wie Sozialdemokratie gleich fest wird, wie gegen die Polengefahr.“

Vielleicht ist einigen der Herren vom Bergbauverein die Einsicht aufgekommen, daß es am Ende doch vorteilhaft wäre, sich mit den Arbeiterorganisationen auf den Verhandlungstisch zu stellen, und das wäre wirklich nicht dumme, wenn es auch kein Paktieren mit der Sozialdemokratie wäre. Wir könnten uns wenigstens nicht vorstellen, wie die Unternehmer einen Pakt mit uns machen sollten.

Die „Post“ freilich weiß das besser. Sie denkt sich, angeregt von ihrem Pakt mit den Abel und Lorenz, die Sache so, daß die Großindustriellen sich durch Beiträge an die sozialdemokratische Partei die unbefristete Freiheit der Arbeiterausbeutung erkaufen. Ueber die Höhe der Summe, die die Großindustriellen für diesen Zweck anlegen müßten, hat sich die „Post“ noch keine Gedanken gemacht, aber hoffentlich holt sie das nach. Wenn man schon solches Geschäft erwägt, dann muß man auch alle Konsequenzen erwägen.

Die Kraft, die stets das Gute schafft.

Die „Konserb. Korresp.“ bringt die folgende, recht interessante Äußerung über die „sozialdemokratischen Arbeitersekretariate“:

„Aus dem Jahresberichte des Zentral-Arbeitersekretariats für das verflossene Jahr sind folgende Bemerkungen hervorzuholen:

„Die Errichtung von Arbeitersekretariaten wird von den organisierten Arbeitern einzelner Orte als das sicherste Mittel angesehen, die gewerkschaftliche Agitation zu fördern.“

„Das Verhältnis des Sekretariats zum Reichs-Versicherungsamt ist nach wie vor durchaus zufriedenstellend.“

Wenn sich sogar die führenden „Genossen“ mit ihrem Verhältnis zu irgend einer Behörde zufrieden erklären, so läßt das tief blicken. Im übrigen bedarf die Zusammenstellung der beiden obigen Züge seines weiteren Kommentars.

Demgegenüber sei auf die von dem konservativen Abgeordneten Herrn von Arnim-Bischoff im preussischen Abgeordnetenhaus erhobene Forderung, daß den Gemeinden Staatszuschüsse zur Förderung auch der Rechtsberatung für die minder bemittelten Bevölkerungsklassen behufs unentgeltlicher Auskunftserteilung gewährt werden sollten, um so dem Anwachsen der

Sozialdemokratie und deren Ausnützung des Auskunftsbedürfnisses entgegenzuwirken, aufmerksam gemacht. Der Herr Handelsminister hat seine Geneigtheit, auf diese Forderung einzugehen, zugesagt, und es ist zu hoffen, daß diese Aufgabe, die tatsächlich als eine ungemein wichtige anzusehen ist, energisch in die Hand genommen werden wird.“

Es läßt „tief blicken“, daß ein Organ der Arbeiterinteressen sein Verhältnis zum Reichs-Versicherungsamt als befriedigend erklärt. Nach der konservativ-offiziösen „Konserwativen Korrespondenz“ ist es ein unerhörter Skandal, wenn eine Reichsbehörde sich die Befriedigung der „sozialdemokratischen Arbeitersekretariate“ zueignet. Nach konservativer Lesart erfüllt eine Behörde, auch wenn sie lediglich eine ganz unpolitische, soziale Aufgabe auszuführen hat, nur dann ihre Pflicht, wenn sie die Arbeiterschaft — in Unzufriedenheit erhält.

Nicht minder hübsch ist aber das weitere Geständnis der „Konserb.“ Mit erheblichem Eifer wird die Einführung von kommunalen Rechtsberatungsstellen und Zahlung von Staatszuschüssen zu dieser Einrichtung gefordert. Ursprünglich finden die Konservativen eine Aufgabe, die als ungemein wichtig anzusehen ist und „energisch in die Hand genommen werden“ soll. Unvorsichtig gesteht man dabei ein Auskunftsbedürfnis der Arbeiterschaft zu. Aber warum haben die Konservativen dieses dringende Bedürfnis nicht längst entdeckt und zu befriedigen unternommen? Hätte die Arbeiterschaft auf die konservativen Arbeiterfreunde gewartet, so hätte sie freilich lange warten dürfen. Die Korrespondenz gesteht in offener Fäulhaftigkeit: „un dem Anwachsen der Sozialdemokratie und deren Ausnützung des Auskunftsbedürfnisses entgegenzuwirken.“ Erst da die Arbeiter sich selbst das schufen, was sie nötig brauchten, und da die neue Schöpfung ein blühender Sproß der Gesamtarbeiterbewegung wurde, geht den Konservativen der Sinn für die „ungemein wichtige“ Aufgabe auf. Die „Konserwativen Korrespondenz“ beweist an dem Beispiel wieder einmal trefflich den Satz: Ohne Sozialdemokratie keinerlei Sozialreform!

Königsberger Streikanklagen.

Aus Königsberg schreibt man uns: Die gerichtlichen Nachwehen des vorjährigen Königsberger Maurerstreiks nehmen kein Ende und eine Anklage ist immer wunderlicher als die andere. Man erstaunt immer von neuem über die Kunstfertigkeit, mit der hier aus einem wahren Nichts Anklagen aufgebaut werden. Nebenbei kostet das nicht nur der Anklagebehörde und den Gerichten einen beträchtlichen Aufwand an überflüssiger Mühe und Zeit, sondern dem Staat erzwungen noch unnütze bare Kosten. Der neueste Fall wurde am 11. März vor dem Schöffengericht abgeteilt und trug sich folgendermaßen zu:

Ein arbeitswilliger Maurer mit dem ominösen Namen Mirbach kam etwa am 23. Juli 1904 — während des Streiks — zu dem Unternehmer Proskowski, bei dem er arbeitete, und verlangte polizeilichen Schutz, da er von den Streikenden belästigt zu werden befürchtete. Am 22. so behauptete er, habe man ihm mit Schlägen gedroht. Natürlich wurde nicht nur die gewünschte Polizeiaufsicht schleunigst besorgt, indem sechs Wochen lang die arbeitswilligen morgens und abends von Schutzleuten begleitet und auch noch tags über auf dem Bau bewacht wurden — nach dem Ausspruch eines Königsberger Staatsanwalts war es ja Pflicht der Polizei, in dem Lohnkampf den Unternehmern zu helfen —, sondern außerdem erfolgte Anzeige wegen angeblicher Verletzung des § 153 der Gewerbe-Ordnung. Zwar konnte Herr Mirbach nicht angeben, wer ihn bedroht habe. Aber das machte nichts. Von einem anderen arbeitswilligen erfuhr die Behörde, daß ein gewisser Stadin mit mehreren Streikenden an jenem Abend nach dem Bau gekommen sei, und das genigte. Stadin und noch drei andere mußten auf die Anklagebank, darunter auch wieder Genosse Gerlach, der bekannte Leiter des Streiks. — Und was ergab nun die Beweisaufnahme? Es lohnt wirklich, die entscheidenden Stellen der Zeugenaussagen wirklich kennen zu lernen:

Zeuge Masurat (ein arbeitswilliger Maurer): Sie redeten den dort befindlichen Maurern zu, die Arbeit niederzulassen. Gedroht hat keiner.

Zimmerer König (der auf dem Bau den abwesenden Polier vertrat): Von Drohungen war keine Rede.

Maurerlehrling Sturmhöfel: Verleumdungen und Drohungen sind nicht vorgekommen. Sie tranken sogar Bier zusammen.

Maurerlehrling Stordel hat keine Drohungen gehört.

Nebrig bleibt nur der eine Herr Mirbach, der inzwischen nach Goldap abgereist ist und auch bei der kommissarischen Vernehmung behauptet hat, man habe ihnen gesagt, wenn sie weiter arbeiteten, werde es vielleicht schlimmer werden und man habe auch mit Schlägen gedroht. Aber immer noch bleibt dunkel, wer das gesagt und wer gedroht haben soll.

Selbstverständlich mußte bei diesem Ergebnis der Beweisaufnahme der Antragsanwalt selbst Freisprechung beantragen — genau wie vor 14 Tagen. Genau wie damals war aber auch diesmal wieder Gerlach mit angeklagt, obgleich er bei dem Vorfall gar nicht zugegen war! Es bleibt in der Tat keine andere Erklärung übrig, als daß er von der Anklagebehörde in diese Sache hineinverwickelt wird, weil er Leiter des Streiks war. Dieser Annahme gab denn auch der Verteidiger Genosse Haase Ausdruck und beantragte aus diesem Grunde, die Kosten der Verteidigung Verlaß der Staatskasse aufzuerlegen. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, weil nach Ansicht des Gerichts eine Fahrlässigkeit bei Erhebung der Anklage nicht ersichtlich sei. Im übrigen wurden alle Angeklagten freigesprochen.

Wir aber fragen: Sind denn bei den vorgängigen Ermittlungen die Zeugen nicht gehört worden? Haben sie denn da anders ausgesagt als in der Hauptverhandlung? Das ist doch wohl kaum anzunehmen. Dann aber muß doch schon im Vorverfahren nachgewiesen sein, daß überhaupt keine Drohungen vorgekommen sind. Wie konnte man denn daraufhin Anklage erheben? Wir waren bisher der Ansicht, das Anklagerecht sei gerade deshalb der Behörde vorbehalten, damit unnütze Klagen vermieden werden und damit nicht ehrenhafte Leute ohne jeden Grund auf die Anklagebank kommen. Die lange Reihe der Königsberger Streikprozesse drängt aber geradezu zu dem Verdacht, es werde bei streikenden Arbeitern zunächst auf alle Fälle versucht, eine Verurteilung herbeizuführen.

Thorn, 13. März. (Privatbesuche des „Vormärts“.) Ein Musikleiter der 6. Kompagnie des 61. Infanterie-Regiments, der bei Post 6 Posten stand, drohte, als die Ablösung sich ihm näherte, zu schießen, folgte aber doch der Ablösung. In der Wachtstube legte er auf den wachhabenden Gefreiten an und schoß ihm eine Kugel durch die Schulter, daß der Gefreite zusammenbrach. Es soll angeblich ein Rasentst vorliegen. Der Soldat ist verhaftet.

Verluste in Südwestafrika.

Berlin, 13. März. Ein amtliches Telegramm aus Windhof meldet: 1. Gefreiter Friedrich Meyer, geboren am 23. 6. 79 zu Straßburg i. E., am 4. 3. 05 im Gefecht bei Klein-Nabas gefallen. 2. Gefreiter Gustav Würtner, geboren am 11. 4. 82 zu Honigsfeld, am 4. 3. 05 im Gefecht bei Klein-Nabas leicht verwundet. Streifschuß Oberschenkel. 3. Die seit 4. 3. 05 bei Klein-Nabas als vermisst gemeldeten Reiter: Peter Hof, geboren am 30. 1. 83 zu Merien, Leonhard Küchen, geboren am 18. 10. 82 zu Aachen und Heinrich Grünken, geboren am 23. 9. 82 zu Gnarrungen sind tot aufgefunden worden. 4. Reiter Friedrich Paul Ludwig Siglow, geboren am 19. 9. 84 zu Raage, am 10. 3. 05 im Lazarett Windhof an Typhus verstorben. 5. Gefreiter Jakob Dieck, geboren am 13. 8. 83 zu Reimen und 6. der Reiter Hermann August Engelhardt, geboren am 3. 8. 81 zu Söllstedt, haben sich auf der Jagd bei Ganas verirrt und werden seitdem vermisst. Datum noch nicht bekannt.

Berichtigung. Im Bericht über die Sonnabendstimmung des Reichstages muß es in der Rede Stalchagens heißen: Und doch hat das Reichsgericht sich gegen die schwarzen Listen ausgesprochen. Es geschah auf Grund eines Prozesses zwischen der Deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft (nicht Metallarbeiter-Verbandes) und der Eisengießerei Nebling u. Thomas.

Mosse und Scherl.

Die Repräsentanten unserer „gelben“ Presse — um den amerikanischen Ausdruck zu gebrauchen — die Herren Mosse und Scherl sind sich wieder einmal in die Haare geraten. Mosse läßt durch einen seiner jungen Leute der Scherl-Presse Sensationslüsternheit nachsagen. Ein amerikanischer Scherl würde einen solchen vom „gelben“ Reiche distanzieren Vorwurf sänuzelnd akzeptieren, nicht so Herr August Scherl. Er rächt sich, indem er durch seine jungen Leute den Mosse-Kenten allerhand Dummnheiten nachweisen läßt. So zunächst eine polizeiwidrige — Unvorsichtigkeit der Mosse-Leute. Am 9. März meldete Scherl in einem Petersburger Telegramm, daß die Japaner Morden am Morgen dieses Tages befehl hätten. Das Mosse-Blatt nannte diese Meldung die „Schwindelnachricht“ eines „Sensationsblattes“. Am 10. März aber erzählte das Mosse-Blatt, ohne natürlich seinen Angriff zu revozieren, daß am 9. März die Japaner tatsächlich bereits Morden befehlet hätten.

Ferner weist der „Tag“ nach, daß Oberst a. D. Gaedke in Rußland mit „russischen Federn“ schrieb und erst nach seiner Rückkehr nach Deutschland wieder mit deutschen. Der Spott über Gaedkes berumteltete Rußlandverherrlichung, über seine ausnahmslos nicht eingetragenen Prophezeiungen wären berechtigt — wenn er nicht im Scherl-Blatte stände. So braucht Mosse nur an die nicht minder famosen Prophezeiungen des Grafen Pfeil im „Tag“ zu erinnern. Graf Pfeil sagte nämlich — zu einer Zeit, wo jeder vernünftige Mensch den russischen Zusammenbruch kommen sah — mit tödlicher Sicherheit voraus, daß Port Arthur sich halten und Suropatkin Dnyama vernichtend schlagen werde! Der Scherlsche Pfeil war also dem russischen Gaedke durchaus ebenbürtig.

Gewerkschaftliches.

Freiwillige vor!

„Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert!“ — Das Wort ist weit älter als die moderne Gewerkschaftsbewegung, könnte aber jeder Betrachtung über dieselbe als Motto dienen. Die Gewerkschaften sind überall bemüht, dem Arbeiter einen Lohn zu sichern, der demselben über das bloße Existenzminimum hinaus auch ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Diesem Zwecke dienen überall die von ihnen aufgestellten Minimalforderungen und jede Durchbrechung derselben, auch unter besonderen Umständen — wie z. B. durch Gefängnisarbeit —, ist geeignet, die Aufrechterhaltung der in denselben festgelegten Lohnsätze für die Allgemeinheit zu gefährden.

Weniger als die Gefängnisarbeit wirkt ja auf die Lage des Arbeitermarktes die Tätigkeit der sogenannten Dekonomie-Handwerker ein; es sei denn, daß diese über den Bedarf der Truppe hinaus sich auch mit der Anfertigung sogenannter „Extrafachen“ befassen. Richtiger aber wäre es zweifellos auch hier, wenn man alle handwerksmäßigen Arbeiten dem freien Arbeiter überließe und sich beim Militär auf die Ausbildung der eingezogenen Mannschaften für den Kriegsdienst beschränkte.

Aber sogenannte Dekonomie-Handwerker suchen die Truppen mit allen Mitteln heranzuziehen, sogar vor dem Inferieren in den III Arbeiterblättern schreit man nicht zurück. Die Mehrzahl der Fachblätter weist natürlich solche Inferate zurück, da es nicht ihr Beruf ist, dem Militär „Freiwillige“ zuzuführen, die dort produktive Arbeit zu Bedingungen leisten sollen, die jeder Arbeiter im Zivilverhältnis entrüstet ablehnt.

Vielleicht das stärkste, was uns auf dem Gebiete des Inferierens nach Arbeitskräften von Militärbehörden vorgekommen ist, mag folgendes Inferat in der „Zeitung der Stöße“ sein:

Zweijährig freiwillige Köche

zur späteren Verwendung im Offizier-Kasino zum Herbst 1905 gesucht. Meldung sofort. Infanterie-Regiment Nr. 129, Graudenz. Es scheint wirklich, daß man das Privilegium des Einjährigendienstes am besten aus der Welt schafft, wenn man den Dienst allgemein auf ein Jahr beschränkt. Denn der Koch, der nach durchgemachter Rekrutenzeit fähig ist, seiner Berufstätigkeit in Offizierkasino nachzugehen, könnte ebenso gut in sein Zivilverhältnis zurückkehren. Oder heißt's nur „Freiwillige vor!“, damit die Sparamkeit der Kasinoverwaltung sich nicht dem Gaumen der Herren Offiziere wenig schmackhaft bemerkbar macht? Hier ist der Zweck, einen vollbezahlten Arbeiter durch einen im Militärverhältnis stehenden billigen Ersatzmann überflüssig zu machen, ganz offensichtlich. Der Kasinokoch ist ein schlimmeres Pendant zu dem schlimmen Thema vom Büschendienst.

Berlin und Umgegend.

Kätzung, Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes! Am 2. April ist für die zur Generalversammlung in Leipzig zu stellenden Anträge die Frist abgelaufen. Diejenigen unserer Mitglieder, welche Anträge stellen und diese den Mitgliedern der Verwaltungstelle Berlin unterbreiten wollen, ersuchen wir, ihre Anträge schleunigst einzureichen, damit die Drucklegung noch ermöglicht werden kann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. (Ordnungsverwaltung Berlin.)

Der Metallarbeiterstreik bei der Firma C. Lorenz, Telegraphenbauanstalt, wofelbst die Abteilung vom Industorbau in den Ausstand getreten war, hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Am Sonnabend versuchte der Verbandsbevollmächtigte Wiesenthal nochmals Verhandlungen mit der Firma anzubahnen. Es wurde ihm auch zum Nachmittage Nachricht darüber zugesagt, die jedoch ausblieb. Am selben Nachmittage machte die Firma dann laut Fabrikanschlagn bekannt, daß sie zwar die geforderten 70 Fr. für die Industorbauarbeiter bewilligen wolle, jedoch war über die anderen Forderungen und besonders über die Wiedereinstellung der Streikenden und Gemahregelten in dem Anschlag nichts enthalten. Darauf beschloß des Abends eine Fabrikerversammlung mit 273 gegen 12 Stimmen, daß sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen des Werks, mit Ausnahme von etwa 40 Kollegen, die für die Produktion nicht in Frage kommen, am Montag zugunsten der streikenden Abteilung ebenfalls die Arbeit niederlegen würden. Dieser Beschluß wurde am Montag morgen prompt ausgeführt. Im Streik befinden sich rund 250 Arbeiter und 100 Arbeiterinnen. Die Streikenden verlangen eine bessere Regelung der Arbeitsbedingungen und vor allem eine Sicherung auf bestimmte Zeit gegen Abzüge. Nachdem so der Ausstand in dem ganzen Werk perfekt geworden war, erklärte sich gestern die Firma bereit, mit einer Kommission der Streikenden unter Ausschaltung eines Verbandsvertreeters zu verhandeln. Die Verhandlungen werden am heutigen Dienstag stattfinden.

Lohnbewegung der Tabakzuckerer.

Nachdem im Laufe der vergangenen Woche zwischen der Verbandsleitung und der Innung über die Forderungen der Arbeit-

nehmer verhandelt worden war, fand am Sonntag eine Versammlung der Tapezierer statt, welche über Annahme oder Ablehnung des Ergebnisses der Verhandlungen zu beschließen hatte.

Hierauf erhielt Feder als Vertreter der Arbeitgeber das Wort. Er riet zur Annahme des Vertrages und meinte, es sei selbstverständlich, daß auch die Löhne der jetzt schon besser bezahlten Gehälfen vertraglich, wie von Wels vorgeschlagen, aufgebessert werden.

Die Forderung der Berliner Steinmetzen (Sandsteinarbeiter) auf allgemeine Einführung des Tagelohnes, das heißt auf Beseitigung des neben dem Tagelohn noch bestehenden Affordarates, ist auch bei den neuen Verhandlungen des Gesellenauschusses mit den Meistern nicht durchgedrungen.

Achtung, Tischler! Der Streik im Berliner Holz-Torlor, Filiale Oberberg, dauert unverändert fort. Zugang von Tischlern und Maschinenarbeitern streng fernzuhalten.

Spanbau. Unsere Kritik in der Sonnabendnummer über die Lohnbewegung der Maurer bedarf einer Verichtigung dahin, daß die organisierten Maurer in diesem Jahre 70 Pf. Stundenlohn (nicht wie es irrtümlich heißt „65 Pf.“) anstreben.

Wohltätigkeit. Achtung, Kaiser! In der letzten Mitgliederversammlung, in welcher unser Gauleiter über „Mißstände im Betriebe“ sprach, wurde die Sache über diesen Betrieb zu verhängen, bis der Unternehmer für Abstellung der gerügten Mißstände gesorgt hat.

Deutsches Reich.

Ein Streikurteil, dem man einmal zustimmen kann, fällt, wie uns unser Korrespondent aus Nürnberg schreibt, das dortige Schöffengericht. Im Januar d. J. wurden in der Zellulosefabrik Gebr. Wolff sämtliche Drechsler ausgesperrt, weil sie einen Prozentzuschlag für Überstunden verlangten.

Die Differenzen in der Rheinischen Gasmotorenfabrik von Benz u. Co. zu Mannheim haben zum Ausstand geführt. Seit

gestern früh streikten ungefähr 650 Mann, darunter auch 200 Nichtorganisierte. Die Firma sträubt sich gegen die Einführung fester Affordarates und will den bisherigen anarchischen Zustand aufrecht erhalten, der die Arbeiter in die Hand der Meister gab.

Aus Industrie und Handel.

Gewinne im Kohlenbergbau. Verschiedene der größeren Kohlenbergbau-Gesellschaften des Ruhrreviers haben in den letzten Tagen ihre Geschäftsberichte für das Jahr 1904 veröffentlicht, aus denen sich ergibt, daß trotz aller Klagen der Besenbesitzer sich auch im letzten Jahre der Kohlenbergbau recht gut rentierte.

Vielfach findet sich in den Geschäftsberichten die Mitteilung, daß die Schichtlöhne eine Kleinigkeit gestiegen sind; da aber meist mehr Feierschichten eingelegt wurden, hat sich trotzdem der Jahreslohn keineswegs überall erhöht.

Das neue Jahr hat sich, meint sie, für unseren Bergbau recht unfreundlich eingeführt. Infolge jahrelanger Verheerung durch sozialdemokratische Agitatoren war namentlich unter den jungen, unreifen Bergleuten eine gewisse Erregung künstlich erzeugt worden.

Die Viehpreise steigen. In verhältnismäßig kurzer Zeit hat sich auf dem Viehmarkt ein Umschwung der Preisbewegung vollzogen. Nach vor zierlich Wochen hatte es den Anschein, als ob mit Ausnahme der Schweine die Preise für Schlachttiere wieder eine weisende Richtung einnehmen wollten.

Schiffbauvereinigung. Zu den Verhandlungen zwischen 14 früher dem Grobblechverband angehörenden Mittelwalzwerken zwecks Gründung eines Schiffbauvereins, Syndikats erzählt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, daß die Beratungen auf einem toten Punkt angekommen sind, nachdem schon den letzten Versammlungen verschiedene Werke fern blieben.

Die Bergisch-Märkische Bank in Elberfeld, eine der größeren zum Konzern der Deutschen Bank gehörenden Bankinstitute, veröffentlicht ihre Jahresabrechnung, die eine geringe Gewinnsteigerung im Vergleich zum vorigen Jahre nachweist.

Eine öffentliche Schuhmacher-Versammlung in den Residenzläden nahm Stellung zu dem Streik in Weiskensfeld und den Differenzen in den Berliner Schuhfabriken. Zum ersten Punkt wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die heute in den Residenzläden tagende öffentliche Schuhmacher-Versammlung spricht den in Weiskensfeld kämpfenden Kollegen ihre volle Sympathie in ihrem prinzipiellen Kampfe aus.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 24. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: März-Prophezeien. Die Lehren des Bergarbeiterstreiks. Von R. Kautsk. Die ungarische Revolution von 1848. Bemerkungen zu Engels' Artikel über Ungarn in der „Neuen Rheinischen Zeitung“.

Mahnrufe an die führenden Kreise der deutschen Nation. Armin v. Domitzsch: Regeneration des physischen Bestandes der Nation. P. M. Hartmann: Ueber historische Entwicklung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Metallarbeiterstreik in Elbing. Elbing, 13. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) 34 Schwarzblech-Schlepper und Prüder sowie Bergarbeiter der Firma Jilgit u. Lemke in Elbing haben soeben die Arbeit niedergelegt wegen Verweigerung einer Lohnerhöhung, Maßregelungen und anderer Differenzen.

Madrid, 13. März. (B. T. B.) Die Wahlen zu den Generalwahlen haben in allen 49 Provinzen zusammen ergeben: 260 Konservative, 101 Liberale, 99 Demokraten, 39 Republikaner, 15 Kartisten, 8 Romeristen, 5 Unabhängige. Vom Minister des Innern wird dieses Ergebnis als ein Sieg der Regierung betrachtet.

Petersburg, 13. März. (B. T. B.) Fast alle Arbeiter der Druckereien sind ausständig, sodaß die Zeitungen morgen nicht erscheinen werden.

Japan und die Neutralität Chinas. Tokio, 13. März. (B. T. B.) Amliche Meldung. Ein heute eingegangener Bericht des Marschalls Oyama meldet, daß in der Richtung von Hingling die Verluste des Feindes noch nicht festgestellt worden sind, über 800 Reichen russischer Soldaten sind bereits aufgefunden.

Washington, 13. März. (Meldung des „Markteschen Bureaus“.) Von unterrichteter Seite wird erklärt, daß die russische Regierung das zweite Pacific-Schmader zurückberufen habe.

Erstens: Seit Anfang des Krieges bis Juli hatte Rußland in Galatolai und Lestertoulou und dem Achorjindistrit, welche unter der Jurisdiktion des Fürsten Huntu stehen, etwa 200 Soldaten abkommandiert, welche dort Pferde und Rindvieh requirierten.

Zweitens: Während der letzten Hälfte des Juni wurde eine russische Abteilung von 50 Kavalleristen und Artilleristen von der Umgebung von Tieling und Kaiquan kommandiert, welche ins Innere der Mongolei und in das Gebiet des Fürsten Bei einbrangen; sie benutzten den Weg zwischen Chungshiatun und Kiangping.

Drittens: Im September betrat eine Abteilung russischer Truppen, verbunden mit mandchurischen und mongolischen Soldaten, welche in russischen Diensten standen, weilsich von Tieling, Dieselben eskortierten 300 mit Waffen und Munition beladene Karren und durchzogen den vom Fürsten Huntu regierten Teil der Mongolei und erreichten Kakuoschu in der Nähe von Lestertoulou.

Viertens: Am 20. September wurden 300 russische Kavalleristen von Tieling nach Galatolai abgeschickt, wahrscheinlich um die oben erwähnten chinesischen Behörden und die Bevölkerung zu terrorisieren.

Fünftens: Seit vorigem August lagen zwischen 200 und 500 russische Soldaten in der Hauptstadt des Distrikts Quaitchik; ein Teil derselben patrouilliert im Achorlos-Distrikt von Chinachiatun bis Putsun. Diese russischen Truppen foragierten, und besonders wurden Vieh und Pferde im Nordosten der Mongolei durch Requisition eingebracht.

Sechstens: Der seinerzeit bekannt gewordene Fall, daß Rußland Gewehr- und Geschützmunition von der Mongolei über Chongshiatun und Kalgan nach Nordchina zu schicken verweigerte, dürfte noch in Erinnerung sein; es wird daher davon abgesehen, Einzelheiten desselben zu wiederholen.

An die preußischen Bergleute!

Kameraden! Die Reichs-Konferenz in Essen am 9. Februar 1905 beauftragte die unterzeichnete Kommission, die nötigen Schritte zu tun, um bei der Durchführung der angekündigten Vergesetzreform die Interessen der Bergarbeiter energisch zu vertreten. Da nun der von der Regierung angekündigte Gesetzentwurf betr. Bergarbeiterschutz vorliegt, derselbe aber den Wünschen der Bergarbeiter in vielen Teilen nicht entspricht, so erachten wir es für unsere Pflicht, einen

Bergarbeiter-Delegiertentag für Preußen

einberufen, um allen preußischen Bergbauarbeitern Gelegenheit zu geben, Stellung zu der Vergesetzreform zu nehmen. Der Delegiertentag tritt zusammen am

28. März 1905 in Berlin, vormittags 10 Uhr

und tagt im Gewerkschaftshaus, Engel-Nfer 15.

Für die Tagung sind drei Tage vorgesehen.

Als vorläufige Tagesordnung sehen wir fest:

1. Konstituierung des Bureaus und der event. Kommission.
2. Vergesetzgebung im allgemeinen.
Referent: Otto Hue.
3. Die Gesetzesnovelle über die Zeugnisausfertigung.
Referent: Hermann Köster.
4. Die Gesetzesnovelle über die Bergarbeiterverhältnisse.
 - a) Dauer der Schichtzeit und Uebererschichtwesen.
Referent: Fritz Gusemann.
 - b) Arbeiterauschüsse.
Referent: Johann Effert.
 - c) Grubenkontrolle.
Referent: Karl Kühne.
 - d) Wagenmüllen.
Referent: Bernhard Hammacher.
 - e) Strafwesen.
Referent: Josef Regulski.
 - f) Frauen- und Kinderarbeit.
Referent (wird noch bestimmt).
5. Reform des Knappschaftswesens.
Referent: Hermann Sachse.
6. Normal-Arbeitsordnung.
Referent: Heinrich Handmann.
7. Sonstige Anträge.

Die unterzeichnete Kommission wird an alle auf dem gewerkschaftlichen Boden stehenden Bergarbeiter-Organisationen in Preußen spezielle Einladungen ergehen lassen, da die Wahl der Delegierten den Organisationen überlassen bleibt. Wir bitten die genannten Bergarbeiter-Organisationen, ihre etwaigen Anträge zur Vergesetzreform zu formulieren und der unterzeichneten Kommission bis spätestens 21. März einzusenden. Die Kosten der Delegation trägt jede Organisation für sich.

Mit kameradschaftlichem Gruß!

Die Siebener-Kommission:

Effert, Kühne, Sachse, Handmann, Regulski, Korpus, Hammacher.

Reichstag.

162. Sitzung vom Montag, den 13. März 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.
Zunächst ehrt das Haus das Andenken des verstorbenen Abg. Binder-Kaufmann (J.) durch Erheben von den Sitzen.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Bundesamt für das Heimatswesen fortgesetzt.

Abg. Schidert (L.) verlangt Verkürzung der Frist für die Erwerbung eines neuen Unterstüßungswohnortes, damit eine Gemeinde nicht noch auch für ein Kind zu sorgen braucht, welches von einer Frauensperson nach ihrem Bezuge aus der betreffenden Gemeinde in die Welt gesetzt wird. (Weiterleit und Weisfall bei den Konservativen.)

Staatssekretär Graf Posadowsky kündigt für die nächste Session eine Novelle zum Reichs-Armengesetz (Gesetz über den Unterstüßungswohnort) an, welche die vom Abg. Schidert beklagten Mängel beseitigen werde.

Beim Artikel 10 (Statistisches Amt) bemängelt Abg. Erzberger (Z.) die Streikstatistik, über deren Mängel sich alle organisierten Arbeiter mit Recht beschweren. Bei uns beschaffen die Polizeibehörden das Material, und man kann auf die Vermutung kommen, daß man Material für eine neue Buchdruckvorlage sammeln will. Dem müssen wir vorbeugen. Bei den Gewerbe-gerichten, bei den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, bei den zu schaffenden Arbeitskammern muß das Material zur Streikstatistik beschafft werden. (Weisfall im Zentrum.)

Die Abgg. Posthoff und Gothein (fr. Bg.) bemängeln die über die Mitglieder und Hilfsarbeiter des Statistischen Amtes verhängte Zensur und den Versuch des Landwirtschaftsrats, die Arbeiten des Statistischen Amtes in agrarischen Sinne zu beeinflussen.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, es könne keine Rede davon sein, daß vom Statistischen Amte im Interesse dieser oder jener politischen Gruppe Statistik gemacht würde. Andererseits sei aber das Statistische Amt keine Akademie, kein reinwissenschaftliches Institut, sondern eine Reichsverwaltung, die nicht ohne weiteres jedem Mitarbeiter die beliebige Veröffentlichung amtlichen Materials gestatten könne.

Beim Kapitel „Reichs-Gesundheitsamt“ befürworten die Abgg. Baumann (Z.), Schellhorn (natl.), Sartorius (fr. Bp.) eine Resolution, welche Vereinheitlichung der Beaufsichtigung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genussmitteln fordert, und berufen sich dabei auf ihre Erfahrungen als Weinbauer.

Abg. Blauenhorn (natl.) schließt sich den Ausführungen der Vorredner an.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Auch ich halte eine Verbesserung der Nahrungsmittelkontrolle für notwendig und habe einen dahingehenden Entwurf bereits ausgearbeitet. Für die Vereinheitlichung der Weinkontrolle, die möglichst durch Gesetz erfolgen soll, hat die badische Regierung Grundzüge ausgearbeitet. Die Klagen über den ungeheuren Umfang der Weinverfälschung halte ich doch für übertrieben. Es ist wirtschaftlich nicht unbedenklich, die Zustände auf diesem Gebiet so schwarz in schwarz zu malen. Ich glaube, daß der verfälschte Wein meist in Deutschland getrunken wird, während der exportierte Wein durchaus rein und gesund ist. (Weisfall und Weiterleit.)

Abg. Kettig (Lons.) hält die Kontrolle über die Ausführung des Weingesetzes für mangelhaft, weil die Polizei nur einschreite, wo Denunziationen vorliegen. Die Kontrolle müßte umfassend organisiert werden.

Abg. Dr. Müller-Weinigen begründet eine Resolution, wonach der Reichsanwalt dafür Sorge tragen soll, daß baldigt der Verkauf von Heilmitteln, deren Zusammensetzung geheim gehalten wird (sogenannte Geheimmittel) und die Anfertigung derselben durch die Presse einseitlich für das Deutsche Reich auf dem Wege der Gesetzgebung geregelt werde.

Es gibt jetzt auf dem Gebiete der Geheimmittel etwa 300 Verordnungen, in denen sich niemand mehr zurecht findet. Dabei werden ganz unschuldige Mittel verboten, dagegen schwindehafte Geheimmittel dadurch, daß sie nicht in der Liste sind, staatlich gewisser-

maßen konzediert. Ich will, nachdem die Kontingentierung der Debatte beschlossen ist (Weiterleit), ein Verzeichnis solcher Geheimmittel, das mir vorliegt, nicht verlesen, stelle es aber dem Herrn Staatssekretär zur Verfügung. Wenn man diese Zusammenstellung liest, wundert man sich, daß es überhaupt noch Krankheitsmittel gibt, so leicht wird von den Herren Geheimmittelfabrikanten die Heilung aller denkbaren Krankheiten dargestellt. Andererseits verbietet man den Zeitungen die Anfertigung von Brandis-Schweizerpillen und anderen ganz bekannten unschädlichen Mitteln. Was geht denn den Redakteur der Inhalt eines solchen Inserats an, dafür ist doch nur der Inserent verantwortlich. (Sehr richtig! Links.) Eine reichsgesetzliche Regelung dieser Frage, wie sie unsere Resolution wünscht, ist dringend geboten. (Bravo! Links.)

Abg. Raden (Z.) fragt an, wann die neue Verordnung über Herstellung und Verwendung von Bleiwaren, welche wiederholt zugelegt ist, kommen wird. Namentlich die Arbeiter in Bleihütten müssen besser in sanitärer Hinsicht geschützt werden. Es wird oft gesagt, wir sprechen hier zu viel im Reichstage, aber wir sind dazu gezwungen, wenn die Regierung so häufig in ihren Versprechungen ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Zahlen reden eine deutliche Sprache über die Verbreitung der Blutvergiftung. Die Bleihütten sind viel ungesünder als die Zinkhütten. Die Arbeiter in den Zinkhütten aber sind durch eine Verordnung besser gegen die Vergiftung geschützt. Um so dringender ist der Schutz der Bleihütten-Arbeiter. Die Bleihütten-Verordnung aber könnte manche Mängel vermeiden, die die im ganzen günstig wirkende Zinkhütten-Verordnung besitzt. Die Arbeitszeit in den Bleihütten muß herabgesetzt werden. Die Gewerkschaften müssen im Auslande über die Verhältnisse der Bleiarbeiter gebeten werden. Ich bitte den Grafen Posadowsky ferner, dafür zu sorgen, daß bei den Ausnahmestimmungen über Sonntagsruhe festgesetzt werde, daß die Arbeit an den Zinkreduktionsöfen an den Weihnachts-, Oftern- und Pfingstfeiertagen völlig ruhen muß. Durch diese sechs Ruhetage im ganzen Jahre kann die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie wirklich nicht geschädigt werden. Die Erfahrung beweist, daß selbst bei längerer Arbeitspause das Feuer in den Schmelzöfen nicht ausgeht. Öffentlich wird dieser billige Wunsch der Zinkarbeiter von der Regierung wohlwollend berücksichtigt. (Weisfall im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ein Entwurf über die Regelung der Arbeitszeit in den Bleihütten ist bereits fertiggestellt und wird im Bundesrat in nächster Zeit beraten. Ein großer Teil der dankenswerten Anregungen des Herrn Vorredners ist darin bereits berücksichtigt worden. Ebenso steht eine Regelung der Frage der Verwendung von Bleifarben bevor.

Herr Müller-Weinigen brachte wieder die Geheimmittel zur Sprache. Er wird nicht bestreiten, daß durch die Bundesratsverordnung die Verhältnisse gegen bisher, namentlich in bezug auf das Inserieren von Geheimmitteln wesentlich besser geworden sind. Daß man aber eine aus technischen Gründen so schwierige Frage nicht sofort lösen konnte, war wohl selbstverständlich. Es entstehen fortgesetzt neue Geheimmittel und es wird der Versuch gemacht, frühere Mittel wieder einzuführen, indem man ihnen einen anderen Namen gibt. Es ist also dringend notwendig, von Zeit zu Zeit eine Nachprüfung des Verzeichnisses vorzunehmen. Was den Erlaß eines Reichsgesetzes betrifft, so kann ich eine bindende Erklärung nicht geben. Die Frage ist aber mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Landesgesetze bereits in Erwägung gezogen worden.

Abg. Dr. Mugdan tadelt es, daß die Bestimmungen über die Entbindungen vom praktischen Jahre für die Kandidaten der Medizin so ungleich sind. Es war überhaupt unrichtig, dem Gesetz eine rückwirkende Kraft zu geben. Diejenigen, die seinerzeit schon angefangen hatten, zu studieren, sind benachteiligt, weil sie nicht wissen konnten, daß das Studium so verlängert werden würde. Wenigstens aber können sie erwarten, daß ihre Behandlung im ganzen deutschen Reich eine gleichmäßige werde. Ferner ist seinerzeit vergesen worden, für diejenigen, welche das praktische Jahr durchmachen, eine Verzögerung aufzustellen; heutzutage schweden sie in der Luft, Kandidaten der Medizin sind sie nicht mehr und Ärzte sind sie noch nicht. Ich möchte dann noch ein paar Worte über die notwendige Reform des Krankenpflegewesens sagen. Zweierlei Dinge sind hier unbedingt notwendig. Erstens muß das Publikum wissen, daß das Personal fähig und beruflich qualifiziert ist und zweitens muß, da in Deutschland Mangel an solchem Personal besteht, für den nötigen Nachwuchs gesorgt werden. Ich würde mich freuen, wenn der Herr Staatssekretär in der Lage wäre, den hier ausgesprochenen Wünschen entgegenzukommen. (Weisfall bei den Freistümigen.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Wir sind mit diesen Ausführungen des Abg. Dr. Mugdan vollkommen einverstanden. Wir halten es für selbstverständlich, daß die Medizin Studierenden ihr Studium unter den Bedingungen zu Ende führen dürfen, unter denen sie sich zu ihm entschlossen haben. Der Abg. Kettig trat vorher besonders warm für eine Nahrungsmittelkontrolle ein. Ich stelle fest, daß das bisherige Verhalten seiner Partei im schärfsten Widerspruch dazu gefunden hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auf Veranlassung seiner Parteifreunde hat speziell der preussische Landtag das Fleischbeschau-Gesetz außerordentlich verschlechtert. (Wiederholtes Sehr wahr! Links.) So stellen konservative Theorie und Praxis in schneidendem Widerspruch. Ich habe schon im vorigen Jahre warnend auf die fortschreitende Fliehverfälschung hingewiesen. Der Staatssekretär hat meine Klagen als durchaus berechtigt anerkennen müssen und erklärt, daß etwas dagegen geschehen müsse. Seitdem hat die Fliehverfälschung in bedenklichem Maße um sich gegriffen und, mit den Worten des Staatssekretärs zu sprechen, Leben und Gesundheit gefährdet. Was wir fordern, hat der internationale Verein zur Reinhaltung der Flüsse klar und überzeugend in den Satz zusammengefaßt, daß die Städte und Industrien kein Recht hätten, die deutschen Flüsse in Kloaken umzuwandeln. Das Reichs-Fliehverfälschungsgesetz muß bestimmen, daß die Fäkalien aus den Flüssen herauszubringen haben und die Abwässer der Städte und Industrien ihnen nur gereinigt zugeführt werden dürfen. Der jetzige Zustand bedeutet, abgesehen von der unberechenbaren Gesundheitsgefährdung eine außerordentlich große Benachteiligung unserer Volkswirtschaft. Fäkalien von zehn Millionen Menschen werden jährlich den Flüssen zugeführt, und an Stelle des Dinges, der dadurch verloren geht, muß die Landwirtschaft für mehr als 100 Millionen sich künstlichen Düng beschaffen. Die 47 000 deutscher Binnenschiffer sind durch den gegenwärtigen Zustand aufs schwerste in ihrem Erwerb bedroht. Ihr Jahreseinkommen von mindestens 21 Millionen Mark kapitalisiert zeigt, welche nationalen Werte durch die Duldung der Fliehverfälschung zerstört werden. Eine Petition der Elbfischer teilt mit, daß die Elbe zuweilen so verunreinigt ist, daß bei der Ueberfahrt von einem Ufer zum anderen die gesangenen Fische durch die Bank freiprallen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Daß diese jetzt zulässige Fliehverfälschung nicht vermieden werden könne, wird niemand behaupten. Eine ganze Reihe deutscher Mittelstädte und die ausländische Großstadt Stockholm beklagen die Möglichkeit einer Reinhaltung des Flußwassers. Auch England besitzt hierfür strenge und segensreiche Gesetze. Die erwähnte Petition weist auch darauf hin, daß dieses Wasser, das die Fische sterben macht, als Trinkwasser für die Menschen unmöglich gesund sein könne. Dabei sind nicht nur die Fischer, sondern auch die Fliehverfälscher und Tausende von Arbeitern, die an Flußläufen beschäftigt sind, gezwungen, dieses unreine Wasser zu trinken.

Aber die Gesundheit weiterer Zehntausender wird durch die unglaubliche Gewissenlosigkeit kapitalistischer Unternehmer zerstört. Das hat der grauenhafte Prozeß in Gelsenkirchen gezeigt.

Die ganze Epidemie wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht eine Aktiengesellschaft in der unerhörtesten Weise mit Gesundheit und Leben von Zehntausenden von Menschen gespielt hätte. Im Herbst 1901 sind bei einer großen Typhusepidemie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet über 3200 Personen erkrankt und rund 500 gestorben. Darüber, daß die Epidemie damals durch das verfeuchte Wasser der Ruhr hervorgerufen ist, bestand bei den Sachverständigen kaum eine Meinungsverschiedenheit. Die Zeugen im Prozeß haben ausgesagt, daß das Wasser so ekelhaft roch, daß man sich scheute, es zum Waschen zu benutzen. Viele Zeugen hatten große Wärmern und Waden im Wasser gefunden, einmal sogar einen Kal von 25 Zentimeter Länge. Ein Sachverständiger fand bei der Untersuchung des Wassers 100 000 bis 1 Million Keime. Prof. Emmerich aus München, der einzige, der eine etwas abweichende Anschauung von den übrigen Sachverständigen, insbesondere von Prof. Koch hatte, erklärte, er sei zur Zeit der Cholera beim Sultan gewesen, aber der Schmutz dort habe noch lange nicht die Höhe erreicht wie hier im Ruhrgebiet, besonders aber in Schalk. Er wolle es mit Donnerstimme der Welt verkünden, damit nicht die vielen Tausende, die hier um des lieben Mannons willen aus aller Welt zusammenkämen, unterhalb der Erde von der Wurmkrantheit, oberhalb der Erde vom Typhus bejagiert würden. Ein Sommer Hygieniker teilt mit, daß solche Epidemien nicht einmal etwas Neues seien, sondern daß ganz ähnlich die Epidemien in Hamburg 1887, in London 1889 und schon 1850 in Duisburg ausgebrochen seien. Angefaßt dieser Tatsachen hätte das Reichs-Gesundheitsamt wirklich etwas früher die Initiative zur Verhinderung ähnlicher Epidemien ergreifen können. Der Hygieniker teilt mit, daß bereits 1900 der Wasserwerksdirektor von Duisburg zu ihm gekommen sei und ihm gesagt habe, er habe aus Wassermangel ein Stützrohr in die Ruhr benützt, trage aber doch Bedenken, daß es vielleicht Schaden anrichten könne. Ich erklärte sofort diese direkte Wasserentnahme für höchst gefährlich, aber es war zu spät, gleich darauf brach eine große Typhusepidemie aus. — Nun wird man sagen, warum trinken die Leute das Wasser? Selbstverständlich hatten sie keine Ahnung, welches verfeuchte Wasser sie trinken mußten, weil das ganze große Industriegebiet mit 104 Städten und Dörfern sein Trinkwasser von einer Aktiengesellschaft bezieht. Das ist schon ein unerhörter Zustand, wenn eine solche Gesellschaft, die nur darauf ausgeht, Profit zu machen, ein großes Industriegebiet mit Wasser versorgt, und jetzt ist ihr noch der Vertrag auf 30 Jahre verlängert worden. Sie macht ihr Geschäft dabei, und wenn das Wasser nicht ausreicht, legt sie einfach ein Stützrohr in die verfeuchte Ruhr. Wenn ein künftiger Kulturhistoriker die Gelsenkirchener Epidemie studieren wird, so wird er es für unbegreiflich finden, daß man die Wasserversorgung eines so großen Gebietes einer Aktiengesellschaft anvertraut hat. Als aber die Staatsanwaltschaft nun endlich eingriff, da wurden ihr von einem Teil der bürgerlichen Presse noch Wortwörter gemacht, weil sie in den wissenschaftlichen Streit zwischen Pettenkofer und Koch eingegriffen hätte. Die Direktoren kamen also auf die Anklagebank. Eigentlich hätten aber auch die Aktionäre und das Reichs-Gesundheitsamt auf die Anklagebank gehört. Der kaufmännische Direktor sagte vor Gericht einfach aus, er hätte den technischen Direktor nicht desavouieren wollen. Wegen eines solchen Reichstimmes wurden die Sachverständigen lange Zeit an der Nase herumgeführt. Die Profitgier der Direktoren war ja allerdings sehr verständlich. Bekamen sie doch ein Gehalt bis zu 13 000 M., außerdem aber, und das ist sehr wichtig, Tantiemen von 4-5 Proz., bezw. von 3/4 Proz. Das ist meiner Meinung nach die schlimmste Art und Weise, wie ein Direktor an der Dividendenhöhe der Gesellschaft interessiert werden kann. Der Dividenden der Gesellschaft waren dem auch sehr hoch. Sie betragen 1898: 15 Proz., 1900: 16 Proz., 1901: 14 Proz., 1902: 9 Proz., 1903: 12 Proz. Zeitweilig war aber die Dividende noch höher. Ein typisches Beispiel, wie die Direktoren an der Dividendenhöhe interessiert wurden, ist folgende Geschichte, welche im Jahre 1886 passiert ist. Damals war der Direktor der Ruhr des jetzigen Direktor Schmidt. Unter ihm war ein Beamter namens Rohde angestellt. Dielem Rohde fiel es auf, daß mit einem Rat der alte Direktor Schmidt sehr unruhig wurde. Er schöpfte Verdacht, suchte und fand ein Stützrohr in dem Fluß. Er schreibt das an den Direktor, bekommt aber folgende Antwort: Er solle sich nur um Dinge kümmern, die ihn etwas angehen und im übrigen bemüht sein, dafür zu sorgen, daß die Aktiengesellschaft den versprochenen Reingehalt von 2 Proz. wenigstens annähernd erziele. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) 1886 kam es dann wirklich schon zu einer Typhusepidemie. Der Standpunkt dieser Unternehmer ist es: Wenn auf dem Schlachtfelde der deutschen Industrie hunderttausend Arbeiter verumwundet werden, dann kommt es auch nicht darauf an, ob die Arbeiter in unserem Bezirk gesundes Wasser bekommen oder nicht. Der Prozeß lief aus wie das Hornberger Schießen. Die vier Direktoren bekamen Geldstrafen zwischen 200 und 1500 M. Rechnet man da für jeden Typhuskranken 1 M als Strafe, so kommt heraus, daß diese Direktoren für jeden Todesfall, den sie verschuldet haben, 3,30 M. bezahlt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun erhebt sich die Frage, was tut das Reichs-Gesundheitsamt gegen die Wiederholung solcher Dinge? Es handelt sich um große Kulturaufgaben, bei denen es gar nicht in Frage kommen kann, was es kosten wird. Namentlich nicht, wo so große Ausgaben für Heer und Flotte gemacht werden. Bei diesen exemplifiziert man immer auf Frankreich und England. Dagegen will ich feststellen, daß die Franzosen aus der Seine, die Engländer aus der Themse, welche beide früher Kloaken waren, gesunde Flüsse gemacht haben. Auch mit den Schwierigkeiten darf man uns nicht kommen. Denn wo ein Wille ist, da ist ein Weg. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Herr Dr. Mugdan kann ich erwidern, daß diejenigen Mediziner, die ihr praktisches Jahr abblenden, zweifellos den Namen Praktikanten führen. Was dann die Benachteiligung derjenigen Kandidaten der Medizin anbetrifft, welche durch die rückwirkende Kraft der Bestimmungen über das praktische Jahr betroffen sind, so darf man die Sache nicht zu schwarz malen. Es kommen überhaupt nur 1120 Kandidaten in Betracht, von diesen haben 1049 ein Gehalt um Befreiung vom praktischen Jahr eingereicht. Von diesen 1049 Gefreuten sind nicht weniger als 1020 demüthigt worden. Was andererseits die Ausbildung des Krankenpflegepersonals betrifft, so hat das Reichs-Gesundheitsamt einen Entwurf zu einer Neuordnung ausgearbeitet. Bei der Fliehverfälschung handelt es sich nicht nur um die Verunreinigung durch Fäkalien, sondern auch um die durch Chemikalien, das heißt durch Abflüsse der Fabriken. Das Gesundheitsamt hat in dem ersten Punkt durch Gutachten über die Entwässerung der Städte schon sehr lehrreich gewirkt. Aber die Verunreinigung der Flüsse durch Fabrikabwässer ist es, die die Sache so unendlich erschwert. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, mit der Zeit eine Verbesserung herbeizuführen, namentlich beim Neubau von Fabriken. Ich will auch gesehen, daß in den vergangenen Jahrzehnten viel versäumt worden ist, aber die Sünden der Väter rächen sich bis ins dritte und vierte Glied, und es wird lange dauern, bis wir die Schäden der Vergangenheit beseitigen. Unsere Aufmerksamkeit bleibt jedenfalls auf diese Frage gerichtet. Die im Vorjahre beschlossene Resolution des Reichstages liegt dem Bundesrat vor. In der Trinkwasserfrage habe ich, sobald mir der Gelsenkirchener Fall bekannt geworden ist, an sämtliche Regierungen die Aufforderung gerichtet, überall, wo Trinkwasser durch Filtrierung von Flußwasser gewonnen wird, sofort festzustellen, wo verdächtige Stützrohre bestehen und sofort energische Abwehrmaßnahmen dagegen zu treffen. Ich habe ferner mit Rücksicht auf die Trinkwasserfrage am 4. Januar dieses Jahres an sämtliche Regierungen ein Rundschreiben gerichtet.

Da dem ich sie aufforderte, unabhängig von den Auskünften der Wasserwerkverwaltungen eine streng durchzuführende Nachschau vorzunehmen; es werde nicht genügen, diese Nachschau nur anzunordnen, vielmehr würden die Regierungen noch eine Kontrolle darüber anordnen müssen, ob und mit welchem Erfolge diese Nachschau stattgefunden hat. Ich habe die Regierungen weiter auf die schädlichen Auswirkungen des Geheimen Medizinalrates Professor Dr. Koch hingewiesen und hinzugefügt, daß in Zweifelsfällen ein stets wirksames Hilfsmittel die häufigere Entnahme von Wasser zu regelmäßigen bakteriologischen Untersuchungen sein würde. Diese Maßnahmen decken sich mit den Wünschen des Vorredners. Ferner hat das Reichs-Gesundheitsamt am 9. Januar Grundzüge für die Einrichtung und den Betrieb öffentlicher Wasserwerkverwaltungsanstalten, welche nicht ausschließlich technischen Zwecken dienen sollen, fertiggestellt. Die Verhältnisse der Unterelbe habe ich die preussische Regierung veranlaßt zu untersuchen. Die Typhusstationen, die die Reichsregierung mit der Unterstützung Bayerns und Preussens eingerichtet hat, haben tatsächlich nachgewiesen, daß der Typhus weiter verbreitet ist als man dachte, und einen chronischen Charakter in der Bevölkerung hat. Es ist in diesen Versuchsstationen festgestellt, daß Typhuskranken noch nach zehn Wochen — vielleicht noch nach einem Jahre ansiedlungsfähig sind. Schlechtes Wasser und Mangel an Reinlichkeit sind die Ursachen dieses chronischen Typhus. Ich habe die Typhusstationen angewiesen, zwecks Bekämpfung dieser Schäden auf die lokalen Behörden einzuwirken.

Abg. Froelich (Antif.) wendet sich gegen den Impfwang und fragt an, wie weit die Anwendung der animalischen Impfung festgelegt ist. Es müßten den Impflingen, die durch die Anwendung der Zwangsimpfung geschädigt werden, Schadenersatz gewährt werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich kann dem Herrn Vorredner versichern, daß ausnahmslos nur mit animalischer Lymphe geimpft wird. Im übrigen kann ich ihm nur sagen: es wird weiter geimpft.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolutionen werden angenommen, das Kapitel bewilligt.

Es folgt das Kapitel Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) hofft, daß nach der Trennung dieser Anstalt vom Reichs-Gesundheitsamt sie endlich das werden möge, was sie von Anfang an sein sollte, eine wissenschaftliche Anstalt zu Forschungen im Interesse des gesamten Wirtschaftslebens. Auf einzelne Ausstellungen wolle er sich mit Rücksicht auf die Geschäftslage verhalten.

Das Kapitel wird bewilligt. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 5/4, Uhr.

Ueber die Bergsechnovelle.

Will man den Regierungsentwurf betreffend Bergarbeiterverhältnisse seiner Bedeutung entsprechend würdigen, so muß man die heutigen Zustände im Bergbau Preussens in Betracht ziehen. Dieselben sind so verkommen und elend, daß es unmöglich ist, das seit Jahrzehnten verfallene im Rahmen eines Zeitungsartikels zu schildern. Es haben sich Mißverhältnisse herausgebildet, die nur durch eine einschneidende Reformgesetzgebung, wenn auch etappenmäßig, im Allgemeininteresse ausgerottet werden können. Die Regierung weiß recht gut, welcher Rattenkönig von Ungeheuerlichkeiten sich im Bergwesen entwickelt hat; sie scheut sich, fest Hand anzulegen zur gründlichen Reform. Denn wenn an einem Ende angefangen wird, stellt sich die unabweisbare Notwendigkeit einer allgemeinen Heilkur heraus. Seit 1899 ist ein Regierungsentwurf zur Knappschaftsreform bekannt, der, 1903 erneut umgearbeitet, den Massenvorständen zur Begutachtung vorgelegt wurde. In diesem Entwurf macht die Regierung sehr anerkennenswerte Versuche, die allergrößten knappschaftlichen Mißstände zu beseitigen. Im dessen Willen tobt seit 1899 hinter den Kulissen ein heftiger Kampf der Zechenherren gegen die regierungsfreundliche Knappschaftsreform! Die Herren wollen an ihrer „Wohlfahrts-Einrichtung“ nicht rütteln lassen; eine Regierungsenquete hat im Knappschafts-Kassenwesen ungläubliche Zustände enthüllt. Man stelle sich nur vor, daß trotz der neueren sozialpolitischen Reichsgesetzgebung in Preussen noch Knappschafts-Kassen-Statuten existieren, die aus den 60er Jahren stammen! Da kann man sich denken, was es heißt, diesen Moder auszuräumen. Wird die Regierung die Kraft haben, diesen Arbeitern günstigen Knappschaftsreformentwurf in der uns bekannten Fassung im Landtage durchzubringen?

Sowohl der Regierungsentwurf betr. Zechenstilllegung, wie der über die Bergarbeiter-Verhältnisse ist schlechter ausgefallen, wie die erwähnte Bergsechnovelle. Es ist nur das allermindeste vorge schlagen; allerdings, mehr verprochen hat die Regierung nicht, wie sie bietet. Lese man nur die Erklärungen der Minister Möller und Posadowsky genau nach. Die Regierungsvertreter haben sich z. B. stets gegen die Grubenkontrollen aus Arbeiterkreisen ausgesprochen, obgleich diese eine Kardinalforderung der Arbeiter sind. Ein Verbot der Frauenarbeit auf den Bergwerken und das der unterirdischen Kinderarbeit schlägt die Regierung auch nicht vor.

Wir haben von dem angekündigten Gesetzentwurf nicht mehr erwartet als er bietet. Was er bietet, kann nicht befriedigen, befriedigt auch die Vergleute durch aus nicht. Es ist nachweisbar, daß der Regierungsentwurf Bestimmungen enthält, die den bestehenden Wirrwarr noch größer machen, geradezu eine Prämie auf Gesetzverletzungen und Schmutzkonkurrenz bedeuten, wenn auch gegen den Willen der Gesetzesvorleger.

Das Nullen soll freilich abgeschafft werden. Wohl aber ist es dem Gesetzbuchstaben nach immer noch möglich, sollte der Entwurf auch Gesetz werden, durch willkürliche „Vorschriften“ über die Füllung der Wagen (abgesehen von Unreinlichkeiten) „Vorschriften“ widrigen zu erfinden, die leicht zur Wiederanfertiigung des „Nullens“ führen können. Die Arbeiter verlangen deshalb folgerichtig die Begleichung nach Gewicht und die Richtung der Wagen.

Wenn nicht genau präzisiert wird, was eine „Störung des Betriebes“ bedeutet, so ist es wieder dem Unternehmer in die Hand gegeben, das Amtieren des Arbeiterkontrollen bei der Wagenkontrolle zu verhindern. Wer einen Hund werfen will, findet schon einen Stein. Erleichtert ist uns die Anstellung des Kontrollen allerdings durch die neue Vorschrift, der Unternehmer müsse dem Kontrollen den Lohn vorschussweise zahlen.

Das Strafgesetzbuch (Geldstrafen) ist erstmalig durch Berggesetz begrenzt, aber die Arbeiter sind der berechtigten Ansicht, die Vergütung, monatlich bis zur Höhe von zwei Tagesverdiensten zu strafen, geht viel zu weit, wenn auch nicht mehr so grenzenlos wie früher „gestraft“ werden könne. Die Siebenerskommission der Vergleute hat den monatlichen Höchstlohn von vier Mark vorgeschlagen.

Bei dieser Gelegenheit ist eine alte Bergarbeiterforderung mit-erfüllt worden hinsichtlich der Verwendung der Strafgeelder. Heute können dieselben auch den Knappschaftskassen zugeführt werden, was einer Entlastung der etatsmäßigen Beiträge auch der Zechenherren gleichkam. Das will der Entwurf endlich beseitigen, aber er räumt den Arbeitern andererseits wieder Minderrechte ein. Die Strafgeelder sollen zukünftig nur noch in die Zechen-Unterstützungskassen fließen, an deren Verwaltung die Belegschaft durch „mindestens ein“ Mitglied des „Arbeiterausschusses“ beteiligt sein soll. Das ist gegen den jetzigen Zustand gewiss ein Fortschritt, denn heute schaltet und waltet der Unternehmer in der großen Mehrzahl der Fälle mit den Unterstützungs-Kassengebern so gut wie souverän und unkontrollierbar, obwohl die Kassenfonds fast überwiegend aus Lohnabzügen

(Strafgeelder etc.) gebildet werden. Aber auch der Entwurf läßt es zu, daß die häufig gar nichts steuernden, stets aber milder beitragenden Unternehmer sich die Majorität in der Kassenverwaltung sichern können.

Den „Arbeiterausschüssen“ wollen die Arbeiter mehr Befugnisse gegeben wissen, wie der Entwurf vorstelt. So verlangen die Arbeiter, wenn schon nicht direkt Grubenkontrollen aus der Belegschaft gewählt werden dürfen, dann aber sollte man den Arbeiterausschüssen ein gewisses Kontrollrecht einräumen. Minister Möller hat ja auch „ähnliches wie im Saargebiet“ in Aussicht gestellt, geregelt auf dem Verordnungswege. Aber Herr Möller selbst hat den „Arbeiterausschüssen“ im Saargebiet attestiert, daß sie versagen bei der Grubeninspektion. Warum das so sein mußte, darüber kann sich Herr Möller schnell unterrichten aus der Broschüre: „Saarabien vor Gericht“. Die Saarbergleute, bezw. die betreffenden Ausschußmitglieder konnten ihre Pflicht nicht tun. Deshalb keine gesetzlich berechtigten Arbeiterinspektoren? In England, Frankreich und Belgien existiert diese Institution. Sind die preussisch-deutschen Bergarbeiter etwa dünner oder gewissenloser wie ihre ausländischen Berufsgenossen?

Immerfort dieses Pendeln zwischen Feudalismus und Moderne! Die preussische Regierungskommission, deren Aufgabe es (vor sieben Jahren) war, die Institution der Arbeiterinspektoren in England, Frankreich und Belgien zu studieren, hat sehr gutes Material für die Arbeiterinspektoren beigebracht; aber es wurde nicht praktisch verwertet, dem Industrie-Feudalismus konnte wehe getan werden. In dem Entwurf sind zwar obligatorische „Arbeiterausschüsse“, hervorgegangen aus „unmittelbarer und geheimer Wahl“, vorgeschlagen; aber gleich dabei ist das Wählen von „Unternehmern oder ihrer Beamten in den „Arbeiterausschuss“ ermöglicht! Wie die Ausschußmitglieder vor Rahregulierung gewählt werden sollen, sagt der Entwurf nicht; allerdings wird der schönste „Arbeiterausschuss“ Dekoration bleiben, wenn hinter ihm keine starke Arbeiterorganisation steht. Uebrigens werden die zahlreichen kleinen und mittleren Werke in den Braunkohlen-, Salzbergwerks-, Salinen- und Erzbergwerks-Distrikten — auch nicht wenige Steinkohlengruben — ohne Arbeiterausschüsse gelassen, denn nur auf eine mindestens 100 Mann starke Belegschaft sieht 20 Arbeiter als Mindestzahl vor.

Ehe wir die am meisten erörterte Bestimmung des Entwurfes, die Begrenzung der Arbeitszeit, besprechen, müssen wir auf einen Passus hinweisen, der zweifellos prinzipiell und praktisch von größter Bedeutung im ganzen Entwurf ist. Gerade dieser Passus ist in der bisherigen Preberörterung fast gar nicht gewürdigt worden, und doch ist er unseres Erachtens der wichtigste. Wir meinen den § 93b, Absatz 3, wo es heißt: „Als Arbeitszeit gilt die Zeit vom Beginn der Seilfahrt bis zu ihrem Wiederbeginn.“ In der Begründung (Seite 24) wird rund und nett gesagt, als „Arbeitszeit“ gilt für den einzelnen Arbeiter auch der (unterirdische) „Weg zur Arbeitsstelle und zurück zum Schacht!“

Diese Bestimmung bedarf notgedrungen noch folgender Ergänzung: „Eine Verlängerung der vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden regelmäßigen Arbeitszeit ist unbedingt ausgeschlossen.“ Da die Regierung wenigstens prinzipiell mit der gesetzlich unbeschränkten „Arbeitszeit“ bricht (§ 93b Abs. 1), so wird sie doch keine weitere Verlängerung der Arbeitszeit zulassen dürfen.

Wäre der § 93b Abs. 3 schon im jetzigen Gesetz enthalten, so war ein Streit darüber, ob „Seilfahrtsverlängerung“ auch „Arbeitszeitverlängerung“ bedeute, gar nicht möglich, denn unter „Arbeitszeit“ hätte laut Gesetz der ganze unterirdische Aufenthalt des Arbeiters, mit Ausnahme der ein paar Minuten dauernden Ausfahrt, verstanden werden müssen! Dieser Streit ist aber nach dem heutigen Vergeseß stets gegeben und was er für Folgen haben kann, hat der Ausstand auf Zechen „Bruchstrafe“ bewiesen: das Signal zum Generalstreik! Machen wir uns deshalb die prinzipielle und praktische Tragweite der neuen Definition der „Arbeitszeit“ im Bergbau klar.

Die Seilfahrt (Ein- und Ausfahrt) für den einzelnen Bergarbeiter dauert allerhöchstens 10 Minuten, oder es müßten Störungen vorliegen. Unterirdisch hat der Arbeiter aber noch einen Weg von 10 Minuten bis zu 1 1/2 Stunden (hin zum „Ort“ und zurück zum Schacht) zurückzulegen. Heute wird als „Arbeitszeit“ die „vor Ort“ verbrachte Zeit berechnet! So kann laut „Arbeitsordnung“ die regelmäßige Arbeitszeit 8 1/2—10 Stunden betragen, in der Tat bleibt der Bergarbeiter aber 9 1/2—11 Stunden unter Tage; die unterirdischen Wege werden ihm fälschlicherweise nicht als „Arbeitszeit“ angerechnet. Hiermit will der vorliegende Regierungsentwurf brechen, seine (eigentlich der alten Bergbaupraxis entlehnte) Definition des Begriffes „Arbeitszeit“ muß, erlangt sie gesetzliche Sanktion, auf allen Gruben den unterirdischen Aufenthalt des Arbeiters mehr oder weniger erheblich verkürzen! Es gibt zahlreiche Schächte, wo diese Verkürzung eine halbe bis über eine Stunde ausmacht. Deshalb nennen wir den § 93b Abs. 3 das wertvollste Zugeständnis der Regierung an die Arbeiter! Freilich muß, wie schon gesagt, der etwaigen Verlängerung der Arbeitszeit gesetzlich einiegel vorgehoben werden, denn eine allgemeine Maximalarbeitszeit für alle Gruben sieht der Entwurf leider nicht vor. Das ist sein schwerstes Gebrechen.

Was nur gar als Surrogat des allgemeinen Maximalarbeits-tages für alle Gruben vorgeschlagen wird, der „sanitäre Arbeitstag“, geregelt durch die Temperaturverhältnisse, das ist nicht nur ein Konstrukt, fast eine praktische Unmöglichkeit und ein fürchterlicher Zankapfel, sondern die Regierungsvorschläge würden, sollten sie praktisch werden, auch eine Prämie auf Schmutzkonkurrenz bedeuten!

So aber 22 Grad Celsius unterirdisch herrscht, da soll ab 1. Oktober 1905 die 8 1/2, ab 1. Juni 1908 die 8-stündige Arbeitszeit gelten, vorbehaltlich der Ausnahmestimmungen. Die Begründung der Vorlage überflieht ganz, daß die Temperaturgrade durchaus nicht allein die sanitären Gruben-zustände bestimmen. Sehen wir jetzt einmal ab von der Tatsache, daß es zu unendlichen Streitereien führen muß, wenn die „regelmäßige“ Temperatur, Beleuchtung und Belüftung ermittelt werden soll. Schon jetzt schreibt die Bergpolizei im Ruhrgebiet eine sechsständige Schicht vor, wenn die Temperatur über 20 Grad Celsius geht. Wie ist die Praxis? 1903 hat die infolge der Barmkrankheit vorgenommene Temperaturmessung auf mehreren Schächten im Ruhrgebiet bis zu 30 Grad Celsius ergeben. Die Bergbehörde selbst gibt aber an, daß 1903 im Ruhrgebiete nirgends sechs-stündige Schicht existierte! („Zeitschrift für Bergbau“, 1904, I. Statistische Lieferung). Das genügt doch, um erkennen zu lassen, wie in Wirklichkeit der „sanitäre Arbeitstag“ innegehalten würde.

Der Grundirrtum der Regierungsvorlage ist ihr schematisches Begrenzen der Gesundheitsgefährlichkeit des Bergbaues nach dem Temperaturgrade. Die Knappschafts-Kassenberichte beweisen, daß die hohen Temperaturen im Betriebe durchaus nicht allein ausschlaggebend sind für den Gesundheitszustand der Belegschaften. Im brandenburger (Braunkohlen-) Knappschaftsverein sind 1903 von 14 756 Mitgliedern 10 500 erkrankt (über 70 Proz.)! Der ober-schlesische (Steinkohlen-) R.-B. hatte unter 104 032 Mitgliedern 27 321 Kranke (27 Proz.). Der sieser-ländische (Erzbergbau-) R.-B. hatte unter 7844 Mitgliedern 4979 Kranke (67 Proz.). Der saarbrücker (Steinkohlen-) R.-B. hatte unter 43 883 Mitgliedern 28 571 Kranke (über 60 Proz.). Der alten-burgische (Braunkohlen-) R.-B. hatte über 80 000 Kranke. Das niederschlesische Steinkohlenrevier hat (Bezirk Waldenburg) fast regelmäßig höhere Krankenziffern wie das Ruhrgebiet, obgleich die Ruhrgruben viel heißer sind wie die niederschlesischen.

Noch drastischer wird die Begründung der Vorlage wiederlegt

durch die Ruhrgebietsverhältnisse auf die sie sich speziell bezieht. Wir stellen eine Anzahl heiße und kühlere Gruben und ihre Krankenziffern zusammen, ohne Anrechnung der durch Betriebsunfälle verursachten Arbeitsunfähigkeiten:

Zeche	Temperatur	Kranke per 100 Arbeiter
Mathies Stümes	23—25 Grad	45
Münster Stein	17—21	85
Lagenbed	20	75
Friedrich Ernestine	18—22	85
Siberia	23—25	40
Graf Wolke I/II	20—29	49
Graf Bismarck	25	55

Wir glauben, schon dies wirft den ganzen „sanitären Arbeitstag“, der sich auf Wärmegrade stützt, über den Haufen. Zum Ueberflus führen wir noch an, daß im Knappschaftsverein W o h u m 1903 pro 100 Mitglieder erkrankten Beamten Klassen 20—29, Arbeiter Klassen 54—55! Die zweite Beamtenklasse besteht aus meistens unterirdisch amtierenden Leuten, auf sie wirkt also doch auch die Grubentemperatur ein; dennoch sind nur 20 von 100 dieser Beamten erkrankt, jedoch 55 von 100 der ständigen Arbeiter! Hohe Temperaturen allein tun's noch lange nicht! Man befrage doch auch einmal die Vergleute gütlich über die Einflüsse von Hitze, Kälte, Rässe, Sumpfgas und Stieluft — und Gehinöhe auf die Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Im allgemeinen arbeitet der Bergmann am unliebsten in „naßer Arbeit“, sie erzeugt die zur „Vergfertigkeit“ schnell führenden rheumatischen Leiden. Da zum Beispiel in den mitteldeutschen Braunkohlengruben die höchsten Krankenziffern, aber auch bedeutend geringere Temperaturen wie in den Steinkohlenzechen existieren, so ist es einfach unzulässig, das Thermometer als einzigen Regulator der gesetzlichen Arbeitszeitdauer einzuführen. Geschieht es doch, so wird der bestehende Wirrwarr hinsichtlich der Arbeitszeiten noch größer; denn in ein und demselben Revier, ja auf dicht nebeneinanderliegenden Schächten wird die verschiedenartigste Arbeitszeit eingeführt werden müssen. Ueber dieser „sanitären Arbeitstag“ zeitigt auch die aller-verwerflichsten Produktionsverhältnisse.

Wenn die Regierung nicht allgemein für alle Gruben und Reviere die Arbeitszeit gesetzlich auf 8 1/2 bezw. 8 Stunden beschränkt, so wird das Ruhrgebiet durch den „sanitären Arbeitstag“ wegen der hier herrschenden hohen Temperaturen eine 8 1/2 bezw. 8-stündige Arbeitszeit bekommen, aber die mit dem Ruhrgebiet konkurrierenden rechtsrheinisch-saarabischen, mitteldeutschen und schlesischen Reviere können ungehindert ihre jetzige 9—12-stündige Arbeitszeit behalten!

Auf den schlesischen, mittelpreussischen, linksrheinisch-saarabischen und heilen-nassauischen Zechen bestehen mindestens so viele Mißstände wie auf den Ruhrgruben. Dank der im rheinisch-vestfälischen Kohlenbeken tätigen Bergarbeiter-Organisation ist es hier gelungen, manche sanitären Einrichtungen zu erzielen, die insbesondere in Schlesien, Brandenburg und Sachsen noch unbekannt sind. Von allen größeren Revieren Preussens besitzt das Ruhrgebiet die kürzeste Arbeitszeit; in Schlesien, im Braunkohlenbergbau, an der Saar etc. sind im allgemeinen die Vergleute 1—3 Stunden länger zur Fronde verpflichtet wie ihre Ruhrkameraden. Der „sanitäre Arbeitstag“, wie ihn die Regierung vorschlägt, würde nicht nur die viel längeren Schichten außerhalb des Ruhrbeckens bestehen lassen, sondern — von Ausnahmen abgesehen — die Ruhrgruben würden allein den „sanitären Arbeitstag“ bekommen! 1903 fand man auf 143 von 222 Schachtanlagen im Ruhrgebiet eine Temperatur von über 22 Grad. Da hierbei die weitaus ausschlaggebenden Ruhrgruben in Betracht kommen, so würde der „sanitäre Arbeitstag“ von 8 1/2 bezw. 8 Stunden — die Regierung will ihn doch wohl auch unbedingt durchführen! — die Einführung des Achtstundentages im Ruhrgebiet bedeuten. Natürlich haben wir nichts dagegen, aber weshalb sollen die schon jetzt unter längerer Schicht feutzehenden Vergleute anderer Reviere von dem gesetzlichen Schutz ausgeschlossen werden? Die Regierung sagt, die Gesetzesreform bedinge für die von ihr betroffenen Unternehmer „Erhöhung der Löhne“.

Gerade von diesem Regierungsstandpunkt aus muß man energisch protestieren gegen die Bevorzugung der schlesischen, mitteldeutschen und linksrheinisch-saarabischen Bergwerksbezirke! Sie sollen ihre viel längere Schichtzeit beibehalten dürfen, ihnen gibt man Gelegenheit, durch ungenügende Arbeiterausnutzung dem Ruhrgebiet Schmutzkonkurrenz zu machen. Mit begrifflichem Sarkasmus schreibt ein Großindustrieller in der „N.-W.-Ztg.“ Nr. 251: „Auch kann man sich dem Gedanken nicht entziehen, daß man bei der Normierung von 22 Grad genau berücksichtigt hat, daß in der Mehrzahl der staatlichen Gruben diese Temperatur nicht erreicht wird!“ Will die Regierung solchen Verdächtigungen den Boden entziehen, so muß sie allgemein die genannte Maximalarbeitszeit für die preussischen Bergwerke vorschlagen, wie die Siebenerskommission der Vergleute beantragt. Weder die Arbeiterverhältnisse noch die Verwertbarkeit rechtfertigen die Schonung der anderen Bergwerksbezirke. Es wird auch kein Sachverständiger etwas einwenden, wenn die Regierung den allgemeinen Maximalarbeitsstag von acht Stunden etappenmäßig — allerdings kurzfristig — vorschlägt, da man nicht gleich von der in Schlesien und im Braunkohlenbergbau noch üblichen zwölfstündigen Schicht sofort auf die Achtstündenschicht kommen kann. Will die Regierung aber immerfort Streitigkeiten haben, will sie geradezu die Schmutzkonkurrenz auf Kosten eines Reviers, der Arbeiter und der Konsumenten präferieren, dann versuche sie es mit ihrem „sanitären Arbeitstag“.

Erstauslich ist, wie optimistisch sich bürgerliche Blätter über den Regierungsentwurf ausdrücken. Wenn die betr. Redaktion wählte, wie unzufrieden die Bergarbeiter mit dem Entwurf sind, es würde das Breden schon aufhören. Halbheiten läßt man sich noch gefallen als Abschlagszahlung, aber der „sanitäre Arbeitstag“ wird Skandale über Skandale entfeffeln. Das wissen die Praktiker recht gut. Täusche sich niemand über die Stimmung der christlich und nationalgesinnten Arbeiter, denen die Zentrums-Presse mit Gewalt ein wunderbares Vertrauen auf die Regierung anblenden will. Auf den Landtag hoffen die Arbeiter sehr wenig. Das soll eine Frucht der sozialdemokratischen Hege sein. Nun, das verbreitetste Zentrumsorgan im Ruhrgebiet, die „Essener Volkszeitung“, schrieb am 11. Februar 1905 (also zwei Tage nach dem Abbruch des Generalstreiks):

„Das durchaus berechtigte Mißtrauen gegen die Konservativen war es nicht zuletzt, was die Vergleute veranlaßt hat, auf die erste Ankündigung des Gesetzentwurfes nicht sofort die Arbeit wieder aufzunehmen!“

Da die Vergleute — auch die „christlich-nationalgesinnten“ — recht gut wissen, daß im Landtage die Konservativen mit den mindestens gleich so bemittelten Nationalliberalen die Majorität besitzen, steht hier die Hoffnung darauf, daß dieser Landtag auch nur die uns sehr unbefriedigende Regierungsvorlage annimmt, fast auf dem Nullpunkt. Daran kann alles Schönschreiben der „lohasen“ Presse keinen Deut ändern. Im übrigen wird der Öffentlichkeit ja auf dem auf den 28. März nach Berlin einberufenen preussischen Bergarbeitertag kundgegeben werden, wie sich die Bergarbeiter eine Arbeiter-sch u z-gesellschaft vorstellen.

Dito Que.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. In Lüttringhausen starb der Parteigenosse Aug. Marschall, einer der Angeklagten im Elberfelder Sozialistenprozesse. Den älteren Parteigenossen war Marschall ein von Idealismus durchdrungener Streiter für unsere Sache bekannt; bei jeder größeren politischen Aktion war er am Platze. Unter dem Ausnahme-gesetz gab er sich alle Mühe, einmal in Lüttringhausen eine Versammlung abzuhalten. Ein Vokal war dort so-

wohl als auch in der Umgebung nicht zu haben. Da er aber mit seinem Bruder ein kleines Grundstück als Eigentum besaß, so wurde auf diesem eine Volksversammlung unter freiem Himmel anberaumt, welche aber wieder in letzter Stunde durch die Maßnahmen der Behörden verhindert wurde. Unter diesen Umständen war es denn auch notwendig selbstverständlich, daß unser Genosse in die lange Reihe der im großen Elberfelder Sozialistenprozess Angeklagten eingereiht wurde. Staatsanwalt Binoff wollte ihn auch auf sechs Monate hinter die schwebenden Gardinen bringen, doch sprach das Gericht unseren Genossen frei.

In Langenöls verstarb am Sonnabendabend Genosse Härtel, der langjährige Vertrauensmann der Langenöls' Arbeiter-Schaft. Sein Verdienst um die Belebung der Agitation in den Dörfern des Laubaner Kreises wird ihm ein dauerndes Andenken sichern. Besonders um die Fierzgebirgsdörfer hat sich Genosse Härtel verdient gemacht. Seit einem Jahrzehnt gehörte er der Gemeindevertretung an. Auf dem Dresdener Parteitag war er als Delegierter des Görlich-Laubaner Wahlkreises.

Als Parteisekretär für die vereinigten Reichstags-Wahlkreise Adl- und Adl-Stadt wählte eine Generalversammlung am Sonntag den Genossen Bernhard Müller, zurzeit Arbeitersekretär in Solingen, vordem in gleicher Eigenschaft in Mannheim.

Wahlkreis Duisburg - Rülheim. Herr Dr. Veumer im Vade-Loisium, unter diesem Titel verbreiteten die Parteigenossen am vergangenen Sonntag ein achtseitiges Flugblatt in 100 000 Exemplaren, was sich speziell mit den Leistungen dieses „Volksvertreters“ befaßt und allseitig freudig aufgenommen wurde.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Erörterung der Frage nach der „Bedeutung der Konsumvereine für die arbeitende Klasse“ erachtete das Kammergericht in einer Entscheidung vom 13. März für eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Da eine Versammlung in Langfuhr, wo dies Thema nach Absicht des Einberufers erörtert werden sollte, nicht polizeilich angemeldet worden war, so billigte das Kammergericht aus jenem Grunde die Verurteilung des Einberufers, des Redners und des Saalinhalters auf Grund des § 1 des Vereinsgesetzes.

Soziales.

Die verweigerte Fleischprobe.

Ein Schlächtermeister verweigerte Polizeibeamten die von ihnen gemäß § 2 des Nahrungsmittel-Gesetzes verlangte Fleischprobe, weil die Beamten ihm zwar eine Empfangsbcheinigung, nicht aber sofort die Geldentschädigung ausshändigen wollten, worauf er an sich nach dem genannten Paragraphen Anspruch hat. Der Schlächtermeister wurde wegen Übertretung der Bestimmung verurteilt, wonach Proben einer der im § 2 des Nahrungsmittel-Gesetzes näher bezeichneten Waren von der Polizei gegen Empfangsbcheinigung zum Zwecke der Untersuchung entnommen werden können. Das Kammergericht verwarf seine Revision und sprach aus, daß die Entschädigung für die gemäß § 2 entnommene Probe nicht sofort bezahlt werden braucht. Angeklagter hätte gegen bloße Empfangsbcheinigung auf jeden Fall die Probe ausshändigen müssen.

Aus der Frauenbewegung.

Vorsigwalde. Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein von Vorsigwalde und Umgegend hielt am 8. März im Lokale von Stube in Vorsigwalde seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. An die stattgefundene Vorkesung schloß sich eine rege Diskussion. Außerdem wurden vier neue Mitglieder in den Verein aufgenommen.

Verfammlungen.

Der Metallarbeiter-Verband (Ordnungsverwaltung Berlin) hielt am Sonntag in der „Neuen Welt“ seine von mindestens 3000 Personen besuchte Generalversammlung ab. Zunächst besprach der erste Bevollmächtigte Cohen den in einer 68 Seiten umfassenden Broschüre herausgegebenen Jahresbericht der Ordnungsverwaltung. Demnach hat die Organisation auch im verfloffenen Jahre eine erfreuliche Fortentwicklung aufzuweisen. Die Mit-

gliederzahl ist von 35 741 auf 44 878 gestiegen, wobei für jedes Mitglied 12 volle Wochenbeiträge im Quartal verrechnet worden sind. Auf die einzelnen Branchen verteilt sich die Mitgliederzahl folgendermaßen (die eingeklammerten Biffern beziehen sich auf das Vorjahr): Schloffer und Maschinenbauer 12 108 (10 298), Präfer, Hobler, Bohrer usw. 6345 (5394), Dreher 5303 (4130), Mechaniker 2884 (2510), Klempner 2554 (2306), Gürtler 2424 (2308), Former 2295 (2079), Holzleger 1925 (1309), Metallschleifer 1251 (1015), Schmiede (Mess-, Feug-) 750 (640), Bauanschläger 748 (—), Metallarbeiter 704 (656) und Metallarbeiterinnen 3371 (1671). Der Rest verteilt sich auf die übrigen Berufsgruppen von je unter 500 Mitgliedern. Ueber den Arbeitsnachweis, der ebenfalls erheblich an Bedeutung gewonnen hat, geben folgende Zahlen Aufschluß: Arbeitslos meldeten sich daselbst 16 029 (13 701) Personen; Stellen wurden vermittelt 7065 (4152); im Jahre 1904 waren es nur 980. Entsprechend der Größe der Organisation gestalten sich auch die Kassenverhältnisse. Für die Hauptkasse belief sich die Jahreseinnahme auf 1 080 992,64 M., der eine Ausgabe von 1 020 442,65 M. gegenübersteht; der Kassenbestand beträgt somit 60 549,99 M. Die Einnahmen und Ausgaben der Lokalkassen bilanzieren in der Summe von 625 106,24 M. bei einem Kassenbestande von 129 085,41 M. Unter den Einnahmen befindet sich ein Posten von 156 915,44 M., die zur Unterhaltung der Streikenden und Ausgesperrten in der Selbstmetallindustrie eingegangen waren. Es wurden insgesamt gezahlt an: Streik- und Kassenregulierungsunterstützung 888 001,80 M., Arbeitslosenunterstützung 116 501,40 M. an 5486 Mitglieder für 120 199 Tage, Rechtschutz 46 978,71 M. Die hohe Ausgabe für Rechtschutz resultiert aus den einzigen Streikpostenprojekten und der Zahl der Strafmandate für angebliche Streikvergehen. Im ganzen erließ die Polizei nicht weniger wie 543 solcher Strafmandate. Gegen 220 derselben wurde richterliche Entscheidung beantragt, und diese Prozesse endeten auch zumest mit der Freisprechung der Angeklagten. Das Jahr 1904 brachte den Berliner Metallarbeitern wieder eine Reihe von Lohnkämpfen größerer und kleinerer Art. Es kam in 41 Fällen zu Arbeitsniederlegungen, an denen 9269 Kollegen beteiligt waren. Zu verzeichnen sind 13 Angriffsstreiks, 24 Abwehrstreiks und 4 Aussperrungen, worunter der Kampf in der Selbstmetallindustrie der bedeutendste war. — Ein gutes Zeichen für das wachsende Bildungsbedürfnis der Mitglieder ist es, daß aus der 4141 Bände enthaltenden Bibliothek 24 352 mal Bücher entnommen wurden.

In der Diskussion wurde anerkannt, daß die Ortsverwaltung auch in dem abgelaufenen Jahre tüchtig gearbeitet habe, doch bezweifelten einzelne Redner, ob immer richtig gearbeitet worden sei, besonders im Hinblick auf den mißlungenen Gürtler- und Drückerstreik. Bei dieser Gelegenheit kam auch die mangelhafte Information des „Vorwärts“ durch die Streikleitung im letzten Stadium der Aussperrung zur Sprache. Die Debatte darüber wurde indessen nicht zu Ende geführt; vielmehr beschloß die Versammlung auf Antrag des Kollegen Schulz, die weitere Aussprache abzubrechen und über 14 Tage eine außerordentliche Generalversammlung abzuhalten mit der Tagesordnung: „Der Gürtler- und Drückerstreik“. Bis dahin wurden auch die Beamtenwahlen vertagt.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend befahte sich am Sonntag vormittag in einer gut besuchten Generalversammlung im „Englischen Garten“ mit den für dieses Jahr gestellten Lohnforderungen. Das Referat hielt der Vertrauensmann Korgel. Er gab eine Uebersicht über die letzten Lohnbewegungen der Bauarbeiter, wobei er ausführte, es sei dem Verhalten des Zentralverbandes zuzuschreiben, daß der 50 Pf.-Stundenlohn nicht schon im vorigen Jahre erreicht wurde. Ferner erklärte der Redner, der jetzt geltende Vertrag werde nur dort wirklich innegehalten, wo die Arbeiter gut organisiert seien und sich keinerlei Verschlechterung gefallen ließen; im übrigen aber werde der Vertrag sogar von solchen Firmen durchbrochen, deren Inhaber der Schlichtungskommission angehörten. Schließlich verlas der Redner den von der Freien Vereinigung eingereichten Lohnarif, auf den allerdings eine Antwort nicht eingegangen ist. Der Tarif stimmt in den Hauptforderungen mit dem vom Zentralverband eingereichten überein. Der Stundenlohn soll für gewöhnliche Bauarbeiter 50 Pf. betragen; für Kesselschläger und für Wasserträger, die das Wasser von unten herauftragen, ferner für die beim Rufen und an Hebevorrichtungen tätigen Arbeiter 55 Pf., für Arbeiter, die

selbständig rufen, 65 Pf., für das Tragen von Steinen und Kalk 70 Pf. Bei Regelung der Arbeitsleistung soll das Gewicht von sechs Pfund als Normalgewicht gelten; die Anzahl der Steine soll bis zur ersten Etage nicht mehr als 24 betragen, in der zweiten und dritten nicht mehr als 22 und in der vierten nicht mehr als 20. — Der genau ausgearbeitete Akkordtarif stimmt ebenfalls in den meisten Punkten mit dem, was vom Zentralverband gefordert wird, überein. Sowohl vom Referenten wie von sämtlichen Diskussionsrednern wurde ganz entschieden verlangt, daß die gestellten Forderungen, namentlich der 50 Pf.-Stundenlohn, unterföhrt durchgeführt werden. Dementsprechend wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Generalversammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend nimmt Kenntnis von dem Lohnarif, welchen der Vorstand im Auftrage der Lohnkommission an den Verband der Baugeschäfte von Berlin und Umgegend gesandt hat, und ist mit sämtlichen darin enthaltenen Forderungen einverstanden. Die Versammlung ist der Ansicht, daß diese Forderungen schon im vorigen Jahre, wenn es zu einem Streik gekommen wäre, erzwungen worden wären; nur durch das Verhalten der Leitung des Zentralverbandes, welche mit uns dieselben Forderungen aufgestellt hatte, nachher aber ihre Kollegen zu überreden wußte, so daß ein Vertrag auf einer niedrigeren Basis abgeschlossen wurde, ist es nicht möglich gewesen, die einmal gestellten Forderungen zur Durchführung zu bringen. Die Versammlung verpflichtet sich, ihre Kollegen vom Zentralverband darauf aufmerksam zu machen, daß sie einem Vertrage, der nicht einen Mindeststundenlohn von 50 Pf. vorschreibt, ihre Zustimmung versagen. Sollte jedoch wider Erwarten die Leitung des Verbandes mit dem Verband der Baugeschäfte einen niedrigeren Vertrag abschließen, so erklärt die Versammlung dieses als einen groben Verstoß gegen die Interessen der Bauarbeiter Berlins und Umgegend, der nur dazu angeht, auch fernere mit dem Unternehmertum im guten Einverständnis zu leben. Die Versammlung verpflichtet sich, diese Forderungen mit allen ihnen geistlich zustehenden Mitteln vom 1. Mai ab zur Durchführung zu bringen.

Unter Vereinsangelegenheiten wurde auf Antrag des Vorstandes beschlossen, den Wochenlohn des Vertrauensmannes von 36 auf 39 M. zu erhöhen und die Entschädigung der Zeitungsgeldredakteure von 40 auf 45 Pf. pro Quartal. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der die Zahlstellen verpflichtet, die Berichte von ihren Mitgliederversammlungen nicht direkt an die Redaktion der „Einigkeit“, sondern an das Bureau der Vereinigung zu senden. Außerdem wurden noch einige andere interne Vereinsangelegenheiten erledigt.

Deutscher Arbeiter-Abstinenzbund. Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 15. März, prägte 8^{1/2} Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 270: Vortrag des Gen. Kroll über: Die Unzufriedenheit als Förderer des Kulturfortschritts. Diskussion. Gruppenangelegenheiten. Gbte, Damen und Herren willkommen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Rixdorf. Donnerstag, den 16. März, abends 8^{1/2} Uhr, bei Tiel, Bergstr. 151/152: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Wollheim. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Diskussion. Der Vorstand.

Wasserstand am 11. März. Elbe bei Kuffig + 1,33 Meter, bei Dresden — 0,16 Meter, bei Magdeburg + 2,16 Meter. — Uckeritz bei Straußfurt + 2,20 Meter. — Oder bei Halber + 2,15 Meter, bei Breslau bei Pegel + 5,16 Meter, bei Breslau Unter-Pegel — 0,18 Meter, bei Frankfurt + 1,99 Meter. — Saale bei Brahmehnde + 4,54 Meter. — Barthe bei Posen + 2,28 Meter. — Rbe bei Uff + 1,46 Meter.

Witterungsübersicht vom 13. März 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Swinemünde	753	SW	3	wolkig	6	Dapunda	755	SW	1	wolkig	-16
Hamburg	751	SW	5	bedekt	7	Petersburg	757	SW	1	Regen	3
Berlin	755	SW	3	wolkig	7	Schly	747	SW	4	wolkig	3
Konigsberg	750	SW	4	bedekt	7	Herbeden	736	SW	3	wolkig	3
München	700	SW	4	bedekt	4	Paris	754	SW	3	wolkig	6
Wien	739	SW	2	bedekt	7						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 14. März 1905.
Hienlich warm, zeitweise heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Am Sonnabend, den 11. d. M., verstarb plötzlich unser treues Mitglied
Franz Appel.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 15. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes (Rantow) aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Nachruf!
Am Sonnabend, den 11. d. M., nachmittags 2^{1/2} Uhr, verstarb infolge Unfall in seinem Beruf unser bewährter Verbandskollege
Gustav Geisenhainer
im Alter von 42 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen aufrichtigen Freund und steten Mithrater unserer Ziele.
Ehre seinem Andenken!
Die Verbandskollegen der Firma H. Mittag.

Verband d. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigter Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Beerdigung unseres Mitgliedes
Friedrich Hohm
heute Dienstag, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Gethsemani-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen stattfindet.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 12. März, entschlief mein lieber Mann, der Verdolter
Karl Enders
im 27. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Bartholomäus-Kirchhofes aus statt.
Um stillen Beileid bitte
Die trauernde Witwe:
Ottilie Enders geb. Klau.

Verband d. Kürschner Berlins u. Umg.
Am Sonnabend, den 11. März, früh, starb im Alter von 55 Jahren unser Mitglied
Franz Grasse.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 14. März, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bitte
Der Vorstand.

Verein für Frauen u. Mädchen Schönebergs und Umgegend.
Nachruf.
Am Freitag, den 10. März, verstarb im 62. Lebensjahre ganz unerwartet unser langjähriges und tätiges Mitglied
Frau **Emilie Schröder.**
Die Einäscherung der Leiche findet heute in Hamburg statt.
Wir verlieren in derselben ein Mitglied, welches durch seine Ehrenhaftigkeit und Herzengüte sich die Achtung und Liebe der Mitglieder und Freunde erworben hat.
Wir werden ihrer Feils ehrend gedenken.
Der Vorstand.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer,
nur Mariannen-Str. 2.
Berlins-Kranz, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlandes usw. werden fein u. preiswert geliefert

Hygienische Artikel.
Sanitäre Bedarfsartikel, Gummiwaren etc. v. Prof. und Aerzten vielfach empfohlen.
Apotheker S. Schweitzer's Fabrik hygienischer Präparate, Berlin O. 27, Holzmarktstr. 70.

Für die uns anlässlich des Todes unseres lieben Vaters und Sohnes
Max Reier
beifolgende Teilnahme sowie für die Kranzsendungen sagen wir allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen des Verstorbenen von der Firma Richter, den Mitgliedern des Vereins der Maschinen- u. Feiler sowie des „Anschlusses“, „Güter und Ibel“ und des Vereins Rixdorfer Landvolkskolonisten unseren herzlichsten Dank. Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankagung.
Allen Genossen, Freunden, Verwandten und Bekannten besonders Herrn C. Heylhold, Herrn D. Reichste und dem Gesangsverein „Morgengrauen“ sagen wir für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Begräbnis meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe:
Kuguste Seidel und Kinder.

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung des Heizers
Wilhelm Klahn
sage ich den Kollegen der Allgemeinen Elektrizitätswerke, Drummestraße, sowie dem Zentralverband der Transport- und Verkehrsarbeiter meinen innigsten Dank.
Frau **Anna Neumann,** Wollmerstraße 9.

Kränze u. Blumen empfiehlt
F. Jacobitz, Koppenstr. 44.

Bruch - Pollmann empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradohaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankpflege.
Eigene Werkstatt. Reier, f. Dr. u. Hülfs-Kranzstellen
Berlin C., 30. Finen-Str. 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belagten, angenehm und weich am Körper. 16392

Schmökewitz Gasthaus zur Palme am Zeddingsee.
(Endstation der „Stern“-Dampfer.)
Hermann Peter. Telefon: Grünau No. 39.
Empfehle mein albelanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den gedrehten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. * Ausspannung und Dampferstege, Regelmäßig, große Kassefische.
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.

Wer selbst Stoff hat, fertige eleganten Anzug oder Paletot mit guten Futeln
für 25 Mark.
Bandelow, Schneidermeister, Wollstr. 65, I.

Hundekrankheiten
Erythelbehandlung, Tierarzt Philipp, Roddenstr. 9. Volkstheil montags 9-11, 4-5, Sonntags nur vormittags.

Bürgerbad
NO. Weberstr. 40 b.
Schönste Badeanstalt Berlins.
Russisch-Röm. Bäder mit dem in allen Staaten patent. Licht-Luftperl-Bassin. Vesteingegerichte medicin. Abteilung für elektr. Licht- und Dampfschwimmbäder.
Ruhesäle I. u. II. Klasse mit elektr. Beleuchtung.
Annahme sämtl. Krankenkassen.
Billigste Preise.

Konkursmassen-Ausverkauf!
Die aus der Konkursmasse **Robert Hermann & Co. G.** stehenden Waren, bestehend aus:
Teppichen, Portieren, Gardinen, Diwan-, Tisch-, Bett- und Steppdecken, Möbelstoffen, kommen zu fabelhaft billigen, fest taxierten Preisen zum Ausverkauf: 91/9
Spandauerstr. 65-67, 1. Etage.
Vorkaufszeit 9-1, 3-8 Uhr.

Von der Reise zurück:
Dr. Swarsensky, prakt. Arzt, Kinderarzt.
Wrangel-Str. 49.

Kinderwagen - Kühleke
Berlins größtes Spezial-Geschäft
Hauptlager:
Neue Königstr. 43
2. Lager:
Königgrätzerstr. 84
Kinderwagen, Kinder-Sportwagen, Kinder-Bettstellen.
Riesen-Auswahl. Spothillige Preise.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger-Würzburg. — 20 Pf.
In Berlin:
Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Greif-Apothek, Bernauerstr. 33.
In Breslau: 1637L* Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 34.

Arbeiter!
Raucht **2026L***
Malinda-Zigarren!
Vertreter: S. Rand, Marsillusstr. 23.

Theaterjaal ev. Sommerbühne für Sonnabende oder Sonntage (Berlin und Danzig) lustig
23952
Berl. humoristisches Ensemble.
Wag-Fraude, Danksgr. 6 I.

Inventur - Räumungs-Preise!
Gardinen
abgepasste Fenster, weiß und crème
Shawllänge pro 250 3 Mtr. Fstr. M. 250
Shawllänge pro 3,20 Mtr. Fstr. M. 335
Imit. Point-lace Gardinen, pr. Fstr. M. 585
Eleg. Sezessions-Tüll-Stores M. 165
Gestickte echte Spachtel-Stores M. 565
Goldfarb. reich-gestickte Band-Stores M. 435
Tüllbettdecken 150/220 cm. M. 235
Reichgest. Erbs-tüllbettdecken M. 535
Teppich-Spezial-Haus
Emil Lefèvre
Berlin S. Oranien-Str. 158.
Nach anwärts per Nachnahme.
Inventur - Extraliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko
Zahn-Klinik. Preise beliebig Zeit-zahlung. Invaliden-Olga Jacobson, straße 145.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 14. März 1905, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

bei Wernau, Schwedterstraße Nr. 23/24.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Förster über: „Deutsche Reichs-Finanzpolitik“.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- Gäste — Damen und Herren — haben Zutritt.
Bei zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15 Hof I.

Telephon: Amt III No. 5028.

Mittwoch den 15. März 1905, abends 8 Uhr, in der Kaiserbörse, Kaiser Wilhelmstr. 18m, zwiſchen König- und Nützenstraße, 3 Minuten vom Alexanderplatz:

Außerordentliche General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Das Ergebnis der Unterhandlungen mit den Unternehmern und welche Stellung nehmen wir hierzu ein?
 2. Diskussion.
 3. Die diesjährige Wahlen.
- Der Vorstand. S. M.: A. Juppenlatz.

Boxhagen-Rummelsburg.

Dienstag, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Café Bellevue, Hauptstraße 2:

Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Schriftstellers Genossen H. Baegge über: „Bibel und Babel“.
 2. Diskussion.
 3. Wahl von zwei Zeitungskommissions-Mitgliedern.
 4. Verschiedenes.
- Um zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 14. März 1905, abends 8 1/2 Uhr, im „Reichspalast“, Alexandrinenstraße 110:

Versammlung

Tages-Ordnung: Vortrag des Gen. Dr. Bernstein: „Die Religion Privatfrage“ 2. Diskussion. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Genossen aus der Simon-, Hollmann- u. Neuenburgerstraße etc. ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Versammlung

Dienstag, den 14. März, 8 Uhr abends, bei

Leydecker, Sophienstr. 34.

Tages-Ordnung:

1. Aus Englands großer Revolution.
 - Referent: Reichstags-Abg. Genosse Ed. Bernstein.
 2. Diskussion.
 3. Partei- und Vereins-Angelegenheiten.
 4. Verschiedenes.
- Gäste erwünscht. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Schöneberg.

Mittwoch, den 15. März 1905, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Ernst Oßk, Weiningerstr. 8, Maria Lutherstr. 51:

Volks-Versammlung für Frauen und Männer.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abg. Fritz Zubell über die Soldatenmishandlungen im deutschen Heere.
 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes.
- Zahlreiches Erscheinen der Frauen und Männer Schönebergs erwartet Die Vertrauensperson.

Achtung! Maurer! Achtung!

Mittwoch, den 15. März 1905, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei öffentliche Versammlungen der Maurer Berlins und Umgegend

in den Andreas-Festsälen, Fiebigs Festsälen, Andreasstraße 21. in den Andreas-Festsälen, Fiebigs Festsälen, Adlerstraße 6/7.

Tages-Ordnung: Das Verhalten der Unternehmer zu den von den Berliner Maurern aufgestellten Forderungen. Der Vorstand. S. M.: Heinrich Motzka.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Achtung! Parkettbodenleger. Achtung!

Mittwoch, den 15. März, abends 8 Uhr:

Kommissions-Sitzung mit Vertrauensleuten im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15. Jede Firma muß vertreten sein. Der Obmann.

Verband der Tapezierer Sektion der Kleber.

Mittwoch, den 15. März, abends 8 Uhr, bei Wendt, Seuthstr. 20:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Streiklichter aus unserer Bewegung. 2. Verschiedenes. NB. Kollegen, die noch nicht im Besitz ihrer Wähler sind, können selbige dort in Empfang nehmen. Die Verbandsleitung.

Möbelfabrik Ostend

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)

Wir bringen zur Kenntnis, daß die diesjährige

Ordentliche General-Versammlung

am Sonntag, 26. März 1905, in unserem Geschäftssaal Romintenerstr. 21, Fabrikgebäude III, stattfindet.

Tages-Ordnung:

1. Vorlage des Jahresabschlusses.
 2. Bericht über stattgefundene Revision.
 3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates.
 4. Anträge.
 5. Verschiedenes.
- Der Vorstand. Hermann Hopp, Geschäftsführer. Hermann Breitbarth, Kassierer.

Wer-Stoff-hat,

fertige Herrenanzug, 20 R., ohne Konkurrenz, feinste Jutal, 2 Anpr. für guten Sitz beim gold. Weballe. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. (Alexanderplatz). — Begründet 1892. 106/30

1904er Legehühner

echte Rasse, fleißige Eierleger, garant. leb. Ant., fers. überall 13 St. m. Hahn 22 R., 6 St. m. Hahn 13 R. (Farbe n. Wahl). Schneider, Myslowitz, Schl.

Achtung! Dachdecker. Achtung!

Die Kollegen der Firma G. A. Wernicke (Zuh. Hohmuth), Gabelburger Ufer, legten infolge der dort entstandenen Differenzen die Arbeit nieder. Die Wertstelle ist gesperrt. — Zugang ist fernzubalten. 54/4

Verband der Dachdecker. Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt IV, 9670. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Mittwoch, 15. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47—48:

Bezirksversammlung für Moabit.

Tages-Ordnung: 1. Die Aufgaben des nächsten Verbandstages. Referent: Kollege Cohen. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheit. In Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung ist es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, zu erscheinen. 113/4

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands, Berlin u. Umgegend.

Sonnabend, den 18. März 1905, in den Gefamträumen der „Brauerei Königstadt“, Schönhauser Allee 10—11:

28. Stiftungs-Fest

verbunden mit Konzert, Theater und Ball.

Billets für Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. sind in allen Zahlstellen, bei den Vorstandsmitgliedern und dem Vergütungskomitee erhältlich. 138/7

Freunde und Gönner sind hiermit freundlichst eingeladen. Das Komitee.

Marmorarbeiter.

Mittwoch, den 15. März, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 70:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Mitschko über: Organisation und Arbeiterkassenangelegenheit. 2. Gewerkschaftliches. 172/6

Da mein dänischer Anker-Kautabak häufig in minderwertiger Ware nachgeahmt wurde, bringe ich denselben von jetzt ab unter dem Namen

Dänischer Kapitän-Tabak

(gesetzl. geschützt 75 658)

in den Handel.

(5 u. 10 Pfennig-Schleifen und -Rollen.)

Mein „Kapitän-Tabak“ ist nur echt, wenn sich in jedem Stück ein Zettel mit der Aufschrift „Kapitän-Tabak“ befindet, oder das Etikett der gesetzl. geschützt 10 Pf.-Rollen diese Aufschrift trägt; andernfalls ist der Tabak als unecht zurückzuweisen.

Solche Fälle, in welchen Nachahmungen unter dem Namen „Kapitän-Tabak“ verkauft werden, bitte ich mir zur Kenntnis zu bringen, damit ich strafrechtlich dagegen einschreiten kann.

Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 112. Fernsprecher: Amt VII, 3561.

Empfehle gleichzeitig meine seit Jahren hier eingeführten Schnupf- und Rauchtobake sowie Nordhäuser und Kopenhagener Kautabake. Alle gangbaren Zigaretten zu Originalpreisen (Garbáty, Josetti, Manoli, Phänomen und viele andere Marken).

Auf vielfachen Wunsch

der geehrten Herren Raucher liefern wir unsere so schnell beliebt gewordene

Bolero 2-Pfennig-Zigarette

gesetzl. gesch. Nr. 51 440

jetzt auch ohne Mundstück.

Für vorzüglichste Qualität und sauberste Handarbeit werden wir in der bisherigen Weise bemüht bleiben. 2391L*

Gebr. Selowsky, Zigarettenfabrik Dresden.

Gegr. 1879.

Buß Salon

Inhaber: Frau Chr. Theel, Große Frankfurterstr. 85.

Empfehle mein Etablissement mit großem Garten zum Frühjahr und Sommer Vereinen und Gesellschaften zu sämtlichen Festlichkeiten unter den kulantesten Bedingungen. 2390L*

Orientalisches Ballhaus

Neue Königstr. 45 (Grand Hotel)

Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag:

Réunion

Anfang 10 1/2 Uhr.

Möbelfabrik.

Kompl. Wohnungs-Einrichtungen

in jeder Verhältnisse empfohlen 23872*

solide zu billigen Preisen

F. Baumgarten & Söhne,

O. Große Frankfurterstraße 29.

„Die Nonne“

Roman von Denis Diderot.

Dieses von Goethe und Schiller hochgeschätzte Buch wurde auf Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft Leipzig beschlagnahmt, aber kürzlich wieder freigegeben. Der Verfasser behandelt in dem Buche die Erlebnisse eines jungen Mädchens im Kloster, die von ihren Eltern gezwungen wurde, Nonne zu werden, und gibt gleichzeitig eine Schilderung der im Kloster herrschenden Sittenverhältnisse. Das Buch kostet Brosch. 2.— R. geb. 3.50 .

Ferner empfehlen wir:

„Hinter geweihten Mauern.“

Vorlesungen aus dem Tagebuche eines Klostergeistlichen von Vater Veridous.

Dieses Buch behandelt ebenfalls das Leben im Kloster und ist sehr interessant geschrieben. 233/16*

Der Preis beträgt 3.50 R.

Buchhandlung Vorwärts,

Berlin SW. 68,

Lindenstr. 69, Laden.

Prinz-

Str. 41,

Spezialarzt für

Haut- und Haarleiden.

10—2, 5—7. Sonntag 10—12 2—4.

Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41,

Spezialarzt für

Haut- und Haarleiden.

10—2, 5—7. Sonntag 10—12 2—4.

Ein Versuch -

dauernde Kundenschaft!

Son 1 R. wöchl. Teilzahlung

an liefere elegante, fertige

Herren-Moden.

Erfah für Wahrheit.

Anfertigung nach Maß.

feinste Verarbeitung.

Garantie tadelloser Sitz.

Spezialgeschäft für

Herren-Bekleidung.

... Kein Waren-Kredithaus. ...

J. Kurzberg

An der Jannowitzbrücke 1, I.

Bahnhof Jannowitzbrücke.

Gegen Husten, Heiserkeit,

Berührung, Halsentzündung

und jedwede Erkrankung der Luft-

wege nehme man die bewährten

Reichels

Hustentropfen.

Unzweifelhaft wirkungskräftig.

Der Erfolg ist überraschend!

31. 50 Pf. Echt nur mit Marke

„Reichels“.

Otto Reichel, Berlin, Eisenbahn-

straße 4. 22112*

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am 22. April hält die Neue Freie Volksbühne in der Philharmonie eine Schiller-Feier ab.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet eine Versammlung bei Gohmann, Kreuzbergstr. 48, statt.

Fünfter Wahlkreis. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, spricht Genosse Eduard Bernstein im Wahlverein bei Ledderer.

Die Lichtenberger Gemeindevahlen.

Heute, Dienstag, ist eine Versammlung für Männer und Frauen! Genosse Grädel-Berlin wird im „Schwarzen Adler“.

Am Mittwoch von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends wählt die 3. Klasse.

Zum 2. Bezirk der 3. Klasse gehören: Augusta-, Bahnhofs-, Eitel-, Heinrich-, Jansen-, Margareten-, Friedrichstraße, Prinzen-Allee, Sophien-, Wilhelmstraße, Parallelweg, Frankfurter Chaussee 116 bis 178.

Zum 3. Bezirk der 3. Klasse gehören: Gartenberg-, Kleinststraße, Sandweg, Riebertweg, Gürtel-, Kronprinzen-, Scharnweberstraße 1-8 und 88 bis 74, Oder-, Weserstraße 45a-45c, Jungstraße, Frankfurter Allee 172 bis 199 und Müggelstraße.

Zum 4. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 5. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 6. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 7. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 8. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 9. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 10. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 11. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 12. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 13. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 14. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 15. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 16. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 17. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 18. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 19. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 20. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 21. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 22. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 23. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 24. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 25. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 26. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 27. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 28. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 29. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 30. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 31. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 32. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 33. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 34. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 35. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 36. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 37. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 38. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Zum 39. Bezirk der 3. Klasse gehören: Friedrich Karlstraße, Frankfurter Allee 161 bis 171a, Mümenthal-, Rainiger-, Kreuziger-, Vorhagener-, Scharnweberstraße 9-67, Weserstraße 31 und Niederbarnimstraße.

Weise zu geben gemeint, daß man eine Militärkapelle zuzog. Eine Kapelle aus Angehörigen des Zivilmusikergewerbes wäre vielleicht sinnmäßiger gewesen; aber die bunten Uniformen machten sich sehr hübsch.

Unter den Urkunden befindet sich der Beschluß des Magistrats über die Errichtung der „König Friedrich-Stiftung“ und der stenographische Bericht der Stadtverordneten-Sitzung, in der diesem Beschluß zugestimmt wurde.

Zur Affäre Bachhaus. Ueber sein Ausscheiden aus der Stellung eines Direktors der Berliner Kieselgüter hat jetzt Professor Bachhaus selber sich in einem Brief geäußert, den wir in der Sonntagsnummer der „Berliner Zeitung“ finden.

Den Anlaß, aus dem Prof. B.s Berliner Amtstätigkeit ein so rasches Ende gefunden hat, gibt auch dieser Brief nicht an. Aber B. bestätigt wenigstens, daß er mit seinen Reformplänen an maßgebender Stelle nicht Widerstand gefunden, sondern nach Kräften unterstützt worden ist.

Die drohende Theaterbillettkrise hat eine Anzahl Künstler, Schriftsteller und Gelehrte zu einem Aufruf veranlaßt, der jetzt der Öffentlichkeit übergeben wird. Wir heben aus dem Schriftstück folgende Stelle hervor:

Der gegenwärtige Augenblick ist für Deutschland kritisch. Auf allen Gebieten macht sich ein Zurückdrängen geistiger Betätigung geltend. Von der Beschäftigung mit reiner Wissenschaftlichkeit und Literatur wendet sich unsere Jugend zum Betriebe körperlicher Ausbildung, zum Sport.

Im Kampf zwischen beiden gewinnt die letztere die Oberhand; während die Theater sich leeren, füllen und überfüllen sich Hippodrome, Velodrome und Zirkusse.

Unterzeichnet ist dieser Aufruf u. a. von Ludwig Barnack, Prof. Wilhelm Förster, Ludwig Fulda, Max Halbe, Joseph Joachim, Prof. Franz v. Liszt, Richard Strauß und Wilbrandt.

Im Fraß und Jalousie zu Pferde. Eine Korrespondenz meldet: Zu der feierlichen Einholung des Kronprinzenpaares am 3. Juni ist der Berliner Fleischerinnung vom kaiserlichen Hofmarschallamt die Erlaubnis erteilt worden, sich in „herkömmlicher“ Weise an der Einholung zu beteiligen.

In der Feststellungslage der Stadt Berlin gegen die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft ist heute das Urteil des königlichen Kammergerichts vom 12. Januar d. J. den Vertretern der besagten Gesellschaft, Rechtsanwälte Dr. Wuffow und Sander zugestellt worden.

Die Stadtbahnwerke sehen trotz der kürzlich erfolgten Verhaftung zweier Mitglieder der Bande ihre Tätigkeit fort. Gestern abend fuhr der Bauarbeiter A. von Friedenau mit der Stadtbahn nach dem Alexanderplatz und verschäufte, weil er sich allein in dem Coupé befand, zu schlafen.

Ein Schwere Betriebsunfall ereignete sich Montag früh in der Zugschleppfabrik Jungferstraße 18. Dem dort beschäftigten Arbeiter Presser B. entglitt bei der Arbeit an der Antriebsvorrichtung der Hebel, der ihm ins Gesicht geschleudert wurde.

Ein Darlehnschwindler. Das Polizeipräsidium teilt mit: Berlin, 13. März 1905. In der Person des Chemikers Georg S. ist ein Betrüger festgenommen worden. Der in jüngster Zeit eine große Anzahl von Kerzen hier und in den Vororten auf folgende Weise geschädigt hat: In Abwesenheit des Arztes erschien er in dessen Wohnung und wollte ihn sprechen, indem er sich, wie mit einem anderen Namen, als Kollege vorstellte.

Die Liebestragödie in der Heide bei Senftenberg, in der, wie wir meldeten, ein junger Berliner tot und seine Frau schwer verletzt aufgefunden wurden, hat jetzt einige Aufklärung erfahren. Es wird berichtet, daß es sich um den Handlungsgehilfen Willy Harms und seine Geliebte, die unberechnete Klara Sanger, Tochter eines Berliner Tapezierers, handelt.

Diebstahl von Fernsprechröhren. In unheimlicher Weise mehrten sich in letzter Zeit Diebstähle an Fernsprechröhren. So wurde am Sonnabend zwischen Tempelhofer und Marienfelde auf einer Länge von etwa einem Kilometer die Fernsprechröhre abgeschnitten und gestohlen.

Der Redaktionsbesuch verfolgte Fabrikant Max Raab, in Berliner Geschäftskreisen unter dem Namen „der Schürzen-König“ bekannt, ist nunmehr von seinem Geschick ereilt worden. Raab unterhielt bis zu Anfang des Jahres 1903 in dem Hause Marienburgerstr. 9 eine Schürzenfabrik und hatte auch in der Lotzengrabenstraße in Neu-Weißensee eine Wohnung von 9 Zimmern gemietet, die er angelegentlich zur Einrichtung von Büroräumen benutzte.

Vom Schinkenwettbewerb. Der Schlächtermeister Herr Albert Dallmann in Schöneberg erfuhr und, folgendes bekannt zu geben: Die gegen den deutschen Schinkenwettbewerb Berlin 1905 erhobene Beschuldigung, daß der von mir eingereichte Schinken nicht numeriert war, läßt sich dahin auf, daß die Hälfte, die mit der Kennmarke versehen war, den Preisrichtern zur Prüfung vorlag.

Auf dem Selbstmörderfriedhof im Grunewald hatte sich der 40 Jahre alte Lehrer Martin Wiedenberg erschossen, ohne daß man wußte, welche Motive den Mann, dem von seinen Kollegen ein ausgezeichnetes Zeugnis ausgestellt wird, in den Tod getrieben haben.

Ein Einbrecher und Messerheld ist der Schlächtergeselle Puhlmann, der am Sonnabend in Friedrichsberg festgenommen und gestern nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht worden ist. B. hatte eine Gastwirtschaft in der Rummelsburgerstraße besetzt und machte sich dortselbst am Musikautomaten zu schaffen.

Lokales.

Ein Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage

will die Arbeit der Baugenossenschaften sein, die in Berlin tätig sind und hier wie in einigen Vororten Häuser mit Wohnungen für schwachbemittelte Leute herstellen. Die „Berliner Baugenossenschaft“ von 1886 hatte bisher nur kleine Häuser mit je zwei oder drei Wohnungen errichtet, die von den Genossenschaftsmitgliedern erworben wurden.

Am Sonntag wurde unter Beteiligung vieler Genossenschaftsmitglieder der Grundstein zu diesem Wohnhausbau gelegt. Das Gebäude wird in Berlin-Nord nahe der Grenze von Reinickendorf aufgeführt, an der Ecke der Liebenwalder- und Kalplauestraße.

Die Stadtbahnwerke sehen trotz der kürzlich erfolgten Verhaftung zweier Mitglieder der Bande ihre Tätigkeit fort. Gestern abend fuhr der Bauarbeiter A. von Friedenau mit der Stadtbahn nach dem Alexanderplatz und verschäufte, weil er sich allein in dem Coupé befand, zu schlafen. Um sich vor einem Diebstahl zu sichern, steckte er seine Hand in die Hosentasche, in der das Portemonnaie mit 35 M. Inhalt befand. Als A. am Alexanderplatz erwachte, bemerkte er zu seinem

Schreden, daß ihm trotz seiner Vorsichtsmahregel das Geld gestohlen war. Der Dieb hatte mit einer Schere die Hose zerschneiden und zwar mit solcher Vorsicht, daß das Instrument die Hand des Schlafenden nicht berührte.

Die Muttat in der Schönhauser Allee. Zu dem Einbruch und Totschlag in der Schönhauser Allee wird mitgeteilt, daß der Berliner Kamm gestern abend noch nicht ergriffen war. Daß Kamm der Täter ist, erscheint durch die Zeugenaussagen, ganz abgesehen von der Befundung des mittlerweile verstorbenen Knaben, immer sicherer. Zahlreiche Kriminalbeamte suchten in der Nacht zum Sonntag alle Lokale ab, fanden Kamm jedoch nicht.

Der Kassenräuber am Bahnhof Friedrichstraße. Bei einem mündlichen Verhör mit dem Kassenräuber Otto Rabinski, der verhaftet wurde, auf dem Bahnhof Friedrichstraße der Fahrlarten-Bekämpferin Fräulein Hoge die Kasse zu entreißen, gibt dieser jetzt auch den Raubversuch gegen die Bekämpferin Fräulein Lesser in einem Strawattengeschäft in der Wiltonstraße verübt zu haben. Er habe sich, sagt er, dort erst einen Kragen gekauft, diesen gleich darauf umgetauscht und hierbei versucht, die Kasse an sich zu reißen.

Die Liebestragödie in der Heide bei Senftenberg, in der, wie wir meldeten, ein junger Berliner tot und seine Frau schwer verletzt aufgefunden wurden, hat jetzt einige Aufklärung erfahren. Es wird berichtet, daß es sich um den Handlungsgehilfen Willy Harms und seine Geliebte, die unberechnete Klara Sanger, Tochter eines Berliner Tapezierers, handelt. Zur Ausführung der Tat hatte sich Harms ein Taschentuch gekauft; da die Waffe eine nicht genügende Durchschlagskraft besaß, so blieb die für das Mädchen bestimmte Nadel im Knochen der rechten Schläfe stecken, während der Schuß, den Harms später auf sich selbst abfeuerte, sofort tödlich wirkte.

Diebstahl von Fernsprechröhren. In unheimlicher Weise mehrten sich in letzter Zeit Diebstähle an Fernsprechröhren. So wurde am Sonnabend zwischen Tempelhofer und Marienfelde auf einer Länge von etwa einem Kilometer die Fernsprechröhre abgeschnitten und gestohlen. Die Diebe, anscheinend drei Männer, hatten wohl die Absicht, einen größeren Beutezug zu machen, sind jedoch durch die Annäherung von Fuhrwerken gestört worden und entliefen in der Richtung nach Berlin. Schon vor etwa 5 Tagen wurde in derselben Gegend ein gleichartiger Diebstahl ausgeführt.

Der Redaktionsbesuch verfolgte Fabrikant Max Raab, in Berliner Geschäftskreisen unter dem Namen „der Schürzen-König“ bekannt, ist nunmehr von seinem Geschick ereilt worden. Raab unterhielt bis zu Anfang des Jahres 1903 in dem Hause Marienburgerstr. 9 eine Schürzenfabrik und hatte auch in der Lotzengrabenstraße in Neu-Weißensee eine Wohnung von 9 Zimmern gemietet, die er angelegentlich zur Einrichtung von Büroräumen benutzte.

Vom Schinkenwettbewerb. Der Schlächtermeister Herr Albert Dallmann in Schöneberg erfuhr und, folgendes bekannt zu geben: Die gegen den deutschen Schinkenwettbewerb Berlin 1905 erhobene Beschuldigung, daß der von mir eingereichte Schinken nicht numeriert war, läßt sich dahin auf, daß die Hälfte, die mit der Kennmarke versehen war, den Preisrichtern zur Prüfung vorlag.

Auf dem Selbstmörderfriedhof im Grunewald hatte sich der 40 Jahre alte Lehrer Martin Wiedenberg erschossen, ohne daß man wußte, welche Motive den Mann, dem von seinen Kollegen ein ausgezeichnetes Zeugnis ausgestellt wird, in den Tod getrieben haben. Jetzt verläutet, daß Wiedenberg durch berufliche Mißbilligkeiten in einen Zustand tiefer Depression verfiel und in einer Anwandlung von Schwermut den verhängnisvollen Schuß auf sich abgefeuert hat.

Ein Einbrecher und Messerheld ist der Schlächtergeselle Puhlmann, der am Sonnabend in Friedrichsberg festgenommen und gestern nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht worden ist. B. hatte eine Gastwirtschaft in der Rummelsburgerstraße besetzt und machte sich dortselbst am Musikautomaten zu schaffen. Nach etwa 10 Minuten verließ B. das Lokal, und nun bemerkte der Gastwirt, daß die Kasse des Automaten erbrochen und ihres Inhaltes von etwa 15 M. beraubt worden war.

Ein Schwere Betriebsunfall ereignete sich Montag früh in der Zugschleppfabrik Jungferstraße 18. Dem dort beschäftigten Arbeiter Presser B. entglitt bei der Arbeit an der Antriebsvorrichtung der Hebel, der ihm ins Gesicht geschleudert wurde. B. erlitt eine schwere Verletzung des Unterkiefers und mußte nach der Klinik am Mariannen-Ufer gebracht werden.

Ein Darlehnschwindler. Das Polizeipräsidium teilt mit: Berlin, 13. März 1905. In der Person des Chemikers Georg S. ist ein Betrüger festgenommen worden. Der in jüngster Zeit eine große Anzahl von Kerzen hier und in den Vororten auf folgende Weise geschädigt hat: In Abwesenheit des Arztes erschien er in dessen Wohnung und wollte ihn sprechen, indem er sich, wie mit einem anderen Namen, als Kollege vorstellte. Dann bat er um Papier, um dem Wohnungsinhaber etwas aufzuschreiben. Dabei entdeckte er, daß er sein Portemonnaie in der Klinik oder sonstwo habe liegen lassen und bat um ein Darlehn um drei bis sechs Mark, das ihm auch anstandslos gewährt wurde.

Kommen, weshalb alle durch S. auf diese Weise Geschädigten, die Anzeige noch nicht erstattet haben, dies schleunigst bei einem der Polizeiviertel oder der Berliner Kriminalpolizei unter Angabe der Tagebuchnummer 1752 IV. 14. 06. nachholen wollen.

Straßensperrung. Die Ueberfahrtsstraße am Monbijouplatz sowie die am Ende derselben befindliche Schiffsanstaltsstraße wird behufs Ausführung von Reparaturarbeiten vom 13. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt. Für die Zeit der Sperrung werden Hieselbst nur solchen Fahrzeugen erteilt, welche nach dem daneben befindlichen Stätteplatz der Firma Oskar Jucker ausladen wollen.

Vom Eitelball. Eine merkwürdige Geschichte, die sich auf der Unfallstation in der Eichenborfstraße zutrug, beginnt sich zu klären. Am Freitag morgen um 4 Uhr brachten zwei Männer mit einer Droschke ein Mädchen, das am Kopfe verletzt war, und entfernten sich sofort wieder, bevor irgend eine Feststellung gemacht werden konnte. Die Verletzte wurde nach dem Krankenhaus Moabit gebracht und liegt an einem Schädelbruch vernehmungsunfähig und lebensgefährlich danieder. Wahrscheinlich ist sie nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei eine Baderin mit dem Vornamen „Fränzi“. Sie hatte einen „Eitelball“ im „Kristallpalast“ besucht. Dort stieß sie ein anderes Mädchen aus Eifersucht von der Treppe, so daß sie mit dem Kopf auf die Steinfliesen schlug und sich den Schädel brach. Die Leute, die sie nach der Unfallstation brachten, scheuten sich daher vor der näheren Feststellung.

Endlich ist es der Feuerwehrr eich einmal gegliückt, zwei Durschen bei der böswilligen Alarmierung zu erwischen. Am Montag gegen 2 Uhr nachmittags wurde von der Burgdorferstraße, Ecke Müllerstraße Feuer gemeldet. Es lag wieder Unfug vor. Die Täter waren die Durschen Franz Kobuski aus der Sparrstr. 3, der die Scheibe zerschlugen, und Albert Bod., Sparrstr. 1, der den Feuermelder in Bewegung gesetzt hatte.

Feuerbericht. Montag nachmittag wurde die Wehr nach dem Laufgerplatz 13 gerufen, weil dort auf bisher nicht ermittelte Weise auf dem Boden des großen Schaales Feuer ausgebrochen war. Die Gefahr wurde erst bemerkt, als kurz nach 1 Uhr plötzlich helle Flammen durch das Dach des Vorderbaues schlugen. Bei Anbruch des ersten Löschzuges brannte schon der größte Teil des Daches ab, der nach dem Laufgerplatz hin führt, und es war zu befürchten, daß das Feuer auch auf den angrenzenden Dachstuhl, der mit der Front nach der Eisenbahnstraße liegt, überspringen würde. Die Wehr setzte sofort mehrere Schlauchleitungen in Tätigkeit und ging von verschiedenen Seiten aus vor. Trotzdem dauerte es doch über eine Stunde, bevor man Herr des Feuers war und mit den Aufräumungsarbeiten begonnen werden konnte. Der Dachstuhl nach dem Laufgerplatz hin wurde fast vollständig mit seinen Bodenräumen vernichtet. — Unfug am öffentlichen Feuer-melder lag einer Alarmierung zugrunde, die nachts nach der Chorinerstraße 16 erfolgte. Der Täter ist leider unermittelt entkommen. — In der Müllerstr. 156 a hatten Möbel und Kleidungsstücke in einer Wohnung Feuer gefangen, das indes leicht erstickt werden konnte. — Nach der Wandlstr. 41 wurde die Wehr dann gerufen, weil hier Gas ausgeströmt war und eine Explosion befürchtet wurde. Die Gefahr wurde beseitigt. — Die übrigen Alarmierungen, die noch aus der Oranienburgerstraße 64, Landsbergerstraße und noch aus einigen anderen Orten eintrafen, waren auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

Die Arbeiter-Bildungsschule machte am Sonntag mit ihrer Schiller-Feier den Anfang der Ehrungen, die in diesem Jahre aus Anlaß der 100. Wiederkehr des Todesjahres des wohl bekanntesten und beliebtesten deutschen Dichters veranstaltet werden. Eine den großen Saal des Gewerbemuseums bis auf den letzten Platz füllende onädachtige Zuhörerschaft folgte mit Interesse dem formvollendeten Vortrage des Genossen Dr. Max Lorenz, der ein anschauliches Bild von Schillers Person und Schaffen gab. Die Schauspielerinnen Fräulein Maria Gollers regierte eine Anzahl der bekanntesten Dichtungen des Dichters, die reichen Beifall fanden. Fräulein Schot erreichte durch den Gesang einiger Schumannscher Kompositionen Schillerscher Gedichte und Herr Konzertorganist Eugen Brieger trug mit guter Technik Teile aus dem „Corno“, „Die Glocke“ (komponiert von Max Bruch) vor; beide unterstützt von der Pianistin Fräulein Schneider. Der Dichter Schiller dürfte wohl kaum bei den vielen noch bevorstehenden Feiern, die vielleicht in künstlerischer Form Vollenbeteres bringen, eine so hingebende Zuhörerschaft finden, wie sie ihm die Veranstaltung der Arbeiterbildungsschule mit den immerhin beschränkten Mitteln brachte.

Theater. Im Schiller-Theater O. (Wallnertheaterstraße) geht heute Dienstag das Trauerspiel „Otho und sein Ring“ von Friedrich Hebbel zum erstenmal in Szene. Die Besetzung des Stüdes ist folgende: Kandaules: Erich Jiegel, Rhodope: Anna Feldhammer, Otho: Georg Pätzke, Gressia: Anni Wlaha, Hero: Martha Hartmann, Thoas: Max Reimer, Karno: Hermann Blach. Die Regie führt Willy Berthmann. — Luise-Theater. Zum Benefiz für Herrn Georg Wald gelangt Dienstag Lorbeerbaum und Bettelstab zur Aufführung. Sylva, Götter, Vortstein, Wald, Hämer, Ruff, Dehmg sind in den Hauptpartien beschäftigt. — Rational-Theater. Am Freitag geht neu einstudiert „Das Glück des Eremiten“ in Szene. — Im Lustspielhaus gehen als nächste Matinee am Sonntag, den 20. d. M., folgende Einakter in Szene: „Eine Abrechnung“, in einem Akt von Gustav Wied; „Die Bäuerin“, Drama in einem Akt von Clara Viebig; „Der Außenleiter“, Lustspiel in einem Akt von Richard Jaffée.

Die achte Männerabteilung des Turnvereins „Fichte“ hat ihre regelmäßigen Turnstunden von Mittwoch und Sonnabend auf Dienstag und Freitag abend von 8 bis 10 Uhr verlegt. Die dieser Abteilung unterstellte achte Jünglingsabteilung turnt von jetzt ab Mittwoch und Sonnabend abend von 8 bis 10 Uhr. Beide Abteilungen üben in der städtischen Sporthalle, Hähnelstraße 36/37. Zudem wird auf das Inserat in letzter Sonnatsnummer verwiesen, erübrigt es sich wohl, hinzuzufügen, daß die aufgestellte Arbeiterschaft, soweit sie Interesse für diese edelste Art aller Leibesübungen hat, nur in diesem Verein ihre Stätte findet. Gäste sind in allen Abteilungen des Vereins willkommen; es finden Aufnahmen an jedem Turnabend in den Turnhallen statt.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg.

Die gestrige Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich wieder mit einigen vom Ausschuss an das Plenum gelangten Etats. Beim Verleseretat wurde die Frage der Verbreiterung der Sedanstraße (im Zuge der Salonnenstraße am Schönberger Bahnhof) angeregt und vom Stadtrat Erler dahin beantwortet, daß darüber die Verhandlungen mit der Eisenbahnverwaltung noch schweben. — Bezüglich der Sedanstraße wird wieder einmal der Abschluß der Verhandlungen mit den sächsischen Hausbesitzern „in baldige Aussicht“ gestellt. Zum Vergleich dafür wurde die Regulierung der Hauptstraße angeregt, wo man aber um die (in der Sedanstraße strittigen) Vorgärten herumging, da auch hier eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Zurzeit sind noch gegen sechs Hausbesitzer vorhanden, mit denen absolut die Verhandlungen ausfiellos seien. Genosse Rasch wies darauf hin, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird, wenn vom Magistrat gesagt wird, die Hauptstraße sei eine Verlehrsstraße, was bei der Sedanstraße nicht zuträfe. Jedenfalls haben die Steuerzahler der letzteren das Recht, nicht als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. — Sämtliche Redner sprachen sich für eine baldige Regulierung der Sedanstraße, unbeschadet der Frage der Vorgartenlandabgabe, aus. Im Etat gelangten für diesen Zweck 33 000 M. zur Einstellung. Ein Gegenstück hierzu bildet der Reitweg in der Martin Lutherstraße. Hier ist dem Wünsche „höheren Ords“ nachgegeben worden, denn es können dadurch vielleicht Offiziere veranlaßt werden, in dieser Straße Wohnung zu nehmen.

Zum Etat der Volkshocherei referierte Stadtv. von Gordon. Neben dem bisherigen ersten Verwalter Dr. Richter wird noch ein Bibliothekar angestellt, ebenso wurden für Hilfskräfte statt 900 M. 2500 M. und für zwei Wägereidienere 2400 M. bewilligt.

Einen unangebrachten Antrag kann man wohl denjenigen des Magistrats nennen, von einer Neubeurteilung der Feinlichkeiten den Abstand zu nehmen. Von den Bürgerlichen wandten sich die Stadtv. Heyner und Lohausen, von unserer Seite Genosse Wollermann gegen diesen Antrag, der mit Recht in hygienischer und ethischer Hinsicht der Bevölkerung nur Schaben zufügen kann. Der Magistratsantrag wurde denn auch gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Zur Frage der hiesigen Mittelschule hatte der Magistrat feinerzeit beantragt, vom 1. April 1906 ab die 7. O.- und M.-Klasse aufzulösen, der Ausschuss dagegen empfahl, die Beschlußfassung über diese Vorlage noch weiter zu vertagen. Seitens der Sozialdemokraten wurde beantragt, die drei untersten Klassen, also die 7., 6. und 5., je alljährlich aufzulösen.

Stadtv. Prof. Dr. Kellmann konnte eine Daseinsberechtigung für die Mittelschule am Orte, nachdem das Realschulwesen hier einen solchen Aufschwung genommen hat, nicht anerkennen, es mühten denn noch zwei weitere Stufen aufgebaut werden. — Stadtv. Jabel begründet in längeren, treffenden Ausführungen die endliche Abstandsnahme von einem Experiment, das nicht allein materiell, sondern auch praktisch unhaltbar geworden sei. Er beantragte die Aufhebung der drei Vorstufenklassen. — Vom Standpunkte der Mittelstandeserziehung sprach Stadtv. Gottscheiner für die Erhaltung der Schule. — Unseren Standpunkt vertrat Genosse Kuter. — Nach einigen weiteren Erklärungen des Bürgermeisters Dr. Gerhardt wurde in namentlicher Abstimmung der Ausschussantrag, der die Vertagung über die Beschlußfassung der Magistratsvorlage empfiehlt, mit 21 gegen 15 Stimmen angenommen.

Potsdam.

Beim Neubau des Regierungsgebäudes in Potsdam trug sich gestern ein ernstlicher Unfall zu. Von der Höhe eines Turmes, der gerüstet wurde, stürzte infolge eines Windstoßes nachmittags plötzlich ein langes, schweres Brett nach der Spandauerstraße herab. Es traf die Gattin des Rentiers Freyer, welche dort mit ihrem Mann vorüberging, derartig auf den Oberkörper, daß sie bewußtlos niederstürzte. Frau Freyer wurde darauf nach dem Krankenhaus gebracht, wo man u. a. einen Armbruch feststellte.

Bei den Wahlen der Beisitzer zum Kaufmannsgericht in Potsdam gingen die Kandidaten der Arbeitgeber einstimmig als gewählt hervor, da nur eine Vorschlagsliste bestand. Bei der Wahl der Beisitzer aus dem Kreise der Handlungsgehilfen bestanden zwei Vorschlagslisten und zwar die gemeinsame von dem Verein junger Kaufleute, dem kaufmännischen Verein und dem Ortsverein deutscher Kaufleute aufgestellten Kandidaten, denen die Kandidaten des deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes gegenüberstanden. Letztere brachten es nur auf 2 Stimmen, während die ersteren 51 Stimmen erhielten. Es wurden deshalb sieben Kandidaten der ersteren und drei Kandidaten der letzteren Gruppe als gewählt proklamiert.

Die Klassenbewußten Handlungsgehilfen haben sich hier an der Wahl nicht beteiligt.

Hermisdorf.

Im Hemde, mit der Feldknechte und umgeschalteter Koppel, wurde der Grenadier Kuhl von der 1. Kompanie des 4. Garde-Regiments am Rande einer Schenke in der Nähe von Hermisdorf am Sonntag vormittag aufgefunden. Zwei Berliner fanden den Soldaten, der seine Uniform als Kopfsunterlage zusammengeballt hatte, auf der Erde zitternd liegen. Er erzählte auf Befragen über seinen eigenartigen Zustand, daß er seinen Truppendienst am Sonntagabend während einer Uebung auf dem Tegeler Schießplatz verlassen habe, weil er die Mißhandlungen älterer Mannschaften, denen er dauernd ausgesetzt sei, nicht mehr ertragen könne. Die Herren veranlaßten ihn, sich anzukleiden und mit ihnen zu dem Ortsvorsteher nach Glienicke zu gehen. Hier wiederholte der Soldat, der völlig erschöpft war, seine Auslagen, die profolatorisch aufgenommen wurden. Anscheinend handelt es sich um einen kranken Menschen, dessen Aufgaben aber umfomehr einer eingehenden Untersuchung bedürfen. Die Militärbehörde hat die Pflicht, eine schleunige und gründliche Aufklärung dieses sonderbaren Vorfalles zu geben.

Theater.

Freie Volkshöhne. Metropol-Theater: Sappho. — Grillparzer hat in diesem Stück ein Problem behandelt, das auch im modernen Leben, allerdings unter veränderten Verhältnissen, seine Geltung behält. Die Frau, die selbständig Anerkennung und Ruhm geerntet hat, sieht sich nach Liebe. Sie leidet hier aber Schiffbruch. Der Jüngling, den sie sich erwählt hat, kann die Scheu vor ihr dennoch nicht überwinden. Er bleibt ihrer Liebe gegenüber kalt. Und als er die Sklavin, ein junges Mädchen, das gänzlich unerfahren ist, das in seiner Kindheit geraubt wurde und nun im Hause Sapphos aufgewachsen ist, sieht, da wendet sich sein Herz von der geehrierten Dichterin ab und der Sklavin zu. Sie wollen beide fliehen. Die Eifersucht und der Haß lassen die Leidenschaft in Sappho hoch aufblühen. Sie will Rache nehmen. Dann aber ringt sie sich zu einem anderen Entschluß durch. Sie erkennt ihren Fehltritt. Sie selbst trägt die Schuld. So geht sie in den Tod und segnet Phoon und Melitta.

Grillparzer hat diesen Stoff, den er nach Griechenland verlegte, mit all der Kunst des Wortes behandelt, die die damalige Beschäftigung mit der griechischen, wiederentdeckten Kunst — ein Nachhall Goethischer Zeit — nahelegte. Er hat sich dabei nicht slavisch an das antike Vorbild, die griechischen Dramen gehalten. Wie er den Stoff selbständig handhabte — die wirkliche Sappho nahm sich nicht das Leben — so führte er auch die sprachliche Gestaltung so aus, wie es seinen Intentionen entsprach. Er legte dabei mehr Wert auf die schöne Diktion, als auf den Charakter. Dies entsprach seinen Anlagen, die nicht so sehr auf Revolutionäre, wie wir es in Schillers Dramen sehen, gerichtet war. Ruhig fließen diese Verse dahin. Sie gleiten vorbei, sanft, still, harmonisch. Darum verlangt ein solches Stück vom Schauspieler die höchste Reife. Es wird schwer sein, heute solche Schauspieler zu finden, die diese Verse ganz mit Leben erfüllen. Die Darstellung war bemüht, dieser schweren Anforderung nach Kräften gerecht zu werden. Gertrud Arnold (Sappho) hatte namentlich zum Schluß in der Wandlung vom Jörn zum inneren Frieden ausdrucksvolle Momente. Einheitslich war die Melitta Erna Ardens. Mit der an sich nicht glücklichen Rolle des Phoon fand sich C. Wilhelm, so gut es ging, ab. Am besten war er in bewegteren Szenen.

Gerichts-Zeitung.

Einer jener gemeingefährlichen Erpresser, welche den § 175 des Strafgesetzbuchs zu den schamlosesten Erpressungen benutzen, wurde gestern in der Person des 17-jährigen Expeditionsgelübten Reinhold Lwartzdella der siebenten Strafammer des Landgerichts I vorgeführt. Der Angeklagte ist trotz seiner Jugend schon wegen Urkundenfälschung, Diebstahls und Hehlerei vorbestraft. Von früh auf verlobdet und Reind jeder ehrlichen Arbeit zählte der Angeklagte bald zu jenen dunklen Existenzen, die sich zu Schwärzen in der Friedriehstraße und in gewissen Cafes herumtreiben. — Im Herbst vorigen Jahres kam der Kaufmann V. aus einer mitteldeutschen Stadt nach Berlin. Hier lernte er in der Friedriehstraße den jetzigen Angeklagten Lwartzdella kennen. Die beiden schlossen bald „Freundschaft“ und trafen sich von nun an ständig in einem Café am Oranienburger Tor. Bald darauf begann der Angeklagte nach bekanntem Muster seine Erpressungsversuche und erhielt auf mehrere hundert Mark. Mit einer Passivität, die man ihm als 17-jährigen Menschen gar nicht zugetraut hätte, war es dem Angeklagten gelungen, den Namen und Wohnort des V. zu erfahren. Als L. die Erpresserschraube immer

mehr und mehr anzog, glaubte V., sich durch schleunige Flucht aus Berlin vor weiteren Geldopfern retten zu können. Zu seinem größten Schrecken erhielt er auch zu Hause einen „Brandbrief“, in welchem der Angeklagte 800 M. verlangte, andernfalls sei die Sache an die Oeffentlichkeit bringen werde; ihm selbst sei es egal, ob er ins Gefängnis komme“. Seitens des V. wurden Beträge an den Angeklagten abgefunden, die sich in einem Monat auf 700 M. beliefen. In einigen der Briefe drohte der jugendliche Erpresser: er werde erst V. und dann sich selbst erschießen. Der Angeklagte forderte abwechselnd hohe und niedrige Summen und versetzte sein Opfer in eine Lage, die einen geschäftlichen Ruin zur Folge gehabt haben würde. Auf Anzeige des V. hin wurde der gefährliche Mensch am 17. Januar dieses Jahres verhaftet. Er legte sich den Namen „Reichborn“ bei und ließ sich auch unter diesem Namen in das Gefangeneregister des Untersuchungsgefängnisses eintragen. Wegen Erpressung, intellektueller Urkundenfälschung und Verlegung eines falschen Namens war L. nun gefesselt vor der Strafkammer angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten und 3 Wochen. Der Gerichtshof, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Meng, ging jedoch erheblich über das beantragte Strafmaß hinaus, in Anbetracht, daß derartige gemeingefährliche und schamlose Erpressungen immer mehr auf sich greifen und erkannte auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Einen unheimlichen Fund machte am 5. Dezember v. J. ein Dienstmädchen auf dem Boden des Hauses Klagstr. 12 in Schöneberg. Sie fand zwischen den einzelnen Bodenverfälsungen der Rieter ein Kleiderbündel und in demselben beim Öffnen eine Kindesleiche, die bereits hart in Verwesung übergegangen war. Die Leiche hat, wie sich später ergab, über 2½ Jahre dort gelegen. Der sofort herbeigerufene Kriminalkommissar Ruds hat festgestellt, daß um den Hals des Kindes ein Taschentuch fest genötet war. Infolge der stark vorgeschrittenen Verwesung konnte durch die Obduktion weder die Todesursache noch auch die Frage entschieden werden, ob das Kind lebend zur Welt gekommen war. Als Täterin wurde bald das Dienstmädchen Minna R. ermittelt, welche auch bald einräumte, damals in Diensten eines in jenem Hause wohnenden Offiziers stehend, ein Kind zur Welt gebracht zu haben. Sie habe mit dem bei dem Offizier dienenden Durschen ein Liebesverhältnis gehabt und sei von der Geburt so unerwartet überrascht worden, daß sie völlig kopflos geworden sei. Sie habe bei dem Kinde keinerlei Leben wahrgenommen und es in ihrer Angst zunächst in einen Karton gepackt, dann in ein Tuch gewickelt und das Paket auf dem Trodenboden untergebracht. Was sie weiter mit dem Kinde, das kein Lebenszeichen von sich gegeben, vorgenommen und warum sie ihm das Taschentuch um den Hals gewickelt, wisse sie selbst nicht mehr zu sagen, da sie vollständig verwirrt gewesen sei. Minna R. hand gefesselt unter der Anklage des Kindesmordes vor dem Schargericht des Landgerichts II. Sie wiederholte, daß das Kind nach ihrer Ansicht nicht gelebt habe und daß sie alles, was sie getan, in bewußtlosem Zustande getan haben müsse. Medizinalrat Dr. Pflieger bestätigte, daß sich nicht habe feststellen lassen, ob das Kind gelebt hat; wenn es aber gelebt habe, wäre das Umstürzen des Halses geeignet gewesen, den Tod herbeizuführen. Rechtsanwalt Doktor Löwenstein beantragte bei dieser Sachlage die Freisprechung, indem er darauf hinwies, in welcher furchtbaren Erregung sich die Angeklagte befunden und daß deren Angaben glaubwürdig erschienen, selbst wenn in ihren ersten Aussagen einige Widersprüche sich bemerkbar machten. Der Spruch der Geschworenen lautete auf Nichtschuld, worauf die Freisprechung der Angeklagten erfolgte.

Herr Paul Nidel, Lagerhalter, Schliemannstr. 34, bittet um die Feststellung, daß er mit dem wegen wiederholten Sittlichkeitsverbrechens verurteilten Arbeiter Paul Nidel nicht identisch ist.

Vermischtes.

Schneidigkeit eines Offiziers. In Nürnberg marschierte am Freitag eine Infanterie-Abteilung durch eine Dorfstraße. Es war gerade zurzeit des Schulpfleges und wie gewöhnlich liefen neben der Truppe zahlreiche Schulkinder her, indem sie den Treitt der Abtheilung nachahmten. Einer von ihnen, ein zehnjähriger Knirps, erklährte sich sogar, mit lauter Stimme: „Treitt gefahrt!“ zu kommandieren. Das erbitterte einen, neben seinem Juge gehenden Leutnant derart, daß er mit dem blanken Säbel nach dem Jungen schlug und ihm eine breite blutende Wunde an der Stirne beibrachte. Als die Mutter, eine Arbeiterfrau, zu dem Leutnant ging, um ihn zur Rede zu stellen, glaubte der Herr sich dadurch aus der Affaire zu ziehen, daß er der Frau einen Thaler als Schmerzensgeld ausbot! Das Geld wurde natürlich zurückgewiesen. Anzeige ist erstattet.

Die Genidstarr, die in Oberösterreich seit Ende November wüthet, breitet sich immer weiter aus. In den letzten Tagen kamen wieder zahlreiche Erkrankungen und Todesfälle vor. Die Krankheit herrscht jetzt auch in anderen Gegenden Schlesiens: So wird aus Bries gemeldet, daß dort mehrere Soldaten von Genidstarr befallen wurden. Umfassende Maßnahmen zur Verhütung und Weiterverbreitung der Krankheit wurden getroffen.

Hochwasser. Die Jula führt Hochwasser, sie ist in den Niederungen aus den Ufern getreten und steigt weiter. — Der Rhein sowie seine oberösterreichischen Nebenflüsse sind im starken Steigen begriffen. Die Kölner Pegelhöhe stieg heutigam um 3 Meter. Im Ruhrgebiet sowie in den bergischen Landen verursachen die anschwellenden Flüsse Vertriebsstörungen. Im unteren Laufe führt die Wupper Hochwasser, sodah zahlreiche Schleisereien gezwungen sind, den Betrieb einzustellen. Weite Strecken sind überschwemmt. Niedriger gelegene Häuser sowie kleinere Anwesen sind ernstlich gefährdet.

Veruntreuungen eines Rechtsanwalts. Der Rechtsanwalt Schoeppe in Eisenberg, Rathherr und stellvertretender Bürgermeister, wurde wegen Veruntreuungen in der Höhe von mehr als 200 000 M. verhaftet. Die Verhaftung erregt großes Aufsehen.

Ein Pfarrer. Unter der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens, Veruntreuung von Kirchengeldern, Unterschlagung und Betruges hatte sich der katholische Pfarrer Philipp Küble aus Illereichen vor der Strafkammer in Wemmingen zu verantworten. Die Verhandlung, die zum Teil bei verschlossenen Thüren stattfand, nahm den ganzen Tag in Anspruch. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Ihren Gendarm zum Bürgermeister gewählt hat das Städtchen Kriewen im Kreise Kosen. Von insgesamt zwölf Verweirern ist der dort seit fünf Jahren stationierte Gendarm einstimmig zum Gemeindeoberhaupt gewählt worden.

Eine Stablawine hat bei Elm (Ranton Marus) zwei Ställe und ein Bohnhaus zerstört. Die verschütteten Menschen und Tiere wurden noch lebend herausgehoben. Im Wallis wurde ein 15-jähriger Jüngling, Alois Viner, von einer Lawine in einen Bergbach hinuntergeschleudert, wo er als Leiche aufgefunden wurde.

Briefkasten der Redaktion.

W. D. 100 000 M. und freie Wohnung. Die Staatssekretäre (Minister) haben geringere Einnahmen. Posa 50 000 M. u. u. — **B. 17.** Durch größere Buchhandlungen festzustellen. — **Franckstraße.** Eine Art Symbol einer Waffengattung, hier der Weiler. — **G. W. 10.** Wir kennen die Einrichtungen der Volksgarde für derartige Zwecke und Ereignisse nicht. In dem Krankenhaus „Am Urban“ hier erhalten Sie jedenfalls den besten Rat. — **H. D. 149.** Rote Sparrassenbäder seit 1893/94.

Marktpreise von Berlin am 11. März. Nach Ermittlungen des lgl. Polizei-Beckens. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**), gute Sorte 17,40 M., mittel 17,35—17,34 M., geringe 17,33—17,30 M. Roggen**), gute Sorte 13,70—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M. Zellergerste**), gute Sorte 16,40—15,10 M., mittel 15,00 bis 13,80 M., geringe 13,70—12,50 M. Hafer**), gute Sorte 16,20—15,50 M., mittel 15,40—14,70 M., geringe 14,60—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Roden 45,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Binten 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—8,00 M. Weizen 4,66—4,16 M. Get. 9,50—7,10 M. Für ein Kilogramm Butter 2,50—2,00 M. Eier per Schock 4,80—3,00 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 14. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Così fan tutto. (So machen es alle.)
Neues königl. Opern-Theater. Der eingebildete Kranke. Die Diensthofen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Oedipus.
Berliner. Der Kaiserjäger.
Westen. Wiener Blut.
National. Uebine.
Neues. Ein Sommernachts Traum.
Thalia. Der Kilometerfresser.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.) Gyges und sein Ring.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Leibalte.
Reising. Eigen.
Zentral. Die Jungheirat.
Kleines. Nachtschl.
Reichsh. Hotel Compagnon.
Kunstspielhaus. Der Familientag.
Trionan. Das Abenteuer des Herrn Malezioux. — Die Briefstafel. — Ein peinlicher Zwischenfall.
Kasino. Heirat auf Probe.
Deutsch-Amerikanisches. New York.
Luise. Lorbeerbaum und Bettelstab.
Velle Alliance. Der beste Tip.
Carl Weiß. Die Kinder des Kapitän Grant.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Apollo. Das Weichenmädchen.
Gernfeld-Theater. Die Hecherhain.
Passage-Theater. Die 5 Barrisons.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Palast. Wie man Weiber fesselt.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachts Traum.
Mittwoch und folgende Tage: Ein Sommernachts Traum.
Sonnabend: Minna von Barnheim.
Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Nachtschl.
Mittwoch: Sanna.
Donnerstag: Angelo. Der Bar.
Freitag: Sanna.
Sonnabend: Nachtschl.
Sonntag: Sanna.
Montag: Angelo. Der Bar.

National-Theater
Heinbergstr. 19.
Dienstag, den 14. März 1905:
Undine.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Don Juan.
Donnerstag: Fidello.
Zentral-Theater
Täglich abends 8 Uhr:
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Paul Bauer.
Musik von Franz Lehár.
Vorabend und folgende Tage: Die Juxheirat.
Sonnabend nachm.: Der gestiefelte Kater. — Abends: Die Juxheirat.
Sonntag nachm.: Der Zigeunerbaron. — Abends: Die Juxheirat.
Luisen-Theater.
Sonnabend:
Lorbeerbaum und Bettelstab.
Mittwoch: Unsere Frauen.
Donnerstag: Gastspiel Raifowky:
Das Leben ein Traum.
Freitag: Von Stufe zu Stufe.
Sonnabend: Lorbeerbaum und Bettelstab.
Sonntag nachm.: Hüttenbesitzer.
Abends: Lorbeerbaum u. Bettelstab.
Montag: Lorbeerbaum u. Bettelstab.
Apollo-Theater
218. Friedrichstraße 218.
Abends 8 1/2 Uhr:
Das Weichenmädchen.
Ruft von Prof. Josef Holmesberger.
Vorher 8 Uhr:
Die neuen März-Spezialitäten.
Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schults.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett).
Rouchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachts Traum.
Mittwoch und folgende Tage: Ein Sommernachts Traum.
Sonnabend: Minna von Barnheim.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Nachtschl.
Mittwoch: Sanna.
Donnerstag: Angelo. Der Bar.
Freitag: Sanna.
Sonnabend: Nachtschl.
Sonntag: Sanna.
Montag: Angelo. Der Bar.

National-Theater
Heinbergstr. 19.
Dienstag, den 14. März 1905:
Undine.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Mittwoch: Don Juan.
Donnerstag: Fidello.

Zentral-Theater
Täglich abends 8 Uhr:
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Paul Bauer.
Musik von Franz Lehár.
Vorabend und folgende Tage: Die Juxheirat.
Sonnabend nachm.: Der gestiefelte Kater. — Abends: Die Juxheirat.
Sonntag nachm.: Der Zigeunerbaron. — Abends: Die Juxheirat.

Luisen-Theater.
Sonnabend:
Lorbeerbaum und Bettelstab.
Mittwoch: Unsere Frauen.
Donnerstag: Gastspiel Raifowky:
Das Leben ein Traum.
Freitag: Von Stufe zu Stufe.
Sonnabend: Lorbeerbaum und Bettelstab.
Sonntag nachm.: Hüttenbesitzer.
Abends: Lorbeerbaum u. Bettelstab.
Montag: Lorbeerbaum u. Bettelstab.

Apollo-Theater
218. Friedrichstraße 218.
Abends 8 1/2 Uhr:
Das Weichenmädchen.
Ruft von Prof. Josef Holmesberger.
Vorher 8 Uhr:
Die neuen März-Spezialitäten.

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schults.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett).
Rouchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Schiller-Theater
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum erstmalig: Gyges und sein Ring.
Eine Tragödie in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Im Hafen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gyges und sein Ring.
Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld. Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Stürmischer Lacherfolg!
Der Kilometerfresser
Sonnabend nachm. 8 1/2 Uhr: Charleys Tante.
Belle Alliance-Theater.
Belle Alliancestr. 7/8. Letzte Vorstellungen.
Heute bis Freitag abends 8 Uhr:
Der beste Tip.
Sonnabend, 18. März, zum erstmalig: **Die Rote.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Deborah.**

Neues Konzerthaus
Grand Hotel Alexanderplatz.
Gr. Kurt Goldmann-Konzert
unter Mitwirkung des Salon-Symphonien **G. Bonnè.** Anfang 8 1/2 Uhr.
Reine Säle in Berlin wie Blumengarten empfehlen zu Versammlungen und Festlichkeiten jeglicher Art.
Albert Moerner.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Das sensationelle Riesen-Mädchen!!!
Rosa Wedsted, 8 Meter 20 cm hoch, größte lebende Riesin der Welt.

Kasino-Theater
Sollingerstraße 37 (Rosenfelder Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2-8 Konzert.
Heirat auf Probe.
Vorher das vollständige Programm.
Sonntag nachmittags 4 Uhr: In Vertretung.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpnickerstr. 67/68, Stat. Jannowitzbr.
Abends 8 Uhr!
Gastspiel Adolf Philipp.
Heute und morgen Mittwoch:
Zum **LETZTEN MALE**
„New-York“.
Zum Donnerstag, abds. 8 Uhr:
427. „Ueber'n großen TEICH“.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Halbe Preise.
„Ueber'n großen Teich“.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schmalfeldstr. 3 in 3 Akten v. Anthony Barb u. Leon Kanof. Deutsch u. R. Söldner.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Nora.**

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonnt. 3. Sonntag 5 Uhr.
The five sisters Lorrison
die berühmten Frauenschönheiten.
Bokken Lasson
die exotische Straßenmädchen.
Die Picchiani-Truppe.
14 neue Nummern.
jede hervorragend.

Wintergarten
Neues Programm.
SAHARET.
Herbert Lloyd, Amerikan. Komiker.
Diana, Dressierte Affen.
Dorothy Clark, Engl. Sängerin.
Stelling u. Revell, Kom. Reckturner.
Dr. Angelo, Lebende Porzellanfiguren.
Pas de deux, Orientalischer Tanz.
The Novellos, Europa in Indien.
Diane de Fontenoy, Lebende Bilder.
Mistinguette, Pariser Sängerin.
Kaufmann-Truppe, Kunstradfahrerrinnen.
Boherty Sisters, Amerikan. Sängerinnen und Tänzerinnen.
Biograph, Serienbilder.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Stammstr. 16.
Funpajivagabundus
oder: Das liebevolle Kleebatt.
Gauberpöffe mit Gesang von Restrop.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mittwoch zum letztenmal: Bajazzo.
Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige März-Programm.
24 erstklassige Nummern.
Neu! Wolly Neu!
oder: Die Folgen eines Hintertreppens-Romans.



Gebrüder Herrfeld-Theater.
Der größte Erfolg seit 14 Jahren
ist unbestritten die Novität:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrfeld mit Anton Herrfeld als Pischowil, Herausgeber d. „Scheinwerfer“ und Donat Herrfeld als Kommerzienrat Meyerhain.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11-2 Uhr.

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Feen-Palast.
Bis-a-vis d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.
9 Uhr: Ein stürmischer Lacherfolg!
Wie man Weiber fesselt.
Aktivist-Gelungsschüsse von Neillingen, Verleger von „Mutter Gräber“, „Unkel Cohn“, „Sie einst im Mai“.
Vor- und nachher: Die phänomenale März-Spezialitäten allerersten Ranges.
Anfang 8 Uhr. Border: Konzert.
Freitag, den 17. März: Dr. Elte.
Vorstellung: Lorbeerbaum und Bettelstab.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.

Otto Pritzkow's Anormitäten-Ausstellung
Münzstraße 16.
Täglich Vorstellungen
Die **Riesin Ilona**, 485 Pfund schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge!
Saal (500 Person.)
mit Bühne
ist zum Sonnabend, den 1. und 8. April frei geworden. 2350 Pf.
Fritz Wilke, Brunnensstraße 188.

Stadt-Theater Moabit
Wilmersdorf 47/49.
Gastspiel des Bernhard-Rose-Theaters:
Der Goldfuchs.
Große Posse mit Gesang in 4 Akten von Jacobsohn und L. Ull.
Anfang 8 Uhr.
Entree 50, Parkett 75, Sperrhölz 1 R.
Vorzugsplätze zu halben Kassenpreisen haben Gültigkeit.
Donnerstag: Zwischen zwei Herzen.

Große Berliner Straßenbahn.
Bilanz am 31. Dezember 1904.

Aktiva.		Passiva.	
Konto Bau des Gesamt-Bahnkörpers	M. 53 500 112,07	Aktien-Kapital-Konto	100 082 400
Bau sämtlicher Bahnhöfe und Werkstätten	23 870 203,04	3 1/2-prozentige Obligationen Kapital-Konto	7 732 000
Wagen-Konto	33 962 838,11	4-prozentige	1 487 000
	M. 111 332 853,22	Hypotheken-Konto	1 841 000
		1 250 000,-	5 101
Abschreibung		Dividenden-Konto, noch unbehobene Dividende	6
(Außerdem sind noch abgeschrieben für 1904 auf Bahnkörper, Bahnhöfe, Werkstätten und Wagen M. 200 000, welche dem Bahnkörper-Amortisationsfonds überwiesen sind.)		3-prozentige Obligationen Auslosungs-Konto I, noch unbehobene Zinsen	89 952
Maschinen-Konto	nach Abschreibung von M. 24 516,10	3 1/2-prozentige	75
Mobilien-Konto	17 191,07	Reservfonds-Konto	7 233 881
Utensilien-Konto	17 191,07	Bahnkörper-Amortisationsfonds-Konto	17 011 400
Pferde-Konto	nach Abschreibung von M. 11 609,10	Beamten-Kautions-Konto	255 760
Geschirre-Konto	1	Konto-Korrent-Konto, verschiedene Guthaben	1 625 467
Bekleidungs-Konto	nach Abschreibung von M. 212 804,12	Kassa-Konto	2 934 150
Inventuren-Konto, Bestände an Materialien und Futter	1 950 311	Konto-Korrent-Konto, verschiedene Guthaben	1 010 567
Konto-Korrent-Konto, verschiedene Guthaben	15 632 257	Konto Kautionen bei Behörden, bei denselben hinterlegt	8 697 588
Kassa-Konto	3 081	Effekten- und Dokumenten-Konto:	
Konto Kautionen bei Behörden, bei denselben hinterlegt	601 982	Effekten und Hypothekenbestände als Anlage des Reservfonds	3 777 390
		Bahnkörper-Amort.-Fds.	16 845 243
		Beamten-Kautionsfonds	255 439
		Nicht begebene 3 1/2-prozentige Obligationen	313 000
		4-prozentige	380 000
			150 072 208
			13
Gewinn- und Verlust-Konto am 31. Dezember 1904.		Soll.	
		Hypotheken-Zinsen-Konto	73 616
		3 1/2-prozentige Obligationen-Zinsen-Konto	294 913
		4-prozentige	51 520
		Gesamtabschreibungen und Ueberweisungen	3 441 120
		Vertragmäßige Abgaben an die Gemeinden	2 206 933
		Saldo Reingewinn	8 697 588
			14 815 692
			44
		Haben.	
		Gewinn-Vortrag aus 1903	22 995
		Interessen-Konto, Eingenommene Zinsen	755 065
		Betriebs-Konto sämtlicher Linien.	
		Die Einnahmen betragen	31 425 306,23 M.
		Die Ausgaben betragen	17 387 673,53
			14 037 631
			70
			14 815 692
			44

Berlin, den 11. Februar 1905.
gez.: Dr. Mücke. gez.: v. Kühlewald. gez.: Koehler. gez.: Marhold.
Nach vorgenommener Prüfung der Belege und Bücher der Gesellschaft bescheinigen wir hiermit die ordnungsmäßige Führung der Bücher und die Übereinstimmung der vorstehenden Bilanz sowie des Gewinn- und Verlust-Kontos mit denselben.
Berlin, den 11. Februar 1905.
Die Revisions-Kommission.
gez.: C. F. W. Adolphi, gez.: Ernst Bierstedt, gerichtlich vereidigte Bücherrevisoren.

Skala-Theater.
Friedrichstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
Deta Waldau
sowie
20 internat. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: **Konzert.**

Sanssouci.
Kottbuser Tor - Stat. der Hochbahn.
Heute Dienstag zum letztenmal:
Eine Nacht in Berlin.
Posse in 4 Akten.
Mittwoch zum erstenmal:
Ein Weib aus dem Volke.
Volkschauspiel in 5 Akten.

„Ehemalige Kurgäste von Dr. med. Liebes Heilanstalt, Waldhof Elgershausen“
werden freundlichst gebeten, ihre Adressen zu einer wissenschaftlichen und so dem allgemeinen Volkswohl dienenden Statistik anzugeben, da sehr viele der ausgeschiedenen Karten als unbestimmbar zurückkommen.

Neuheit! Geschiehlich geschützt!
Blitz-Geldbörse mit 4 Zählheften aus Metall, bequem in die Brieftasche zu stecken. Die einfachste und bequemste aller Geldbörsen, kein Herausfallen, kein Verschleßen des Geldes. Nur einen Druck u. das gewünschte Geldstück kommt automatisch heraus.
Garantieschein.
Retournahme in 30 Tagen, wenn nicht gefällt.



Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
Netteste Fabrikationsgeschäft
Solinger Stahlwaren mit Versand direkt an Private.
Wiederverkäufer hohe Provision

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Bochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Billets zu dem nächsten Güterzug sind heute 8 Uhr abends zu haben

Urania,
Wrangel-Str. 10-11.
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Nordd. Sänger.
Nach der Solree:
Tanzkränzchen ohne Nachzahlung
Anfang 8 Uhr.
C. J. Walter.

Wilh. Burg, Lindenstr. 3,
2. Hof parterre
empfiehlt sein 21642
Großes Vereinszimmer
(bis 120 Personen) für Vereinstreffen, Besprechungen und Vereine. Soz. tägliche Speisen und Getränke.

Ramen eingravieren 10 Pf. mehr.
Per Stück 1,20 M. frei ins Haus bei Vorbestellung (auch Briefmarken) Nachnahme 20 Pf. mehr. Katalog unentgeltlich anfordern. Waren, einige laufend Gegenstände, versenden umsonst und franco.



Möbel- und Polsterwaren-Fabrik

von 1907

A. Schulz

Reichenbergerstraße 5

empfeilt Einrichtungen von 240 bis 5000 Mk.
von nur anerkannt gegebener Qualität
zu äußerst billigen Preisen.

Strenge reelle und gewissenhafte
Bedienung.

Kulanteste Bedingungen.
Telephon: Amt IV 8877.

Lehr- u. Versuchsanstalt für Brauer in München

Privatinstitut Direktor Dr. Doemens.
Beginn des nächsten viermonatlichen Hauptkurses 26. April 1905.
Prospecte gratis. Bezugnahme auf diese Zeitung erbeten. 1039*

Kuhmilch ist schwer verdaulich im Vergleich zur Muttermilch, weil sie im Säuglingsmagen zu groben Klumpen gerinnt. Feinkörniger wird diese Gerinnung durch Zusatz von Kasein-Kindermehl zur Milch, welche dadurch leichter verdaulich gemacht wird und die Kinder vor Darmkrankheiten schützt. Außerdem wird der Nährwert der Kuhmilch durch Zusatz von Kasein-Kindermehl nicht unmerklich erhöht. Mit Kasein-Kindermehl erzielt man, wie durch kein anderes Präparat, gute geregelte Verdauung, sowie ein prächtiges Gedeihen der Kinder, denen die häufigen Erkrankungen erspart bleiben.

Chaiselongue „Tip Top“

D. R. G.



Durch einen Griff in ein zweischläfriges Bett verwandelt.

Chr. Häufler,

Alte Schönhauserstr. 5.

Bettstühle v. 24,50 an
Bettsofas an
ein- auch zweischläfrig.
Chaisel-Bett „Herbert“ v. 17 Mk.
an, mit Bettbehälter bis 65 Mk.
Reiche Auswahl
in Metall-Bettstellen.
Sport- u. Kinderwagen
zu billigen Preisen. 2261L*

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Berlin SO. 16.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1883L*
Amt 4, 3014.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4, am Kottbuser Tor.

Anzüge nach Maß von 25 Mk. an. Schneidermeister.

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Wandblechhaus Weidenweg neu-
zecht, spottbilliger Gardinerverkauf,
Wäscheverkauf. 145*

Spottbilliger Teppichverkauf, Tisch-
decken, Steppdecken, Wandblechhaus
Weidenweg neuzecht. 145*

Garderoben, Taschenuhren, Regu-
latoren, Freischwinger, Schmuckkästen,
spottbillig Wandblechhaus Weidenweg
neuzecht. Verkaufszeit genehmigter
Ladenstuh. 145*

Spottbilliger Kucherverkauf ver-
fallener Waffeln, Kucherverkauf,
Weidenweg neuzecht. 45*

Bekanntmachung! Empfehlens-
werte Einkaufsquelle ist Wandblechhaus
Weidenweg neuzecht. 145*

Spottbilliger Bettensverkauf, Bett-
inletten, einschläfrig, zweischläfrig, Wand-
blechhaus Weidenweg neuzecht. 145*

Dringmaschinen, Hirtenschnitten,
Wassermaschinen, Jober, Sitzwannen,
beste Ware, Teilzahlung gestattet.
Vollkarte, Kottbus, Schillerstr. 108. *

Kucherverkauf! Leppiche, Gardinen,
Vorhänge, Steppdecken, Betten, Tisch-
decken, Stores, Remontouruhren,
Regulatoren, Uhrenten, Anzüge,
Dresdener, Spiegel, Bilder, spottbil-
lig Wandblechhaus Weidenweg neuzecht.
145*

Teilzahlung! Leppiche, Betten,
Gardinen, Steppdecken, Vorhänge,
Tischdecken, Regulatoren, Freischwinger,
Remontouruhren, Uhrenten, Opern-
gläser, Spiegel, Bilder, Möbel, Plüsch-
garnituren spottbillig Wandblechhaus
Weidenweg neuzecht. 145*

Spottbillig! Leppiche, Gardinen,
Stores, Vorhänge, Steppdecken, Tisch-
decken, Anzüge, Sommerpaletots,
Remontouruhren, Regulatoren, Uhr-
ketten, Spiegel, Bilder, Möbel, Plüsch-
haus Grünerweg 113. 913*

Gardinendruck Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 373*

Möbelmagazin Meyer, Invaliden-
straße 38, liefert Möbel, einzeln und
ganze Einrichtungen. Billige und
beste Ausführung. Auf Wunsch Teil-
zahlung. 397*

Großvernehmer Herrenhofen und
feinsten Rohstoffen 9-12 Markt.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verkaufhaus Germania, Unter den
Linden 21. Keine Filialen. 365*

Herren-Garderobe nach Maß,
saubere Arbeit, großes Stofflager,
Paletot, Anzug 36 Mark an. Kauf
beim Handwerker, liefert den Hand-
werker verdienen. Teilzahlung ge-
staltet. B. Dörge, Dresdenerstraße 109.
365*

Herrenanzüge, Paletots, zurück-
geheilt, hochpreisig, 18,00-38,00.
Feinstes Verandahaus, Bög-
straße 63, I. Treppe. 358*

Samtliche Steppdecken 4,35
(Eldenerstr.), Vorkasse-Steppdecken
4,25. Inventur - Kaufpreis.
Teppichhaus Emil Lesford, Dranten-
straße 158. 286*

Beste Feins-Herrenmäntel 2,15,
Wert 4,00. Inventur - Kaufpreis.
Teppichhaus Emil Lesford, Dranten-
straße 158. 286*

Inventur - Kaufpreis nur
kurze Zeit. Erhältlich gratis und
franko. Teppichhaus Emil Lesford,
Drantenstraße 158. 286*

Teppiche, Dimantdecken, Gardinen,
Tischdecken, Vorhänge, Schlafdecken,
Steppdecken, Kissenstoffe spottbillig
wegen Räumung. Potsdamerstr. 100,
Conrad Fischer. 376*

Teppiche! (sehr beste) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Berlin, Godescher
Markt 4, Bahnhof Böse. 142/12*

Gardinendruck (wegen Haus-
druck, Stores, Kissenstoffe, Vor-
läufer enorm billig! Gardinen-
Verkaufhaus Kranzstraße 36, Dön-
hoffplatz. 394*

Möbelverkauf Drantenstraße 58,
am Wollplatz, direkt Fabrikgelände,
I. im Laden. Wegen Aufgabe der
Lieferungen an Niederbayerische gebe
jetzt direkt an Privatleute zu bedeu-
tend ermäßigten Preisen folgendes:
Schreibtisch 20, Schlafsofa 30, Chaisel-
longue 17, Bettstelle mit Matratze 19,
Zweimann 30, Nachtschrank 27, Vaneel-
sofa 50, Plüschsofa 42. Das 20-jährige
Bestehen meines Geschäftes bürgt für
Rechtlichkeit. Gekaufte Möbel können
sogleich abgeliefert werden. Teilzahlung ge-
staltet. 3033*

Wandblech, Küchenschrank 7, vor-
teilhafte Einkaufsquelle für Betten,
Gardinen, Teppiche, Steppdecken,
Tischdecken, Wäsche, Wanduhren,
Taschenuhren, Ketten, Anzüge, Dolan,
Schmuckkästen usw. 404*

Teppiche, Möbel. Ich habe wieder
aus verschiedenen Fabriken große
Partien neuer Möbel, Teppiche, Decken,
Stores, Vorhänge, Uhren, Bilder,
Kronen so spottbillig eingekauft, wie
dieselben in den Fabriken nicht können
hergestellt werden. Ich verkaufe des-
halb jetzt zu extra billigen Preisen
ganze Wohnungen - Einrichtungen,
Salonzimmer, Herrenzimmer, Speise-
zimmer, Wohnzimmer, Schlafzimmer,
Küchenmöbel sowie einzelne Möbel-
stücke, Büffets, Bücherregale, Salon-
schränke, Schreibtische 26,00, Ankleide-
schränke, Kleiderschränke, Vertikals,
Säulenträume, Kaffeetische 30,00,
Salongarnituren Plüsch und Seide,
Vaneelsofa, Schlafsofa, Bettstellen,
Tische, Stühle, Nachtschrank, Ruhe-
betten mit prachtvoller Dimantdecke
22,50, Küchenmöbel, extragroße Salon-
teppiche, Speisezimmer-Teppiche 18,00,
Zimmerteppiche schon 8,00 an bis zu
allergrößten Saalteppichen, Gardinen,
Spiegelkästen 5,00, Dimantdecken,
vergoldete Lebergardinen, Stepp-
decken, Wäsche, 4,00, Bilder
mit hohleleichten Rahmen, Salon-
uhren, Speisezimmer, Salonkronen,
viele Gelegenheitskäufe. Alerte,
Kulionator, Möbelschrank 25, im großen
Möbelmagazin, an der Hochbahnstation
Möbelschrank. Zur Auktion und zum
schnellen Verkauf übernehme ganze
Wirtschaften, Warenlager, Kontor-
möbel zu kulantesten Bedingungen.
Kaufleute, Pensionate mache be-
sonders aufmerksam. 414*

Möbelschrank liefert gefach-
volle Wohnungseinrichtungen sowie
einzelne Möbel. Moderne Küchen.
Große Auswahl. Kein Laden, nur
Keller und Hinterzimmer. Teilzahlung.
Harnad, Tischlermeister, Dresdener-
straße 124. 360*

Sofas, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Blumenstraße 35b. 362*

Patentmatrasen, „Elauf“
(Müller's Patent) liefert jeder Lager-
gänger, jeder Möbelschrank. 381*

Kinderwagen, Kinderbettstellen,
Sportwagen, gebrauchte, zurückge-
legte, spottbillig. Schneider, Kur-
fürstenstraße 172. 256*

Milchgeschäft - Einrichtungen,
Mischkäse, Kanne, Kase, Milchschle,
Wieschalen, Buttermaschinen usw.
billigst Jordan, Michaelstraße 21.
112*

Teppiche mit hohleleichten Rahmen,
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 137*

Fahrräder, Teilzahlungen. In-
validenstr. 148 (Eingang Berg-
straße), Große Frankfurterstraße 58,
Schillerstraße 40. 357*

Radschreiber! Fahrräder, neue und
gebrauchte, kauft man am reellsten
und billigsten in dem ältesten Fahr-
radgeschäft von Max Jabel Nachfolger
Kupferstraße 19a, Schlaube
2,50, Kintel von 3,50 an. Zu-
beholdliche in großer Auswahl. Eigene
Reparaturwerkstatt mit elektrischem
Betrieb. 392*

Abfrierpumpen 8-100,00,
Pumpen, Miller 2,50 an. Gebrauchte
Schläuche billig. Verzuge lei-
weise. Wende bis 9, auch Sonntag.
Bohl, Pumpenfabrik, Wollstraße 81.
371*

Malschreiber, blutbildend, für
Blutarm, Brustkrank, Schwäche,
Gehirnkrankheiten, bessere Gesund-
heit, überraschend, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2 Liter 3,50. Keine
Nacht. Flaschenzahl, Qualität ent-
scheidend. Forter-Kellerer, Ringler,
Bernauerstraße 119. 371*

Steppdecken billigt Gebrit Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Restaurierung mit Veredelung,
Kaufstelle, Vereine, sofort zu verkaufen.
Krause, Kottbusstraße 41. 751*

Grünfruchtgeschäft, gangbares,
Kolle, Feuerung, Stube, Küche,
Bienenstraße 18. 115*

Materialwaren, Obst, Gemüse,
Holz- und Kohlgeschäft mit Rolle
billig zu verkaufen. Viele 36 Markt
monatlich. Kummelstraße, Schiller-
straße 4. 408*

Kanarienvogel 6,00, Vorkäufer,
Seilerstr. 11, Schloßplatz 2. 92/4

Hochelegante Herrenanzüge und
Paletots aus feinsten Rohstoffen 25-40
Mark. Verkauf Sonnabend und Son-
ntag. Verkaufhaus Germania, Unter
den Linden 21. Keine Filialen. *

Monatsanzüge von 6,00 an,
Sommerpaletot von 5,00 an, Dolan
von 1,50 an, Gebrodanzüge von
12,00 an, Frack von 2,50 an. Neue
Garderobe zu staunend billigen
Preisen, sowie aus Wandblechen ver-
fertigte Sachen. Koh, Wollstraße 14.
404*

Sanftleben, Landporzellan, 27,
Kellen vom Zentrum Berlins,
Quadratstraße neben Markt, verkauft
Schulz, Kottbus, Wollstraße 12/13.
404*

Geschloffer, Justizschloß, höchste
Miß. Schreiber, Pantow, Woll-
straße 33. 2957*

Milchgeschäft mit Rolle, 3 Jah-
täglich, Dackware 70,00 Woche, wegen
Uebernahme einer Wirtschaft. Zu
erfragen Kottbusstraße 10, Bäckerei.
414*

Arbeitsnachweiskureau Zur
wilden Heimat! Ich in einer Stadt
von 10.000 Einwohnern sofort eventuell
1. April zu übernehmen. Etwas
Vertriebskapital erwünscht. Persönliche
Beratung bei H. Hünig, Gollwitz,
Bäderstr. 414*

Gerrenfahrrad, wie neu, Bandel-
straße 16, Duergelände II recht. 76*

Gerrenfahrrad spottbillig Schulz,
Lüderstraße 18, vorn. 76*

Junge Graupapageien billig, Klotz-
str.-Kottbus 15,00 an. Chinesische
Nachzügeln Garantie Kintel 3,90,
Eingelassen 1,50. Buchfinken 1,00.
Anschaff gern gefaltet. Mariannen-
straße 37. 413*

Rahmmaschinen ohne Anzahlung,
10,00 Vergütung. Postfach, Dreißig-
Reichenbergerstraße 181. 26*

Bett 17,00, Tisch, Dresdener-
straße 38. 19*

Die sagen, es ist Ihnen zu weit
und es kostet Sie doch nur
10 Pfennig, um zu Schiefinger zu
gelangen, wo Sie die Garantie
haben, in Herren- und Damen-
konfektion gut bedient zu werden.
362*

Brantente! 3 Zimmer Möbel, neu
und gebraucht, sollen spottbillig ver-
kauft werden. Steppdecken, Teppich
6,00, Kottbusstraße 126a I. 20*

Bücherregale, Sofas, Spiel- und
andere Dinge verkauft Vornitz,
Wilmstraße 13. 96*

Tische, Schränke, Bettstellen, privat
verkauft. Kamm, Kleine Frank-
furterstraße 11, II. 112*

Gutnäher Eingeweide 15,00,
Garantie. Langestraße 25, vorn III,
Böde. 112*

Sofas, neue, gebrauchte, spottbillig,
Graubenzstraße 2, Tapetier. 151*

Milchgeschäft, Kolonialwaren, viel
Brot, Butter, Käse, Kase, Kase,
halber billig veräußert. Großer
Laden, 2 Stuben, Küche, Miete
38 Mark. Wollstraße 23. 114*

Rahmmaschine, Küchenrahmen, Gas-
föcher verkauft Kintel, Kottbus-
straße 45. 114*

Landporzellan (Sanftleben), 20
Pfennig-Lot, Stadtbahn, Quadrat-
straße 30 Markt. Dochrentable Geld-
anlage! „Zukunft“, Postamt 82.
114*

Restaurierung mit Wohnung,
14 Jahre bestehend, Miete 1050, Preis
1500. Kaufkraft Vertreter Kottbus,
Fennstraße 10. 195*

Gute Elytens, Grünkampfgeländ
mit Feuerung wegen anderer Ueber-
nahme sofort preiswert zu verkaufen.
Wollstraße 98. 198*

Ritterstraße 125, Taschenuhren:
Reinigen 75, Feder 75, Weder 60,
Regulator 1,50, Kettenuhr 1,00. 76*

Möbelverkauf in meiner Möbel-
fabrik Wollstraße 80/81, nahe Spittel-
markt. Infolge des großen Umzugs
befinden sich am Lager viele zurück-
gelegte und verließen gewesene Möbel,
die wie neu sind, Kleiderschrank,
Bettsofa 27,00, Nachtschrank 16, Nach-
tschrank mit Federmatratze und
Kissen 26, Taschenuhr 20, Vaneel-
sofa 70, Nachtschrank 20, Ruhe-
bett 25, ganze Einrichtungen billig.
Transport frei. 91/17*

Kleiderkasten, Vertikal, Plüsch-
sofa, Nachtschrank, Wäsche, Bett-
stellen, Säulenträume, Schreibtisch,
Spiegel, Tisch, Uhr, Bilder,
Vorhänge, Tischdecken, Gasfrone,
Küchenmöbel, spottbillig. Woll-
straße 27, vorn I. 91/18

Uhr als Jugabe erhält Käufer einer
Rahmmaschine ohne Anzahlung, Woche
1,00, gebrauchte 12,00. Kottbus-
straße 60/61, Große Frankfurter-
straße 43, Grenzauerstraße 59/60. *

Rahmmaschinen Wienerstraße 6,
Wollstraße 113 liefert sofort sämtliche
Systeme ohne Anzahlung, Woche
1,00 Mark. Fünfjährige Garantie,
gebrauchte Maschinen spottbillig.

Rahmmaschinen ohne Anzahlung,
dergüte noch bis 10,00, wer Teil-
zahlung Rahmmaschine kauft oder nach-
kauft, Woche 1,00. Alle Systeme. Post-
fach, Vorkort, Kottbusstr. 50. 751*

Gelegenheitskäufe: Paletots, An-
züge, Dolan, Koffer, Kapseln,
Taschenuhren, Goldschmuck, Kessel,
spottbillig. Lude, Drantenstraße 131.
2955*

Reisegeger, Operngläser, Reih-
zeuge, Regulatoren, Freischwinger,
Harmonikas, Geigen, Zithern, Betten,
Teppiche, spottbillig. Lude, Dranten-
straße 131. 2955*

Cubenarberstraße 36, 37, 38
sind noch billig und gesunde Woh-
nungen von Stube und Küche sowie
eine Balkonwohnung, drei Stuben und
Küche zu vermieten. Näheres beim
Wirt Cubenarberstraße 37. 9065*

Wohnungen, Hermannstraße, Ecke
Wollstraße 1/10, nahe Bahnhof
Dreißig-Reichenbergerstraße 33, 2,1 Zimmer
mit vielen Zubehör. 36915*

Kleinwohnungen, gesunde, außer-
ordentlich (später, Kottbus, Woll-
straße 12 (Hermannplatz), Kott-
busstr. 15, Lumarstraße 11 (Wedding).

Reinholdstraße 23, Wollstraße 65,
am Bahnhof Eichenstraße, sind
Wohnungen im Vorderhaus, zwei
Zimmer, Küche, Balkon und Zubehör,
24-26 Mark per Monat zu vermieten.

Baderin verlangt Stodfabrik,
Ritterstraße 50. 55

Frauen finden durch Teilungs-
ausgaben dauernde und lohnende
Beschäftigung (Touren Unter den
Linden). Meldungen Schöner-
straße 24/25. 91/15*

Frauen zum Teilungsausgaben
für die Ausgabestelle Wollstraße 31.
Zu melden Potsdamerstraße 33 von
8-12 Uhr im Laden. 91/14*

Verdienen, Kottbus, Woll-
straße 9. 87/20*

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 10 Pf. des Zeile.

Tüchtige Instrumentenmacher
stellen sofort ein 412*

Gebr. Niendorf,
Pianoforte-Fabrik, Lindenstraße.

Tüchtige Vergolder
auf Vollarbeiten finden dauernde u.
lohnende Beschäftigung. 23552*

Goldleistenfabrik B. Groß, A. G.
Reichenbergerstraße, Eichenstraße.

Vorfisenden,
musikalisch veranlagt, sucht ein Verein,
Oppelnerstraße 36. 285

Achtung! Schildermaler
u. verw. Berufe - Lackierer,
Vergolder, Buchstaben-Kleber.
Der Arbeitsnachweis der Schilder-
malerei u. verw. Berufe befindet sich
niedriglich in Händen der Strei-
tleitung Alte Jakobstraße 83 im
Restaurant Ladewig.

Nachricht nur durch diesen Arbeits-
nachweis vermittelt. 287/15*

Zugang ist fernzuhalten.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter,
Tischler u. Polierer!
In der Pianofabrik von Adonor
befinden sich die Kollegen noch im
Streik. Der Betrieb ist für sämtliche
Arbeiter gesperrt.
Die Jehnerkommission.

Stockarbeiter!
Die Arbeiter der Firma Julius
und Hermann Gembicki,
Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102,
befinden sich im Streik. 18/16*

Zugang ist fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Klavierarbeiter!
Die Pianofabrik „Werkur“,
L. v. d. A. Nr. 64, ist, da die sämtliche
Kollegen wegen Lohnzugs im Streik
befinden, für alle Branchen gesperrt!
Nachverein 141/8*

der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung! Bautischler!
Die Kollegen der Firma Sommer-
torff in Friedrichsberg, Gürtel-
straße 21, befinden sich im Streik.
Zugang ist fernzuhalten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Die Firma **Gost & Co.**,
Kurfürstenstraße 146 und
Alexandrienerstr. 105 bis 106
ist für Radmenmacher, Tischler, Po-
lierer, Glaser, Vergolder und Buch-
binder gesperrt.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bauarbeiter.
Da verschiedene kleinere Firmen den
Lohn noch nicht bezahlt haben,
besteht die Bautenkontrolle ihre
Billigkeit und ist auf Verlangen vor-
zusetzen. Es muß also jeder Bauar-
beiter, der auf Bauten beschäftigt
ist, eine gelbe gestempelte Karte
haben.
Die Kommission
der Jalousiearbeiter.

Vermietungen.
Läden mit anschließender Wohnung,
für jedes Geschäft passend, sofort
preiswert. Näheres Besichtigung,
Wollstraße 4, I. 26925*

Wohnungen.
Zwei Stuben, Küche (Woll-
straße) 24 bis 27 Markt. Stellungen.
Berlin, West-Reinholdstr., Augustia
Victoria-Allee 33. 196*